

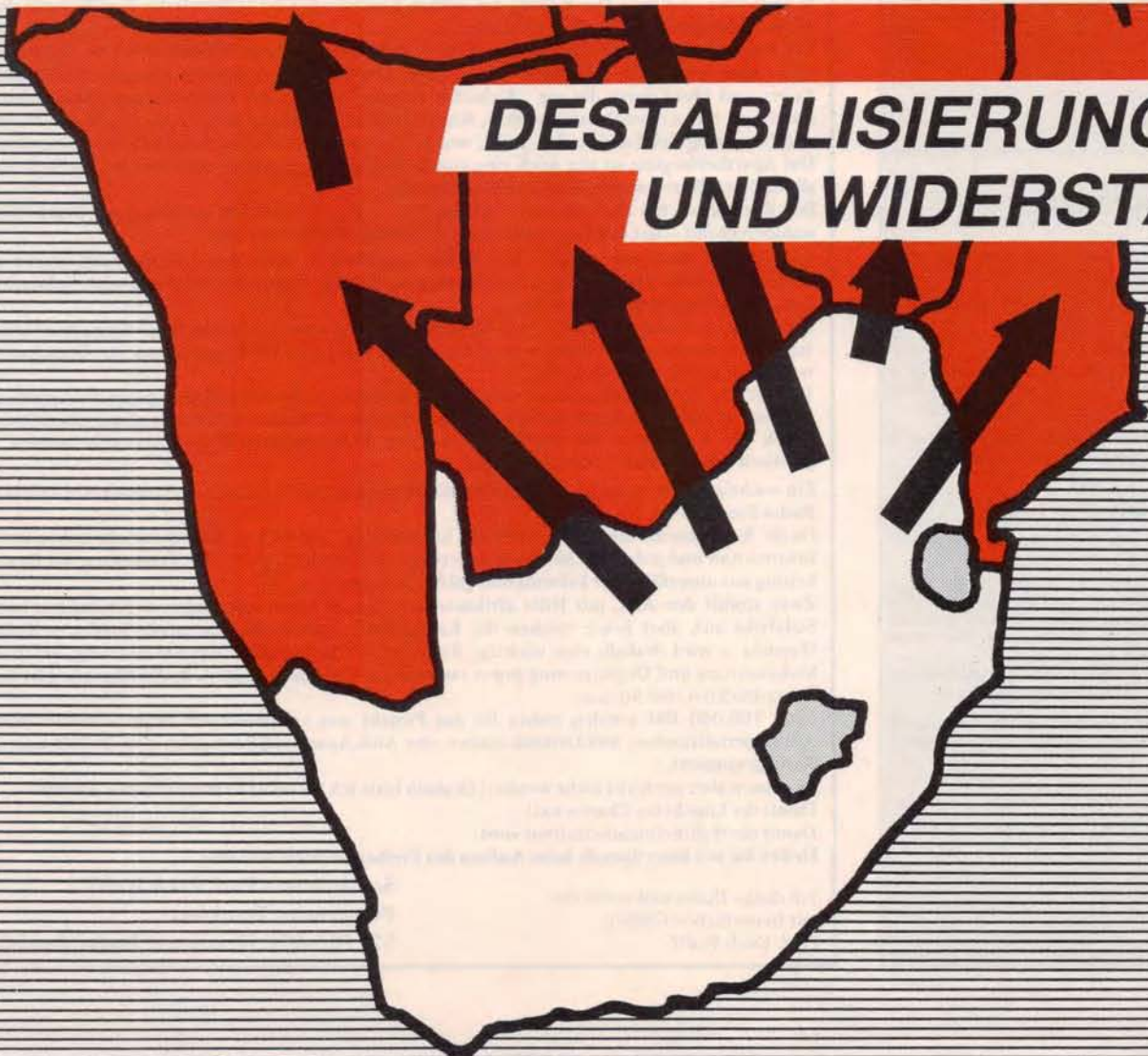
Sonderheft 3-4/87 2,50 DM

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

FRONTSTAATEN IM SÜDLICHEN AFRIKA

DESTABILISIERUNG
UND WIDERSTAND



Inhalt

Freiheitssender Mandela	II
<i>Joachim Becker</i> Destabilisierung im Süden Afrikas Eckdaten zu den Frontstaaten	III V
<i>Shirley Harris</i> Die SADCC – Allianz der wirtschaftlichen Eigenständigkeit	VIII
<i>Peter Garcia</i> Angola macht Boden gut US-Militärbasen in Zaire	XII XIV
<i>Interview mit Roberto de Almeida</i> Erneuerung und Kontinuität	XV
<i>Marianne Kötter</i> Wer verfiert die Scheinunabhängigkeit Namibias? Aktionsprogramm des Bonner Namibia-Workshops	XVI XXIII
<i>Joachim Becker / Petra Sittig</i> Sambia – Frontstaat kurz vor dem Ruin	XXV
<i>Urte Sperling</i> Abschied Mosambiks von der sozialistischen Orientierung?	XXVII
<i>Interview mit Joaquim Chissano</i> Frontstaaten – Rückhalt gegen den Druck des Apartheidsregimes Hunger-Nothilfe für Mosambik	XXIX XXXI
<i>Joachim Becker</i> Apartheid-Gegenspieler Simbabwe	XXXII
<i>Joachim Becker</i> In der Schlinge der Auslandsschulden	XXXIII
Material und Aktionsspiegel Bücher, Kontakte	XXXV

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift der Redaktion: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21 / 2 46 72

Redaktion: Wolfram Bronner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Asia Ebe-haj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kötter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: J. Becker, M. Fey, P. Garcia, V. Klose, G. Schmidt-Bollmann, U. Sperling

Redaktionsschluss: 11. Juni 1987

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Teletex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 0221/36002-0.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.
Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Preis der Sonderhefte/Nebenblätter 2,50 DM. Bei Abnahme von 10 oder mehr Exemplaren gewähren wir 33% Ermäßigung.

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50), Stadtspar-kasse Köln 10652238 (BLZ 370 501 98).

Anzeigen: GEB

Titel: Gestaltung von Udo Tremmel

Fotonachweis: AIB-Archiv, NBI, New African, Third World, AfricaAsia, AIM, SWAPO, USN&WR, Joker

Damit die Wahrheit unüberhörbar wird:

Freiheitssender Mandela (Radio Freedom) – Stimme des ANC



In Südafrika ist Krieg! Das Regime der weißen Rassisten hat der Mehrheit der Bevölkerung, den 25 Mio. Afrikanern, diesen Krieg erklärt.

Seit einem Jahr herrscht Kriegsrecht; Armee, Polizei und Geheimdienst haben freie Bahn. Die Opposition gegen die Apartheid wird in den Untergrund gezwungen. Massenverhaftungen, Folter und Mord durch die sog. „Sicherheitsorgane“ sind an der Tagesordnung. Die Rassisten schrecken nicht einmal davor zurück, Kinder in die Gefängnisse zu sperren. Gegen die Befreiungsbewegung des Landes, den ANC, wurde ein regelrechter Vernichtungsfeldzug begonnen. Das Apartheidregime ist nur noch eine einzige Aggression gegen Menschenwürde, Freiheit und alle anderen Werte einer zivilisierten Gesellschaft.

Der Rechtsruck bei den „Wahlen“ Anfang Mai – es war natürlich nur die weiße Minderheit wahlberechtigt – hat den Aggressionskurs des Botha-Regimes bestärkt.

Unmittelbar nach der „Wahl“ hat Botha angekündigt, seine harte Linie noch weiter zu verschärfen. Dabei hat er sich unter anderem ausdrücklich gegen die internationale Solidarität mit dem Befreiungskampf gewandt:

„Das Land soll wissen, daß ich entschlossen dafür sorgen werde, daß die Regierung scharf gegen außerparlamentarische Aktionen vorgeht, ebenso wie gegen die Finanzierung von Organisationen durch Kräfte von außerhalb.“

Dies ist eine Herausforderung an alle, die sich dem Kampf der Südafrikaner gegen die Apartheid verbunden fühlen. Nehmen wir die Herausforderung an! Machen wir den Rassisten einen Strich durch die Rechnung! Die Solidarität mit dem Befreiungskampf muß verstärkt werden – politisch wie materiell – jetzt erst recht!

Ein wichtiger Beitrag dazu ist die Solidaritätsaktion zugunsten des „Freiheitssenders Mandela – Radio Freedom“.

Da die Rassisten die Medien in Südafrika beherrschen, und zudem die Zensur jede unbequeme Information und jede freie Meinungsäußerung unterdrückt, kommt der Versorgung der Bevölkerung mit unverfälschter Information größte Bedeutung zu.

Zwar strahlt der ANC mit Hilfe afrikanischer Staaten schon seit längerem Sendungen nach Südafrika aus, aber heute reichen die Kapazitäten nicht mehr. Ein neuer Sender – Radio Mandela – wird deshalb eine wichtige Rolle bei der Information der Bevölkerung, bei ihrer Mobilisierung und Organisation gegen rassistische Aggression spielen. Radio Mandela gibt den Unterdrückten eine Stimme.

Über 300.000 DM wurden bisher für das Projekt von verschiedenen Organisationen (dem Antimperialistischen Solidaritätskomitee, der Anti-Apartheid-Bewegung, dem BUKO u.a.; d. Red.) gesammelt.

Es müssen aber noch viel mehr werden! Deshalb bitte ich Sie recht herzlich: Helfen Sie mit! Damit die Lüge keine Chance hat!

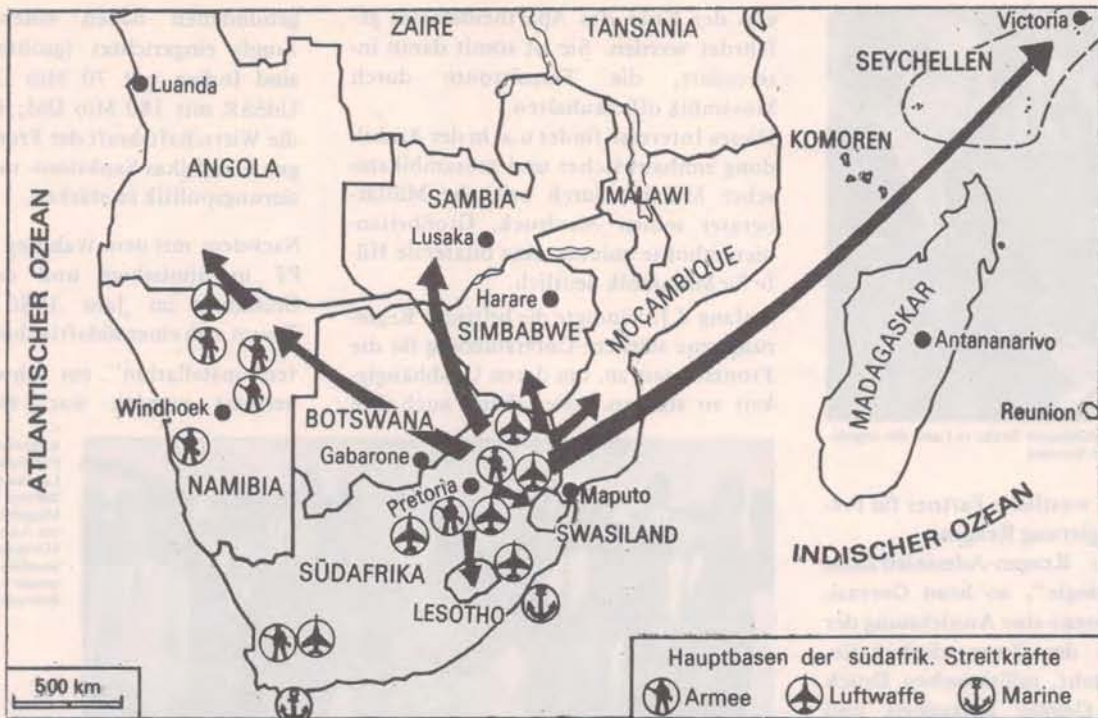
Damit die Wahrheit unüberhörbar wird!

Helfen Sie mit Ihrer Spende beim Aufbau des Freiheitssenders Mandela.

Ich danke Ihnen und verbleibe
mit freundlichen Grüßen
Prof. Erich Wulff

Sonderkonto Prof. Erich Wulff
Postgiroamt Frankfurt

527 055-602, Kennwort: Radio Mandela



Joachim Becker

Destabilisierung im Süden Afrikas

„Südafrika, im Krieg gegen das eigene Volk, führt einen unerklärten Krieg gegen seine Nachbarn – die unabhängigen schwarz-regierten Staaten, die das geographische Unglück haben, mit ihm eine gemeinsame Grenze zu haben. Dieser Krieg ist Teil von Südafrikas Politik der 'totalen Strategie', welche die Mobilisierung aller Kräfte beinhaltet – politischer, wirtschaftlicher, diplomatischer und militärischer. Das regionale Ziel ist, eine Abhängigkeit zu schaffen oder zu erhalten, die wirtschaftlich lukrativ und politisch unterwürfig sein und als Bollwerk gegen die Verhängung internationaler Sanktionen wirken wird.“¹ Dieses Fazit der südafrikanischen Destabilisierungspolitik ziehen die in Simbabwe lebenden Journalisten David Martin und Phyllis Johnson.

Südafrika als Vormacht erhalten

Die unmittelbaren Ziele der „Regionalpolitik“ des Apartheidstaates sind eine Beendigung der Unterstützung der Staaten der Region für den Afrikanischen Nationalkongress (ANC) Südafrikas und die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) sowie ein Durchkreuzen der Bemühungen der Mitgliedstaaten der Entwicklungskoordinierenden Konferenz des Südlichen Afrika (SADCC), ihre kolonial ererbte Abhängigkeit von Süd-

afrika abzubauen.

Es ist im Profitinteresse des südafrikanischen Kapitals, die wirtschaftliche Vormachtstellung Südafrikas zu zementieren. Die ererbten Abhängigkeiten der Staaten der Region vom Apartheidstaat werden von Südafrikas Regime und seinen westlichen Verbündeten gerne als Argument gegen Wirtschaftssanktionen ins Feld geführt. Besonders peinlich ist ihnen, daß insbesondere Simbabwe, aber auch Sambia nun selbst Sanktionen verhängen wollen.

Als Reaktion auf den verstärkten Sanktionsdruck hat Pretoria seine Destabilisierungsanstrengungen noch verstärkt. Das Botha/Malan-Regime will außerdem sozialökonomische Veränderungsprozesse in den Frontstaaten, namentlich in Mosambik und Angola, verhindern oder möglichst sogar umkehren.

Über die strategischen und taktischen Elemente der Destabilisierungspolitik gibt es, wie insbesondere in der Politik gegenüber Mosambik und Simbabwe deutlich geworden ist, durchaus Differenzen in Südafrika.

Die Mindestwünsche des Monopolkapitals sind die Bewahrung des Kapitalismus in Südafrika und die Expansion in der Region. Das mittlere Kapital ist abhängiger von der Apartheid und hat oft ins Gewicht fallende Wirtschaftsinteressen in der Region.

Die Destabilisierung kann für diese bei-

den Kapitalfraktionen durchaus nützlich sein. Es liegt jedoch nicht in ihrem Interesse, daß unter Druck gesetzte Staaten auch nach ihrem Einlenken massiv destabilisiert werden und so ein permanentes, geschäftsschädigendes Chaos erzeugt wird.

Andere gesellschaftliche Kräfte des weißen Machtblocks haben eine noch aggressivere „regionalpolitische“ Perspektive.

„Geschäftswelt gegen Militär“?

Widersprüche im weißen Machtblock spiegeln sich auch in der Destabilisierungspolitik wider. Die beliebte Formel „Geschäftswelt gegen Militär“ ist jedoch zu einfach. Selbst innerhalb des Militärs gibt es unterschiedliche Vorstellungen über die beste regionale Strategie.²

Wie das Apartheidregime so wollen auch westliche Regierungen sozialökonomische Veränderungsprozesse in den Frontstaaten blockieren. Westliche Stützer der Destabilisierungspolitik hoffen auch, den rechten regionalen Rahmen für eine verbesserte Version der „Reformpolitik“ in Südafrika unter Kontrolle des gegenwärtigen militärisch-politischen Establishments, die auch Unterstützung in Sektoren der unterdrückten Klassen fände, zu schaffen.



Verbündete US-Außenminister Shultz (r.) und der angolanische Contra-Führer Savimbi

Der wichtigste westliche Partner für Pretoria ist die Regierung Reagan.

„Die von der Reagan-Administration verfolgte Strategie“, so Sean Gervasi, „ist in ihrer Essenz eine Ausdehnung der Militärdoktrin der Zwangsdiplomatie, die darin besteht, militärischen Druck gegen einen Gegner auszuüben und gleichzeitig mit ihm zu verhandeln und ihm, möglicherweise, Hilfe oder andere Vorteile anzubieten. Diese Strategie wurde in enger Zusammenarbeit mit Südafrika umgesetzt, wobei gleichzeitig darauf geachtet wurde, daß die gemeinsame Aktion nicht offenbar wird.“

Die beiden Regierungen schritten zu einer Arbeitsteilung: für Südafrika die Nutzung seines Militärpotentials und seiner beträchtlichen Wirtschaftsmacht gegen die 'Frontstaaten', ohne dabei die Mittel des verdeckten Krieges, wie Sabotage und Subversion, zu vergessen; für die USA die Konzentration auf Diplomatie und die Rolle des 'Vermittlers'.³

Apartheidpfeiler USA, BRD

„Wir spielen eine wichtige Rolle in Afrika, um das Anliegen der USA zu unterstützen... Unsere Politik ist mit der amerikanischen identisch.“⁴ So charakterisierte der damalige Leiter der Südafrika-Sektion der Afrika-Abteilung des Auswärtigen Amtes, Hans-Joachim Vergau, die bundesdeutsche Afrikapolitik Anfang 1983. Im Südlichen Afrika stützt die Bundesregierung die südafrikanische Destabilisierungspolitik durch die lautstarke Ablehnung von Sanktionen gegen den Apartheidstaat und die stille Verhängung von Sanktionen gegen bestimmte Frontstaaten ab.

Ebenso vehement wie die bundesdeutsche Rechtskoalition lehnt die Regierung Thatcher Sanktionen gegen Südafrika und Namibia, wo sich britische Firmen stark engagiert haben, ab. Aber die britische Regierung will auch vermeiden, daß die nicht unerheblichen britischen Wirtschaftsinteressen in den Frontstaaten, namentlich in Simbabwe,

von der Krise des Apartheidstaates gefährdet werden. Sie ist somit daran interessiert, die Transitroute durch Mosambik offenzuhalten.

Dieses Interesse findet u.a. in der Ausbildung simbabwischer und mosambikischer Militärs durch britische Militärberater seinen Ausdruck. Großbritannien erhöhte zuletzt seine bilaterale Hilfe für Mosambik deutlich.

Anfang d.J. kündigte die britische Regierung eine stärkere Unterstützung für die Frontstaaten an, um deren Unabhängigkeit zu stärken.⁵ Sie scheint auch ihre



Regierende auf dem Frontstaatengipfel von Lusaka (v. l. n. r.): Simbawbes Premierminister Mugabe, die Präsidenten Angolas dos Santos, Mosambiks Machel, Sambias Kaunda, Tansanias Mwinji und Botswanas Masire

bisher sehr reservierte Haltung gegenüber SADCC zu modifizieren.

Die konservativen Regierungen der USA und der BRD stehen den Bemühungen der keinesfalls antikapitalistischen SADCC, die Abhängigkeit von Südafrika abzubauen, eher kühl gegenüber.

Anders westliche Staaten ohne traditionelle Verbindungen nach Südafrika, wie die skandinavischen Länder, die Niederlande, Italien oder Kanada.

Sie sehen die SADCC-Staaten „sowohl als neue Quelle von Rohstoffen als auch als einen Markt“.⁶ Sie sehen auch, daß eine verminderte Abhängigkeit von Südafrika den Konkurrenzdruck auf ihre Firmen verminderte und es ihnen erleichterte, in SADCC-Staaten einen Fuß in die Tür zu bekommen.

Sie wissen, ein gewisses Maß der Unabhängigkeit ist für die Region notwendig, um einen eventuellen Kollaps als Resultat der Krise Südafrikas zu vermeiden. Die Wiederinstandsetzung der Transportwege durch Mosambik und Angola ist hierfür zentral und sichert auch die fortgesetzte Zugänglichkeit der Region für das Auslandskapital.⁷

Sie vertreten auch gegenüber Südafrika eine härtere Position als die USA, BRD und Großbritannien, die dem Apartheidregime nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus strategischen Gründen mit die Stange halten. Die sozialistischen Länder stärken den Frontstaaten den Rücken, insbesondere den progressiven Staaten. Die Nichtpakt-

gebundenen haben einen AFRICA-Fonds eingerichtet (größte Geldgeber sind Indien mit 70 Mio DM und die UdSSR mit 180 Mio DM; d. Red.), um die Wirtschaftskraft der Frontstaaten gegen Südafrikas Sanktions- und Destabilisierungspolitik zu stärken.

Nachdem mit dem Wahlsieg der ZANU/PF in Simbabwe und der SADCC-Gründung im Jahr 1980 Südafrikas Traum von einer südafrikahörigen „Staatenkonstellation“ ein schwerer Schlag versetzt worden war, verfolgte der

Apartheidstaat von Mitte 1980 bis etwa Ende 1981 seine Destabilisierungspolitik „in ziemlich generalisierter und unterschiedsloser Weise“.⁸

Anfang 1982 ging er zu einer selektiven, dafür aber intensivierten Destabilisierung über. Hauptangriffsziele: Angola, Mosambik und Lesotho.

Angola und Mosambik kamen gleich aus mehreren Gründen ins südafrikanische Visier: sie unterstützten die Befreiungsbewegungen besonders stark; sie haben als Küstenländer besondere Bedeutung für die Bemühungen von SADCC, die verkehrsmäßige Abhängigkeit von Südafrika abzubauen; sie verfolgen die radikalsten Wege sozialökonomischer Veränderung.

Druck auf Maputo

Der Fall Mosambiks ist das Musterbeispiel für die arbeitsteilige Destabilisierung.

Einerseits setzte Südafrika das zu einer Dienstleistungswirtschaft für Südafrika (und Rhodesien) unterentwickelte Mosambik durch die Verhängung von Wirtschaftsanktionen unter Druck. Hierdurch wurde u.a. der gravierende Devisenmangel noch verschärft.

Andererseits baute es die militärische Schlagkraft des sog. Nationalen Widerstands Mosambiks (RNM), dessen Sponsorenschaft es 1980 von rhodesischen Geheimdienst übernommen hatte, aus.

Dem RNM wurde die Zerschneidung der Transitrouten, Zerrüttung der produktiven Struktur und Zerstörung sozialer Einrichtungen zum Ziel gesetzt.

Zu schwerem kolonialem Erbe, Südafrikas „unerklärtem Krieg“ und gravierenden wirtschaftspolitischen Fehlern kamen Anfang der 80er Jahre noch Naturkatastrophen. Die Bitten Mosambiks um Nahrungsmittelhilfe gegen die vom Krieg, aber auch von der Dürre verursachte Hungersnot verhallten 1983 lange ungehört.

Erst als die USA und ihre westlichen Verbündeten von einem „Westtschwenk“ Mosambiks und dessen Bereitschaft zu einem „Nichtangriffsvertrag“ mit Südafrika, der im März 1984 dann auch unterzeichnet wurde und u.a. die ANC-Präsenz in Mosambik stark einschränkte, überzeugt waren, gaben sie „grünes Licht“ für die Nahrungsmittelhilfe.

Auch die Umschuldung, das wußte Mosambik, war von einem Abkommen mit Südafrika abhängig. Die erste Umschuldungsrunde wurde erst nach einem Beitritt Mosambiks zum Internationalen Währungsfonds (IMF) abgeschlossen. In Erwartung eines IMF-Kredits erließ Mosambik im Frühjahr d.J. ein ganzes Paket wirtschaftlicher „Reform“maßnahmen, deren „politische Kosten“, so ein mosambikanischer Regierungsbeamter, „sehr hoch sein werden“.⁹

Nach Abschluß des Nkomati-Abkommens waren die USA auch zu Entwicklungs-„hilfe“ bereit – zuvor stand Mosambik auf der „schwarzen Liste“.

Die US-„Hilfe“ soll den Privatsektor und eine klassenmäßige Opposition gegen eine progressive Politik stärken. Die Einflußmöglichkeiten der Frelimo-Regierung auf die Verwendung der „Hilfe“ sind durch die Krise geschrumpft.

Im Schlepptau der USA zeigte sich auch

die bundesdeutsche Rechtskoalition nicht mehr so zugeknöpft gegenüber Mosambik. Sie hatte die Auszahlung von Geldern, welche die sozialdemokratische Minderheitsregierung 1982 zugesagt hatte, zuvor mit allerlei Ausflüchten sabotiert. Kontakte der RNM, die in der BRD ihre Aktivitäten frei entfalten kann, zu CDU/CSU-Kreisen sind dokumentiert. Im Gegensatz zu Mosambik, das allerdings seine diplomatisch-politische Unterstützung für den ANC nicht aufgab, hielt Südafrika den Nkomati-Vertrag nach der Beendigung der Europareise P.W. Bothas im Frühsommer 1984 überhaupt nicht mehr ein. Über das Prinzip der fortgesetzten RNM-Unterstützung hat in Südafrikas Regime wohl Übereinstimmung bestanden, nicht aber über das Ausmaß.

Hauptangriffsziele: Angola, Mosambik, Lesotho

Kräfte, die sich für eine massive RNM-Unterstützung einsetzten, setzten sich durch. 1982 schrieb der südafrikanische Destabilisierungstheoretiker Deon Geldenhuys noch, „Südafrika hätte seine Ziele auf eine Veränderung politischen Verhaltens, nicht politischer Strukturen zu beschränken“.¹⁰ Heute scheinen die Kräfte freie Hand zu haben, die einen – allerdings illusorischen – Regierungswechsel anstreben.

Im Herbst 1986 eskalierte das nun stärker von Sanktionen bedrohte Südafrika den Konflikt stark. Am 19. Oktober jenen Jahres wurde als Kulminationspunkt die Maschine des mosambikanischen Präsidenten Samora Machel durch ein falsches Funkfeuer zum Absturz gebracht. Mosambik wird in dem Krieg von Truppen aus Simbabwe und Tansania

unterstützt.

Malawi, traditionell treuer Verbündeter Südafrikas und seit Jahren RNM-Basis, hat unter starkem Druck der Frontstaaten in den letzten Monaten anscheinend einen Schwenk vollzogen. Kurz vor Weihnachten 1986 unterzeichnete es ein insbesondere Sicherheitsfragen betreffendes Abkommen mit Mosambik und entsandte ein kleines Truppenkontingent zum Schutz der Bahnlinie zum Hafen von Nacala nach Mosambik.

Schon zuvor waren starke Kräfte im öffentlichen Dienst Malawis gegen die starke Bindung an Südafrika, die durch Auflagen des IMF und der Weltbank Anfang der 80er Jahre wieder verstärkt wurde, und für eine stärkere Zusammenarbeit mit den Frontstaaten, ohne sich jedoch entscheidend gegen die pro-südafrikanischen Kräfte durchsetzen zu können.

Simbabwe ist, wie es David Martin und Phyllis Johnson formulieren, „das Dilemma der Apartheid“.¹¹

Einerseits haben südafrikanische Konzerne in Simbabwe umfangreiche Wirtschaftsinteressen, die sie nicht gefährden wollen. Darüber hinaus hat die ZANU/PF-Regierung mit ihrer auf Konfliktvermeidung angelegten Wirtschaftspolitik deutlich bessere Beziehungen zu westlichen Regierungen als Angola oder Mosambik.

Andererseits ist zu berücksichtigen, „daß ein prosperierendes Simbabwe, das die Transportrouten Mosambiks benutzt und die SADCC-Exportmärkte Südafrika wegnimmt, ein größeres Unglück sowohl für Wirtschafts- als auch Sicherheitsaspekte der politischen Ökonomie der Apartheid wäre“.¹²

„Das einzige vorstellbare Ziel einer Destabilisierung Simbawwes“, so Destabilisierungsberater Geldenhuys, „könnte es

Südliches Afrika – Daten

	Angola	Botswana	Lesotho	Malawi	Mosambik	Namibia	Sambia	Simbabwe	Swasiland	Tansania	Südafrika
Bevölkerung (1984 in Mio)	8,5	1,0	1,5	6,8	13,4	1,1	6,4	8,1	0,7	21,5	31,6
Fläche (in 1.000 qkm)	1.247	600	30	118	330	823	753	391	17	945	1.221
Volksgruppen: Schwarze (in %)	96	99	99	99	97	89	99	97	96	99	70
Weiße (in %)	2	1	1	1	1	7	1	2	3	1	18
Religion: Christen (in %)	52	60	75	32	20	58	17	35	57	30	50
Moslems (in %)	—	—	—	23	13	—	1	—	—	30	2
Animisten (in %)	48	40	25	45	60	42	82	65	43	40	46
BSP (1984 in Mio \$)	7.865	970	800	1.230	1.940	1.660	3.050	6.140	580	6.010	75.730
BSP/Kopf (1984 in \$)	921	940	540	180	145 ²	1.520	480	760	790	290	2.400
Beschäftigte: Landwirtschaft (in %)	74	70	86	83	85	47	73	53	74	86	17
Industrie (in %)	10	13	4	7	7	28	10	13	9	5	35
Außenverschuldung (1984 in Mrd \$)	2,7 ³	0,2	0,1 ³	0,7	1,7 ²	—	3,8 ²	2,1 ²	0,2 ³	2,5	24 ¹
Ausfuhr (1984 in Mio \$)	2.029	640 ²	35 ³	309	185	453 ²	824	1.167	330 ²	456	18.608 ²
Einfuhr (1984 in Mio \$)	1.003	740 ²	501 ³	268	532	452 ²	690	1.144	464 ²	782	15.704 ²
Hauptausfuhrgüter	Erdöl	Diamanten	Wolle	Tabak	Krabben	Diamanten	Kaffee	Tabak	Zucker	Kaffee	Bergbau
Haupthandelspartner	USA, EG	SA, GB	SA	SA, USA	SA, USA	SA	GB, BRD	GB, SA	SA, GB	GB, BRD	GB, USA
Währung	Kwansa	Pula	Loti	Kwacha	Metical	Rand	Kwacha	Z.\$	Lilangeni	Shilling	Rand
1 Währungseinheit = ... DM (März 87)	0,060	1,08	0,91	0,80	0,0090	0,91	0,20	0,90	0,90	0,032	0,91
Lebenserwartung (1984 in Jahren)	43	58	54	45	46	49	51	57	54	52	54
Analphabeten (in %)	75	44	48	75	86	65	46	50	35	21	32
Soldaten und Paramilitärs	75.200	5.000	1.500	5.650	18.000	—	16.000	51.000	3.000	44.850	171.400
Militärausgaben (1984 in Mio \$)	—	26,6	—	25 ⁴	177,4 ³	—	134,0 ⁵	246	18,5 ⁴	315,6 ³	3.100

Abkürzungen: BSP = Bruttosozialprodukt; EG = Europäische Gemeinschaft; GB = Großbritannien; SA = Südafrika; Z\$ = Zimbabwe-Dollar
Anmerkungen: 1 = 1985; 2 = 1983; 3 = 1982; 4 = 1981; 5 = 1980

sein, es daran zu hindern, wirtschaftlich stark genug zu werden, um seine wirtschaftlichen Verbindungen mit Südafrika auf ein unbedeutendes Niveau abzusinken und militärisch machtvoll genug zu werden, um von der Republik (Südafrika; d. Verf.) nicht abgeschreckt zu werden.“¹³

Um die Politik gegenüber Simbabwe ist es in Südafrika mehrfach zu Kontroversen gekommen. 1981 griff der Apartheidstaat zu diversen wirtschaftlichen Repressalien gegen Simbabwe (u.a. im Transportbereich, Kündigung des Präferenzhandelsabkommens).

Diese Maßnahmen stießen in relevanten Sektoren von Südafrikas Geschäftswelt nicht gerade auf Gegenliebe. „...die USA waren es“, so Joseph Hanlon, „die Südafrikas Staatssicherheitsrat überzeugten, daß es nützlicher wäre, Simbabwe wirtschaftlich angebunden zu halten.“¹⁴

Unter dem Druck der USA und der EG-Länder nahm Südafrika Ende 1981/Anfang 1982 die gravierendsten Wirtschaftssanktionen zurück. Pretoria läßt nichts unversucht, um Simbabwe zur Nutzung der Transitrouten durch Südafrika statt der kürzeren Routen durch Mosambik zu locken und zu zwingen.

Route nach Beira wiederöffnen

Kriegsbedingt ist die direkte Route nach Maputo seit August 1983 geschlossen. Mosambik will nun in Zusammenarbeit mit Simbabwe und Großbritannien diese Route wieder instandsetzen; der mosambikanische Premierminister Mário Machungo hofft auf eine Wiedereröffnung der Linie bis Ende d.J. Die Route nach Beira wird fieberhaft wieder instandgesetzt und durch simbabwisches Militär offengehalten. Sie könnte schon jetzt mehr Verkehr bewältigen.

Wenn es auch (v.a. 1981) militärische

Kommandounternehmen Südafrikas in Simbabwe gegeben hat, der Apartheidstaat „Dissidenten“ im Matabeleland fördert und sich eine Soldateska-Reserve von ca. 5.000 Mann in Militärlagern hält, so haben die gegen Simbawes Unabhängigkeit gerichteten Militäraktionen – zumindest bisher – vorrangig in Mosambik stattgefunden.

Wegen seiner erheblichen Wirtschaftsinteressen in Simbabwe unterstützt Großbritannien das Land und Mosambik gegen Südafrikas Aggressionsdruck.

Anders die Regierungen in Washington und Bonn. Ihnen sagt zwar die simbabwische Wirtschaftspolitik zu, aber dessen zunehmend härtere Position gegenüber Südafrika und Protagonistenrolle in der Sanktionsfrage mißfällt ihnen.

Zwischenposition Sambias

Die USA, von 1980-85 Simbawes wichtigster bilateraler Geldgeber, strichen nach einem scharfen simbabwischen Angriff auf die US-Politik des „constructive engagement“ im Sommer 1986 die Entwicklungs-„hilfe“ ganz. Im Fall der BRD lagen „Hilfs“zusagen und -auszahlungen 1984 und 1985 deutlich niedriger als 1983.

Sambias Regierung tritt ebenfalls für Sanktionen ein und beherbergt außerdem das äußere Hauptquartier des ANC. Seine außenpolitischen Positionen, die im eigenen Land nicht unumstritten sind, passen Südafrika und seinen westlichen Verbündeten oft nicht recht ins Konzept. Andererseits ist Sambia ein wichtiger Vermittler und als wirtschaftlich labiler kapitalistischer Staat unter den Frontstaaten auch oft besonders kompromißbereit gewesen.

Südafrika verfolgt gegenüber Sambia eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche. Durchaus nicht erfolglos macht es Sambias herrschenden Kreisen wirtschaftliche Angebote. Die kolonialbedingte Südbindung ist durch Auflagen des IMF, der seit Jahren die sambische Wirtschaftspolitik wesentlich beeinflusst, auch schon unmittelbar verstärkt worden.

Auf Sambias Eintreten für Sanktionen reagierte Südafrika im Sommer 1986 mit Vergeltungsakten im Transitverkehr. Sambia nutzt nun verstärkt die Beira-Route.

Die Leistungsfähigkeit der TANZAM-Bahn nach Dar-es-Salaam wird erhöht. Die Wiedereröffnung der kriegsbedingt geschlossenen Benguela-Bahn durch Angola ist in der Diskussion.

Südafrika destabilisiert Sambia auch militärisch. Britische und US-Geheimdienste tauschen mit ihren südafrikanischen Kollegen Informationen über

Aktivitäten des ANC aus.

Der britische Geheimdienst unterhält u.a. in der Botschaft in Lusaka eine verdeckte Station. Sowohl Südafrika als auch der CIA sollen sich an Putschversuchen gegen die Regierung Kenneth Kaundas beteiligt haben.

Gegen Angola hat Südafrika keine wirtschaftlichen Druckmittel und ist daher allein auf militärische Mittel angewiesen. In keinem anderen Frontstaat hat es in einem solchen Ausmaß direkt militärisch interveniert.

Ermutigt durch westliche Regierungen fiel Südafrikas Militär 1975 in Angola ein, um die Regierungsübernahme der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) zu verhindern und die neokolonial orientierten Organisationen Nationale Front für die Befreiung Angolas (FNLA) und Nationale Union für die Totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA) an die Macht zu bringen. Von der MPLA und kubanischen Truppen geschlagen mußte es 1976 abziehen.

Den Wunschtraum einer Regierungsbeteiligung der UNITA, der von der Regierung Reagan geteilt wird, hat es jedoch nicht aufgegeben. Selbst der CIA hält den Wunsch für reine Illusion.

Angriffsziel Nr. 1: Angola

Ab 1981, dem Jahr des Regierungsantritts Reagans, verstärkte Südafrika nach ständigen kleineren Angriffen in den Vorjahren seinen Aggressionsdruck stark und hielt Teile Südangolas besetzt. Die besetzten Gebiete dienten seinen UNITA-Schützlingen als Operationsbasis.

Sprungbrett für die Angriffe ist das von Südafrika illegal besetzt gehaltene Namibia. Mit der Forderung nach einer Koppelung der Unabhängigkeit Namibias an einen Abzug der Kubaner aus Angola leisteten die USA dem Apartheidstaat eine willkommene diplomatische Schützenhilfe. Die Bundesregierung fördert Südafrikas namibische Marionetten nach Kräften.

Nach einem erneuten Vorstoß südafrikanischen Militärs nach Angola trafen die Regierungen Südafrikas und Angolas unter US-Vermittlung im Februar 1984 eine Übereinkunft über eine Truppenentflechtung in Südangola, die u.a. einen südafrikanischen Truppenabzug bis zum 31. März 1984 und eine Einschränkung des Bewegungsspielraums der SWAPO vorsah.

Erst mit gut einjähriger Verspätung schloß Südafrika im April 1985 seinen Rückzug (fast) ab. Schon wenige Wochen später wurde ein südafrikanisches Kommando gestellt, als es Ölanlagen in Cabinda sprengen wollte.



Von südafrikanischen Truppen zerstörte Brücke in Angola



Nach einem südafrikanischen Angriff auf Lesotho im Jahr 1982 blieben 42 Todesopfer zurück, die in Maseru aufgebahrt wurden

Als die UNITA bei einer Großoffensive der angolanischen Regierungstruppen im September 1985 in äußerste Bedrängnis geriet, intervenierte Südafrika prompt wieder einmal mit seinen Truppen. Seitdem sind die südafrikanischen Angriffe nicht abgerissen.

Die USA haben Wirtschaftssanktionen gegen Angola verhängt und entlasten Südafrika mittlerweile durch eine direkte Unterstützung der UNITA. Ab 1981 organisierte der CIA substanzielle Hilfe für die UNITA über Drittländer. Nachdem im Sommer 1985 das gesetzliche Verbot für eine US-Unterstützung der angolanischen Contra aufgehoben worden ist, wird die UNITA seit Ende 1985 via Südafrika und Zaire mit US-Waffen beliefert.

Zangengriff UNITA-Zaire

Zaire, das auch militärisch mit dem „Westen“ kollaboriert, wird von den USA immer mehr zu einer Contra-Basis ausgebaut. Im Frühjahr d.J. erhielt die krisengeplagte Rechtsdiktatur in Zaire von westlichen Ländern und internationalen Finanzinstitutionen einige kräftige Finanzinjektionen.

Die Beziehungen der bundesdeutschen Rechtskoalition zum Mobutu-Regime sind sehr eng. Hingegen ist die BRD das westliche Land mit den nach den USA schlechtesten Beziehungen zu Angola. Diplomatische Beziehungen gibt es erst seit 1979. Im Mai d.J. sagte die Bundesregierung Angola erstmals bilaterale Nahrungsmittelhilfe zu. Anscheinend soll die wirtschaftliche Zusammenarbeit jetzt doch aufgenommen werden. Im Gegenzug versucht die Bundesregierung ihre speziellen wirtschaftspolitischen Wünsche, wie den Abschluß eines Investitionsschutzabkommens, durchzuset-

zen.

Die mehr als zwieschlächtige Position der Rechtskoalition kommt auch in der Duldung einer UNITA-Vertretung in München zum Ausdruck. Die UNITA stößt auf offene Sympathie bei der CSU. Der Krieg hat in Angola enorme Zerstörungen angerichtet und großes Leid verursacht.

Von der sozialistischen Option aber haben die Destabilisierer Angola nicht abbringen können. Es unterstützt die SWAPO und den ANC weitergehender als die anderen Frontstaaten.

Der Frontstaat Tansania liegt außerhalb des Zerstörungsradius Südafrikas.

Dafür orchestrierte die Regierung Reagan 1981 eine Kampagne wirtschaftlichen Drucks gegen den mißliebigen Frontstaat. Weder dessen konsequente Unterstützung für die Befreiungsbewegungen des Südlichen Afrika noch der Ujamaa-Sozialismus finden bei ihr Gefallen.

Die bundesdeutsche Rechtskoalition schloß sich der US-Kampagne an. Nachdem sie zunächst laut über eine Einstellung der „Hilfe“ nachgedacht hatte, strich sie diese auf 1/3 zusammen.

Kreditschraube gegen Tansania

Im Sommer 1986 konnten Washington, Bonn und Konsorten einen hübschen Erfolg verbuchen: Nach jahrelangem Tauziehen unterzeichnete das krisengebeutelte Tansania ein – allerdings weder in der Regierung noch in der regierenden Partei der Revolution (CCM) unumstrittenes – Abkommen mit dem IMF.

Die Bundesregierung hatte bereits vor Unterzeichnung des IMF-Abkommens „Liberalisierungs“maßnahmen Tansanias mit einer „Hilfs“erhöhung honoriert.

Am verwundbarsten unter den SADCC-Mitgliedern gegenüber südafrikanischem Druck sind **Botswana, Lesotho und Swaziland**, die alle drei mit Südafrika in einer Zollunion verbunden sind.

Lesotho war Opfer einer langen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Destabilisierungskampagne. Diese führte Anfang 1986 zum Sturz der Regierung Leabua Jonathans, die sich durch ihre Asylgewährung für südafrikanische Flüchtlinge und einen Linksschwenk in der Außenpolitik von Südafrikas Vorstellungen entfernt hatte.

Die Dezimierung von ANC, SWAPO mißlang

Im Fall Swazilands setzt Südafrika vorrangig auf Kooptierung. Swazilands Regierung ist für Südafrikas Avancen und Wünsche ausgesprochen empfänglich.

Botswana, das zur Gruppe der Frontstaaten zählt, bleibt im Rahmen seiner beschränkten Möglichkeiten gegenüber südafrikanischen Forderungen hart. Es ist mehrfach durch südafrikanische Kommandounternehmen „abgemahnt“ worden. Ökonomisch verfolgt Südafrika gegenüber Botswana eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche, wobei ersteres allerdings im Vordergrund steht.

Südafrikas Aktionen gegen das kapitalistische und parlamentarische Musterland Botswana stoßen bei westlichen Regierungen auf einhellige, aber folgenlose Ablehnung.

Nicht aufgegangen ist das Kalkül der Destabilisierer, die Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO durch eine Isolierung in der Region entscheidend zu schwächen. Der Höhepunkt der „Vertragspolitik“ fiel mit einem Aufschwung der Widerstandsbewegung in Südafrika zu-

sammen.

Die Wurzeln des Widerstands liegen in Südafrika und Namibia selbst. Auch erzwungene „Nichtangriffsverträge“ oder ähnliches schaffen den Befreiungskampf in Südafrika und Namibia nicht aus der Welt, wenn sie auch Strategie und Taktik der Befreiungsbewegungen beeinflussen mögen. Erst die Zerstörung der Apartheid wird dem Südlichen Afrika den so dringend benötigten Frieden bringen.

Die Destabilisierung behindert die Entwicklung der Staaten der Region, bei weitem am massivsten in den beiden progressivsten Staaten Angola und Mosambik. Dort sind die Zerstörungen verheerend.

Die Forderung nach umfassenden Sanktionen gegen den Apartheidstaat und die Unterstützung von ANC und SWAPO müssen durch die politische und materielle Solidarität mit den Frontstaaten ergänzt werden.

Anmerkungen:

- 1) P. Johnson/D. Martin, Introduction; in: P. Johnson/D. Martin (Hg.), *Destructive Engagement. Southern Africa at War*, Harare 1986, S. XV-XXI, hier: S. XV
- 2) Vgl. hierzu: R.H. Green/C.B. Thompson, *Political Economies in Conflict: SADCC, South Africa and Sanctions*; in: P. Johnson/D. Martin, *Destructive Engagement...*, a.a.O., S. 245-280, hier: S. 257ff.; J. Hanlon, *Beggar Your Neighbours. Apartheid Power in Southern Africa*, London/Bloomington 1986, S. 9ff., 32ff., 49ff.
- 3) *Le Monde Diplomatique*, Paris, Juli 1984
- 4) R. Köbler/H. Melber, Die 'Wende' in der bundesdeutschen Afrika-Politik – Kontinuität und Neuorientierung am Beispiel des Südlichen Afrika. Eine Hintergrundanalyse zur öffentlichen Anhörung der Fraktion DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG zum Thema: „Bundesrepublik Deutschland und Namibia: Stand der Beziehungen und Perspektiven für die Unabhängigkeit“, Bonn, 16./17.9.1985, S.6
- 5) *The Times*, London, 12.2.1987
- 6) J. Hanlon, *Beggar...*, a.a.O., S. 26
- 7) Siehe: T. Mkandawire, *Dependence and Economic Co-operation: The Case of SADCC*; in: *Zimbabwe Journal of Economics*, Harare, Januar 1985, S. 1-10, hier: S. 9
- 8) R. Davies, *South African Strategy towards Mozambique in the Post-Nkomati-Period. A Critical Analysis of Effects and Implications*, Uppsala 1985, S.12
- 9) *Africa Economic Digest*, London, 14.3.1987
- 10) D. Geldenhuys, *The Destabilisation Controversy: An Analysis of a High-Risk Foreign Policy Option for South Africa*; in: *Politikon*, Johannesburg, Bd. 9, Nr. 2, Dezember 1982, S. 16-31, hier: S. 29
- 11) D. Martin/P. Johnson; *Zimbabwe: Apartheid's Dilemma*; in: P. Johnson/D. Martin, *Destructive Engagement...*, a.a.O., S. 42-72
- 12) R.H. Green/C.B. Thompson, *Political Economies...*, a.a.O., S. 256
- 13) D. Geldenhuys, *The Destabilisation...*, a.a.O., S. 29
- 14) J. Hanlon, *Apartheid's Second Front. South Africa's War against Its Neighbours*, Harmondsworth 1986, S.96



SADCC-Gipfel in Luanda

Shirley Harris

Die SADCC - Allianz für Eigenständigkeit

Die täglich mit der militärischen und wirtschaftlichen Aggression des südafrikanischen Apartheidstaates konfrontierten Länder des Südlichen Afrika entwickeln in gleichmäßigem Tempo ihre Widerstandsfähigkeit.

Im Mittelpunkt dieses Prozesses steht die Arbeit der sieben Jahre alten Koordinationskonferenz zur Entwicklung des Südlichen Afrika (SADCC), einer Allianz zur regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die die sechs Frontstaaten Angola, Botswana, Mosambik, Tansania, Sambia und Simbabwe zusammenbringt mit Lesotho, Malawi und Swaziland.

Die SADCC steht einem der Hauptziele des Apartheidregimes als wesentliches Hindernis entgegen: der Umwandlung seiner Nachbarn in Vasallenstaaten entsprechend den Bantustan-„Homelands“ innerhalb Südafrikas selbst, die der vollständigen wirtschaftlichen Vorherrschaft und politischen Kontrolle unterliegen.

Dieses Ziel ist eine Schlüsselkomponente in Pretorias „Totaler Strategie“ zur Bewahrung der Apartheid angesichts einer anwachsenden Freiheitsbewegung im eigenen Lande und einer ständig zunehmenden Isolierung in der ganzen Welt. Der Regionalkrieg der Apartheid wird weitgehend auf wirtschaftlichem Terrain ausgefochten, wobei Pretorias militärische und sonstige Aktionen fast immer auf wirtschaftliche Auswirkungen abzielen. In diesem Kampf auf Leben und Tod macht sich Pretoria das Grund-

schema zunutze, das von den europäischen Mächten und den Siedlern zu Beginn dieses Jahrhunderts angelegt wurde, als das Gesamtgebiet des Südlichen Afrika bewußt den südafrikanischen Kolonialstrukturen eingegliedert wurde.

Trotz der politischen Unabhängigkeit dieser Länder sind deren Wirtschaftssysteme heute immer noch ganz stark von Südafrika abhängig, hervorgerufen dadurch, daß sie mit dem Apartheidstaat in Gestalt ausgedehnter Transport-, Verkehrs-, Handels-, Markt- und Arbeitsplatzsysteme eng verbunden sind.

Wirtschaftliche Befreiung fördern

Im Ergebnis dieser Abhängigkeit verdient Pretoria schätzungsweise jährlich 1,5 Mrd \$ an der direkten Ausbeutung seiner Nachbarstaaten. Und noch über solche enormen Profite hinaus erzielt Pretoria Gewinne, die geradezu lebenswichtig für es sind. Den Worten eines der führenden Ideologen Pretorias zufolge ist die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Nachbarn Südafrikas entscheidend für „die Beschränkung ihrer wirtschaftlichen, politischen und auch militärischen Handlungsfreiheit gegenüber Südafrika...“ Nirgendwo auf der Welt tritt der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Beherrschung und der Aufrechterhaltung politischer Macht deutlicher zutage.

Die Führer der schwarzafrikanisch regierten Staaten des Südlichen Afrika begreifen diesen Zusammenhang ebenso gründlich wie die Wächter der Apartheid. Infolgedessen gründeten sie 1980 die SADCC als kollektive Waffe, um aus Pretorias wirtschaftlicher Umklammerung auszubrechen.

Unmittelbarer Ansporn für die Bildung der SADCC war die Befreiung Simbawes, welches das wirtschaftlich höchstentwickelte unter den Pretoria gegenüberstehenden Ländern ist und den Eckpfeiler jeder regionalen Gruppierung bilden muß. Zusammengenommen haben die neun SADCC-Länder eine Bevölkerung von 70 Mio, ein Territorium, das 3/4 der Größe der USA umfaßt, und einen Reichtum an Bodenschätzen, der in der Welt seinesgleichen sucht.

Unter den Mitgliedsstaaten der SADCC herrscht eine große politische Vielfalt – das Spektrum reicht von revolutionären Volksregierungen wie in Angola, Mosambik und Simbabwe bis hin zu reaktionären Regimes wie dem von Malawi –, doch teilen alle ein gemeinsames Interesse an der Sicherung ihrer nationalen Unabhängigkeit, und allen ist klar, daß dies nur möglich ist, wenn sie ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit von der Apartheid durchsetzen.

Zu diesem Zweck hat die SADCC den Prozeß der schrittweisen Umstrukturierung der Wirtschaftsbeziehungen der Region in Gang gesetzt.

Die Ziele der SADCC sind in der Deklaration von Lusaka niedergelegt, die offiziell den Titel „Das Südliche Afrika: auf dem Weg zur wirtschaftlichen Befreiung“ trägt und auf dem Gründungstreffen der Organisation 1980 angenommen wurde.

Die Ziele der Organisation sind:

- die wirtschaftliche Abhängigkeit der Mitgliedsstaaten besonders, wenn auch nicht nur, von Südafrika zu verringern;
 - den Zusammenhalt zu festigen, um eine echte und gerechte regionale wirtschaftliche Integration zu schaffen;
 - Mittel freizumachen, um die Durchführung einer nationalen, zwischenstaatlichen und regionalen Politik zu fördern; und
 - in konzertierter Aktion die internationale „Zusammenarbeit im Rahmen der Strategie der Organisation zur wirtschaftlichen Befreiung“ sicherzustellen. Die Herangehensweise der SADCC an die Durchführung dieser Vorhaben fußt auf der Zusammenarbeit in Form einer wirtschaftlichen Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedsstaaten.
- Die Allianz zentralisiert nicht alle alltäglichen Entscheidungs- und Planungstätigkeiten innerhalb einer Körperschaft in einem Land, sondern teilt verschiedene Mitgliedsländern die Verantwortung für die Leitung verschiedener Be-

reiche zu. Angola ist zum Beispiel verantwortlich für Energie, Simbabwe für die Sicherung der Ernährung und Mosambik für das Transportwesen.

Um eine zweckdienliche Koordinierung zwischen ihren Mitgliedern zu sichern, hat die SADCC ein ständiges vierköpfiges Sekretariat eingerichtet und hält jährliche Gipfeltreffen ab, auf denen die Staats- und Regierungsoberhäupter jedes Mitgliedslandes zusammentreffen.

Die Führer der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), die den Kampf um Namibias Unabhängigkeit anführt, und des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), der Vorhut des Freiheitskampfes innerhalb Südafrikas, sind ebenfalls anwesend und an diesen jährlichen Versammlungen beteiligt. Dies demonstriert das Engagement der Allianz für die vollständige Befreiung der Region und den Kampf gegen die Apartheid.

Die Leistungen der SADCC

Die hauptsächlichen Leistungen der SADCC in den sieben Jahren seit ihrer Gründung umfassen sowohl die Schaffung eines regionalen Identitätsbewußtseins und einer stärkeren Einheit unter den neun Mitgliedsstaaten als auch bedeutende Fortschritte auf programmatischem Gebiet.

Das Aktionsprogramm der SADCC erstreckt sich auf sieben breite Sektoren wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Höchste Priorität hatte von Anfang an einzig das Transport- und Verkehrswesen. Es gibt auch Programme für Ernährung und Landwirtschaft, Energie, Industrie, Bergbau und zur Entwicklung der menschlichen Ressourcen, die für alle anderen Maßnahmen ausschlaggebend ist.

Simbarashe Makoni, Exekutivsekretär der SADCC und Leiter ihres Sekretariats, erklärt:

„Es ist uns gelungen, quer durch die verschiedenen Sektoren fast 400 verschiedenartige Projekte auszuarbeiten, darunter ausgedehnte Eisenbahn- und Hafenprojekte im Wert von vielen Mio \$... Wir haben Programme, die Erdsatellitenstationen zur Errichtung von direkten Telekommunikationsverbindungen zwischen allen Mitgliedsstaaten einschließen.“

Vor der Gründung der SADCC waren sechs von uns neun bei Telefon, Telex und Telekommunikation auf den Transit durch Südafrika angewiesen... Es gibt ein neues, hochinteressantes Programmgebiet auf dem Feld der Energie, wo wir nationale Elektrizitätsnetze aneinander anschließen...

Wir haben in einigen unserer Mitgliedsstaaten ernstliche (Energie-)Defizite und

sogar die ironische Situation, in der Mosambik mit der größten einzelnen Stromerzeugungskapazität in Cabora Bassa selbst Strom aus Südafrika importiert...

Ein weiterer Erfolgsbereich sind die internationale Unterstützung und das Verständnis, die wir uns gesichert haben... (Es hat) ganz begeisterte Reaktionen aus der internationalen Gemeinschaft (gegeben). Das sind die bewilligten 1,1 Mrd \$ und die 1,2 Mrd \$, über die noch verhandelt wird, die der SADCC von der internationalen Gemeinschaft gewährt werden.

In Zukunft werden wir unsere Aufmerksamkeit der Frage der materiellen Produktion von Waren und Dienstleistungen nennenswerten Umfangs zuwenden, die das Leben unseres Volkes verbessern werden. (...)

Die stetige Entwicklung der SADCC und ihre Erfolge sind angesichts der scheinbar unauflösbaren Bindungen der neun Staaten des Südlichen Afrika an Südafrika kein leichtes Werk gewesen. Nur Angola und Tansania können sich gegenwärtig Pretorias Zugriff weitgehend entziehen.

Am anderen Ende der Skala befinden sich Botswana, Lesotho und Swasiland in fast völliger Abhängigkeit von Pretoria.

Diese drei Länder waren britische Schutzgebiete. Lange Zeit wurden sie direkt von Südafrika verwaltet und liefen zuweilen Gefahr, von ihm annektiert zu werden.

Von Schutzzöllen ablösen

Seit 1909 sind Botswana, Lesotho und Swasiland in einer Zollunion mit Südafrika zusammengeschlossen, die Südafrika die Kontrolle über den Warenverkehr zwischen diesen Staaten sichert und gewährleistet, daß südafrikanische Gesellschaften sie vollständig beherrschen. Dies geschieht dadurch, daß ein hoher Schutzzoll auf Güter erhoben wird, die aus irgendeinem anderen Land als Südafrika kommen.

Auf diese Weise importieren diese Staaten fast alles aus Südafrika, während sie im Gegenzug nur wenig verkaufen. Dies führt zu einem Handelsdefizit, das ihren Gewinn aus der Zollunion um das Vierfache übersteigt.

Es liegt klar auf der Hand, daß sich Botswana, Lesotho und Swasiland besser ständen, wären sie nicht in der Zollunion. Aber sie sind auf die unmittelbaren Einkünfte angewiesen und könnten weder den Schock der Ablösung noch die Vergeltungsmaßnahmen aus Südafrika verkraften.

Man hofft, daß die SADCC mit der Zeit die Art von Unterstützung bieten kann,

die diese Situation umkehren würde. Für die meisten Länder der Region bieten südafrikanische Bergwerke und Farmen Arbeit für hunderttausende von Wanderarbeitern.

Lesotho allein schickt 150.000 Menschen zur Arbeit in den Apartheidstaat, und das Geld, das diese Arbeiter zurückbringen, ist die Haupteinkommensquelle für das Land. Vier weitere Länder haben eine bedeutende Anzahl von Arbeitern in Südafrika, die sich insgesamt auf ca. 100.000 in den Bergwerken und 40.000 auf Farmen und als Hausangestellte beläuft: darunter sind fast 1/3 der arbeitsfähigen Männer Botswanas, 15% der im Arbeitsalter stehenden Männer aus Swasiland, und je 5% aus Malawi und Mosambik.

Ehe sie vor kurzem infolge von Mosambiks fester Haltung zugunsten von Sanktionen ausgewiesen wurden, hatte Mosambik 45.000 Männer in Südafrika; es verdiente an ihnen mehr als an Cashewnüssen, seinem wichtigsten Exportartikel.

Südafrika übt seinen Zugriff auch durch seine Rolle als Hauptlieferant vieler Industriegüter an Nachbarstaaten aus. Trotz ihres Hasses auf die Apartheid sind diese Länder gezwungen, wegen der Transport- und Verkehrsmöglichkeiten aus Südafrika zu importieren; nur zu Pretoria haben sie Telefonverbindungen, Luftbeförderung, Güterverkehrswege und Bahnlinien.

Sechs der neun Mitgliedsstaaten der SADCC – Botswana, Lesotho, Swasiland, Sambia, Simbabwe und Malawi – importieren alle mehr aus Südafrika als aus irgendeinem anderen Land. (...)

Achillesferse Transportrouten

Das Transportwesen ist der Sektor, auf dem die Abhängigkeit der Nachbarländer von Südafrika am kritischsten ist. Hier schlagen Südafrikas Häfen und Eisenbahnen einen riesigen Anteil des internationalen Handels für alle Nachbarn Pretorias, ausgenommen Angola und Mosambik, um. Der Anteil reicht von 1/3 für Malawi bis hin zu 85% für das Binnenland Simbabwe.

Doch ist dies auch der Bereich, auf dem die Möglichkeit, den Griff Südafrikas zu brechen, am weitesten herangereift ist und wo folglich die Anwendung militärischer Taktik durch die Apartheid am aggressivsten ist.

Mit der Befreiung Simbabwes und der Gründung der SADCC war es für den neubefreiten Staat und alle SADCC-Länder offensichtlich logisch, angolanische und mosambikanische Häfen zu benutzen. Abgesehen von politischen Erwägungen waren sie nur halb soweit entfernt wie die südafrikanischen und daher



Gemeinsam genutzte Wasserkraft: Kariba-Staudamm zwischen Sambia und Simbabwe

potentiell viel weniger kostspielig.

Dennoch läuft die Hälfte der Ex- und Importe der SADCC immer noch durch oder nach Südafrika. Darum hat Südafrika die Bahnlinien in Angola und Mosambik angegriffen, um sicherzugehen, daß diese den Verkehr nicht abwickeln konnten.

Die Benguela-Bahn, die Sambias Kupfergürtel mit dem angolanischen Hafen Lobito verbindet, ist durch militärische Aktionen Südafrikas und seiner UNITA-Marionetten seit beinahe 10 Jahren geschlossen.

Die Linie Beira (Mosambik)-Simbabwe wird ständig durch simbabwische Truppen bewacht und dennoch häufig unterbrochen. Die Linie Maputo-Simbabwe wurde 1983, die Linie Malawi-Beira 1982 und die Linie Malawi-Nacala spätestens Ende 1984 geschlossen. (...)

Und nicht nur Häfen und Eisenbahnen sind Angriffen durch Südafrika ausgesetzt, sondern auch die SADCC selbst. Südafrika hat Überfälle in jeder Stadt angedroht oder verübt, in der die SADCC ihre jährlichen Treffen abgehalten hat, einschließlich eines Überfalls auf Gaborone, Botswana, wo die Konsultativkonferenz der SADCC vom Februar 1987 abgehalten wurde.

In Anbetracht der entscheidenden Rolle, die die Transportverbindungen in der Konfrontation mit Pretoria spielen, hat sich die SADCC in erster Linie auf die Reaktivierung von Handelsrouten zum Meer konzentriert. Kernstück dieser Anstrengungen ist der Ausbau des Beira-Korridors durch Mosambik.

Der Korridor besteht aus einer Ölpipeline, einer Eisenbahn, Straßen und einem Hafen am Indischen Ozean. Dieser hat insofern eine Schlüsselfunktion, als er zum Hauptgüterumschlagshafen im Dienst von fünf Mitgliedsstaaten der SADCC werden kann, von denen vier vom Festland eingeschlossen sind:

Malawi, Simbabwe, Sambia und Botswana.

Ein stabiler Beira-Korridor würde es den SADCC-Ländern ermöglichen, ihre Abhängigkeit von Südafrika qualitativ zu verringern. Geldmitteln, die hauptsächlich von der niederländischen Regierung kamen, verdankt der Hafen von Beira die Wiederherstellung seiner Kapazität von 1976 in Höhe von 3 Mio t.

Der Hafen wickelte jedoch im letzten Jahr nur einen Güterverkehr von etwa der Hälfte dieses Umfangs ab, weil Straßen- und Bahnarbeiten nicht Schritt hielten aufgrund von Sabotageangriffen durch Renamo (RNM)-Contras in Mosambik, die von Südafrika unterstützt werden.

Der Umfang, in dem Beira oder jeder andere Hafen zum Einsatz kommen kann, hängt von der Fähigkeit der SADCC-Mitgliedsstaaten ab, ihn gegen die südafrikanische militärische Aggression zu verteidigen und zu schützen.

Das ist der Punkt, den die Regierung Reagan mit ihren frommen Sprüchen über Wirtschaftshilfe für SADCC verschleiern will.

Pretoria – Kraftwerk der Region?

SADCC-Exekutivsekretär Makoni kommentiert diesen Aspekt der Washingtoner Unterstützung der Apartheid so:

„Es ist ein Unding, wenn die US-Behörde für Internationale Entwicklung, die sich im Augenblick bei uns in Beira in Höhe von 5,5 Mio \$ engagiert, uns bei der Neuverlegung von 25 km Bahnstrecke und der Installierung von 400-t-Kränen in Beira hilft und uns dann erzählt, das Problem der Verteidigung dieser Infrastrukturen gehe sie nichts an.“

Wir können ihnen versichern, daß die Südafrikaner abwarten werden, bis wir

und die amerikanischen Ingenieure mit der Neuverlegung der Bahnstrecke fertig sind, und am folgenden Tag kommen und sie in die Luft jagen werden...

Die Vereinigten Staaten versuchen, auf zwei Hochzeiten zu tanzen. Das finden wir äußerst lästig. Sie kommen dann zur SADCC und sagen, sie wollen uns unterstützen. Aber ich kann Ihnen verraten, daß höhere Beamte in dieser Regierung mir gesagt haben: 'Können Sie nicht eine Möglichkeit finden, mit Südafrika auf wirtschaftlichem Gebiet zusammenzuarbeiten, ohne mit ihnen über Politik zu reden?'

Im gleichen Tenor haben mir Leute aus der Regierung gesagt: 'Es ist aussichtslos, wenn die Länder des Südlichen Afrika von wirtschaftlicher Zusammenarbeit ohne Südafrika sprechen, weil Südafrika das Kraftwerk der Region ist.' "

Unter dem Druck, bis zu einem gewissen Maß auf die Forderungen der weltweiten Anti-Apartheid-Bewegung zu reagieren, hat die Regierung Reagan zunehmend Lippenbekenntnisse abgegeben, sie wolle den SADCC-Ländern Hilfe leisten.

Doch besteht der wahre Charakter der Washingtoner Politik darin, Hilfeversprechen und andere Manöver für den Versuch zu nutzen, den regionalen Widerstand gegen die Apartheid zu entschärfen. Und wenn sich die SADCC-Staaten nicht einschüchtern lassen, werden große Hilfssummen, von denen andeutungsweise die Rede war, „auf geheimnisvolle Weise“ zurückgezogen.

US-Einschleusungsversuch Zaires

Auf dem diesjährigen Treffen von Gaborone verpflichteten sich die USA für 1987 zu nur 36 Mio \$ an neuer Hilfe für die SADCC und zu 57 Mio \$ für 1988, weit weniger als ursprünglich stillschweigend vereinbart. M. Peter McPherson, der Hauptverwalter der Behörde für Internationale Entwicklung, drängte die SADCC auch, sich zu erweitern und Zaire mitaufzunehmen, eine Nation, die mit Washington eng verbündet ist und durch das die wirtschaftlichen, militärischen und logistischen Hilfslieferungen an die UNITA-Contras in Angola geschleust werden.

Auch drängten die USA die SADCC dazu, Handelsverbindungen mit der „aufstrebenden schwarzen Geschäftsgemeinschaft in Südafrika“ zu entwickeln. Dies wurde von Exekutivsekretär Makoni umgehend zurückgewiesen, der unverblümt erklärte, daß diese „Gemeinschaft“ nur der Apartheid diene.

Die Position der SADCC aufgreifend, haben in den USA in erster Linie Mitglieder des Kongreßausschusses der Afroamerikaner drei Schlüsselvorlagen im Kongreß eingebracht, die eine 340-Mio-\$-Hilfe für

die SADCC fordern. Ein Großteil davon sollte für die Wiedereröffnung des Beira-Korridors und die Instandsetzung von weiteren dringend benötigten Infrastrukturbereichen verwendet werden.

Neben der Hilfe wird gefordert, die US-Unterstützung für die UNITA in Angola zu beenden und der Armee Mosambiks logistische Unterstützung zu leisten, um den Beira-Korridor auch gegen die RNM-Contras zu sichern.

Die Regierung Reagan widersetzt sich diesen Maßnahmen, was nicht überrascht.

Der Beitrag der SADCC zum Kampf gegen die Apartheid geht noch über ihr Programm zur wirtschaftlichen Entwicklung hinaus.

Die Allianz insgesamt, besonders aber ihre Mitgliedsstaaten Simbabwe und Sambia, haben eine bedeutende Rolle bei der Ankurbelung der internationalen Sanktionskampagne gegen Südafrika gespielt; dies trotz der Tatsache, daß die SADCC-Länder den härtesten und unmittelbarsten Druck durch Pretorias Vergeltungsmaßnahmen auszuhalten haben.

Exekutivsekretär Makoni schildert, wa-

rum die SADCC gewillt ist, diese Bürde zu tragen: „Die Leute müssen begreifen, daß wir ohnehin bedroht sind und durch die Apartheid bereits eine sehr schwere Bürde tragen...

Diejenigen, die argumentieren, Sanktionen schaden dem Südlichen Afrika, brauchen nur die Tatsache zu betrachten, daß die Benguela-Bahn in den letzten 10 Jahren kaum eine Tonne Güter zum Hafen von Lobito (Angola) befördert hat. Sie brauchen nur die Blockade von Lesotho, die Sprengung der Raffinerie von Luanda, die Sprengung des Hafens von Beira und der Öltanker dort sowie die verschiedenen anderen Kosten zu betrachten, die wir in dem Papier 'Destabilisierungsverluste – anschaulich gemacht' aufgestellt haben. Wir schätzen die direkteren Auswirkungen der Destabilisierung durch Südafrika vorsichtig auf 10 Mrd \$ in fünf Jahren...

Diejenigen also, die argumentieren, daß uns Leiden erspart bleiben, wenn keine Sanktionen verhängt werden, müssen sich die Frage stellen, vor wieviel mehr Leid sie uns zu bewahren hoffen."

(Quelle: Frontline, Oakland, 13.4. 1987, S. 8-9)

Zeitschriftenschau

Mittelamerika-Magazin, Nr. 61/Mai 1987

Schwerpunkt: El Salvador – der Krieg mit Worten und Bildern ● Interview mit Mitgliedern des Komitees für Wiederansiedlung ● Situation der Solidaritätsbewegung in den USA ● Haiti – ein Jahr nach Duvalier ● Jahreshauptversammlung der IGM ● Essay von Eduardo Galeano zum Krieg in Nicaragua
Einzelpreis 3 DM; Abo (6 Hefte) 18 DM
Bezug: Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 116/Mai 1987

Schwerpunkt: EG-Agrarpolitik und Dritte Welt ● Bestandsaufnahme der Arbeit der BUKO-Agro-Kampagne ● Südkorea – Analyse des „Modells Korea“ ● Die Methoden der Firma Adler ● Kirchentag gegen Apartheid ● KA-Protokoll
Einzelpreis 3 DM; Abo 36 DM
Bezug: FORUM, c/o ISW, Achtermannstr. 10-12, 4400 Münster

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 2/April 1987

Schwerpunkt: Verschuldung ● Verschuldungskrise in Tansania – Ende der sozialistischen Transformation ● Krisenmanagement in Simbabwe ● Südafrika – Vorzugsbehandlung durch westliche Geldgeber ● Kirchentag ● Kriegsdienstverweigerer in Südafrika ● Kinder in Südafrika ● ANC
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: issa, Blicherstr. 14, 5300 Bonn 1

Brasilien Nachrichten, Nr. 92/1986

Schwerpunkt: Landkonflikte in Brasilien ● Berichte aus dem Gebiet des Bico do Papagaio ● Interview mit einem Rechtsanwalt der „Comissao Pastoral da Terra“ ● Interview mit Bischof Pünder ● Bewässerungsprojekt im Nordosten ● Gründung eines Tribunals für Verbrechen im Zusammenhang mit Großgrundbesitz ● Weitere Beiträge: Staudamm von Balbina ● Zinsmoratorium ● Verfassungsgebende Versammlung
Einzelpreis 7 DM; Abo 28 DM
Bezug: Brasilien-Nachrichten, c/o LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Peripherie, Nr. 25-26/Sommer-Herbst 1987

Schwerpunkt: Entwicklungspolitik gewendet ● Bestandsaufnahme der Entwicklungspolitik ● Die neue Südpolitik der Bundesrepublik: zwischen Krisenmanagement und Neomerkantilismus ● „Entbürokratisierung“ der Entwicklungshilfe? ● Gibt es eine Grüne Entwicklungspolitik? ● Strategien der Entwicklungshilfe: Schweden und andere skandinavische Länder ● Von der „Integration in die Entwicklung“ zur „Feminisierung der Entwicklung“? ● Touristische Entwicklungsstrategien
Einzelpreis 9 DM; Doppellieferung 16 DM; Abo 30 DM
Bezug: Peripherie, c/o LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

ila-info, Nr. 105/Mai 1987

Schwerpunkt: Wege aus der Verschuldung ● Beiträge zu den lateinamerikanischen Positionen zur Verschuldung, zur erfolgreichen „Teile und Herrsche“-Strategie der Gläubiger und zur peruanischen Politik ● Überlebensstrategien in den Elendsvierteln Managuas ● Lateinamerikanische Immigranten in den USA ● Interview mit dem brasilianischen Bischof Dom José Rodriguez ● Gespräch zur mexikanischen Frauenbewegung ● Kultur: Raub lateinamerikanischer Kulturschätze
Einzelpreis 3,50 DM; Abo 35 DM
Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

Peter Garcia

Angola macht Boden gut

Die Benguela-Eisenbahn verbindet die zairische Stadt Kamina mit Angola. Das ist jedoch nicht der einzige gemeinsame Aspekt: Der Name dieser Stadt und der Name der Bahnlinie stehen seit kurzem auch für zwei widersprüchliche Tendenzen in der Außenpolitik Zaires gegenüber seinem westlichen Nachbarn.

Es bleibt abzuwarten, welche Folgen diese neue Konstellation für die anti-angolanische Terrororganisation UNITA haben wird, die bisher von der zairischen Regierung weitgehend unterstützt wurde.

Bis zur Unabhängigkeit Angolas im Jahre 1975 war die Benguela-Bahn der Haupttransportweg für Erze und andere Bodenschätze aus Zaire, Sambia und Ostangola. Infolge der ständigen Sabotageakte der UNITA konnte die fast 2.000 km lange Strecke seit nunmehr 12 Jahren praktisch nicht mehr benutzt werden.

Dieser Zustand soll nun bald Vergangenheit sein: Am 16. April 1987 einigten sich die Staatschefs Angolas, Zaires, Sambias und Mosambiks in der angolanschen Hauptstadt Luanda, die Benguela-Eisenbahn in maximal zwei Jahren wieder in Betrieb zu nehmen. Das wird jedoch nur möglich sein, wenn Zaires Regierung auf die von ihr unterstützte UNITA massiven Druck ausübt, um eine Beendigung der Sabotage-Tätigkeit zu erreichen.

Die Benguela-Linie wird wiedergeöffnet

Die Teilnahme Zaires an dieser Konferenz ist jedoch nicht nur ein Erfolg der angolanschen Außenpolitik. Hinter der Entscheidung der Regierung Mobutu stehen handfeste wirtschaftliche Interessen.

Zum einen geht es dabei um den eigenen Geldbeutel: Dadurch, daß derzeitig der Export des größten Teils der zairischen Bergbauprodukte über südafrikanische Häfen abgewickelt werden muß, entstehen horrend Transportkosten – immerhin werden von Zaire jährlich 6-7 Mio t bewegt. Der Weg mit der Benguela-Bahn über Angola wäre um 2/3 kürzer und auch politisch weniger belastet.

Ein Interesse an der Wiederaufnahme des Betriebs der Benguela-Linie haben aber auch bestimmte westeuropäische Großunternehmen. An erster Stelle wäre hier

die Société générale de Belgique zu nennen, die 90% der ausländischen Anteile an der Bahn und ausgedehnte Schürfrechte in Zaire besitzt.

Als die vier Staatschefs Ende April d.J. in Sambia erneut zusammenkamen, nahm an diesem Treffen auch ein bevollmächtigter Vertreter dieses belgischen Unternehmens teil. Ein zweites Großunternehmen, die britische Lonrho, möchte selbst Anteile der Benguela-Bahn erwerben, um sich den Auftrag über die Instandsetzung der Strecke und des rollenden Materials zu sichern.

Es überrascht deshalb kaum, daß die Kosten der Wiederinbetriebnahme, die auf 280 Mio \$ veranschlagt wurden, von der Société générale de Belgique und der EG übernommen werden sollen.¹

„Flintlock 87“

Die Verständigung zwischen Zaire und Angola in der Frage der Benguela-Bahn bedeutet jedoch nicht, daß sich Zaire von der antiangolanischen Politik Washingtons gelöst hätte.

Nur zwei Tage nach dem Gipfel in Luanda begannen am 18. April unter dem Code-Namen „Flintlock 87“ in Zaire gemeinsame Militärmanöver zwischen den Truppen des Landes und den USA. Etwa zur gleichen Zeit wurde bekannt, daß Zaires Präsident Mobutu in Washington am 25.2.1987 ein Abkommen mit den USA über die Nutzung des Luftwaffenstützpunktes bei Kamina getroffen hatte.

Dieser Stützpunkt wurde in den 50er Jahren von Belgien gebaut. Für die USA ist er deshalb wichtig, weil er über zwei Landebahnen für Langstreckenflugzeuge verfügt und nicht allzuweit von UNITA-

Basen an der Grenze zu menschenleeren Gebieten Angolas liegt.

Über den Kamina-Stützpunkt wurde und wird vom US-Geheimdienst CIA der größte Teil der militärischen Unterstützung für die UNITA abgewickelt. Zur Tarnung dieser Waffentransporte werden Flugzeuge der St. Lucia Airways, einer kleinen karibischen Gesellschaft, eingesetzt. Ihre Route führt vom Kelly-Stützpunkt der US Air Force in Texas über die Kapverdischen Inseln nach Kamina.² Auch die modernen Boden-Luft-Raketen vom Typ Stinger sind auf diesem Weg an die UNITA-Terroristen geliefert worden.

Obwohl Zaires Luftwaffe – und damit auch die Regierung des Landes – über diese Vorgänge genauestens informiert sind, streitet Regierungschef Mobutu jedesmal kategorisch ab, daß er die UNITA in irgendeiner Form unterstützt oder daß es auf zairischem Boden Stützpunkte dieser Gruppierung gibt.

Um Mobutu beim Wort zu nehmen, über-



Von strategischer Bedeutung für Angola wie die östlichen Nachbarn ist die Benguela-Bahn (unten)



sandte ihm die Regierung Angolas eine genaue Beschreibung der Lage dieser Stützpunkte auf dem Territorium Zaires — unter gleichzeitigem Hinweis darauf, daß Zaire ja dann nichts dagegen haben könne, wenn Angola in Zukunft die Verfolgung der Banditen auch auf das angrenzende Gebiet Zaires ausdehne. Gleichzeitig gab Angola der Hoffnung Ausdruck, daß Zaire vorher vielleicht selbst für Ordnung sorgen würde, so daß dadurch grenzüberschreitende Maßnahmen gar nicht erst notwendig würden.³ Sowohl für die UNITA als auch für die USA ist es jedoch eminent wichtig, daß diese Gruppierung ihre Präsenz in Zaire eher noch verstärkt. Die unmittelbaren militärischen Vorteile liegen auf der Hand: Ernsthaft schaden kann die UNITA Angolas Wirtschaft nur durch einen Angriff auf die Erdölanlagen in der Provinz Cabinda.

Savimbi salonfähig machen

Sabotageakte in Cabinda sind aber nur von Zaire aus möglich, da diese Provinz vom übrigen Angola durch einen Streifen zairischen Territoriums abgetrennt ist und die auf der anderen Seite gelegene Volksrepublik Kongo der UNITA keine Chance geben würde.

Genau so wichtig sind jedoch auch die langfristigen politisch-diplomatischen Vorteile, die die Verlegung der UNITA-Basen aus dem südafrikanisch besetzten Namibia nach Zaire mit sich bringen würde.

Nur so kann UNITA-Anführer Savimbi der Weltöffentlichkeit mit einiger Aussicht auf Erfolg das Märchen verkaufen, keine Marionette des südafrikanischen Rassenregimes zu sein. Die stärkere Bindung an das schwarzafrikanische Zaire soll der UNITA — und damit der US-Außenpolitik — weltweit mehr Glaubhaftigkeit verleihen.⁴

Ein weiteres Manöver soll dazu beitragen, die UNITA salonfähiger zu machen. Ende März d.J. verbreitete das Washingtoner Informationsbüro dieser Gruppierung eine Erklärung, in der sie eine Einstellung der Sabotage der Benguela-Bahn ankündigte, sofern die UNITA an den Gesprächen zwischen den Regierungen der interessierten Staaten offiziell teilnehmen könne, falls sie in das Abkommen über die Wiederinbetriebnahme mit einbezogen werde und anschließend die Züge kontrollieren dürfe, um „Waffen Transporte zu verhindern“.

Angolas Regierung lehnt seit jeher jegliche Verhandlungen mit den UNITA-Banden kategorisch ab und konnte auch Zaire davon überzeugen, dem UNITA-Kommuniqué keine Beachtung zu schenken. Am 6. April versuchte dann US-Unterstaatssekretär Chester Crocker in

Brazzaville, Angolas Innenminister Alexandre Rodrigues „Kito“ doch noch zur Einbeziehung der Savimbi-Truppe in die Gespräche zu bewegen.

Spätestens die Unterzeichnung des Abkommens von Luanda am 16.4.1987 ohne die UNITA machte deutlich, daß die US-Strategen wieder einmal eine Niederlage errungen hatten: Es war ihnen nicht gelungen, die UNITA durch eine Teilnahme an den Regierungsgesprächen zwischen den vier afrikanischen Ländern aufzuwerten — trotz des noch schnell hingeworfenen Köders von

der UNITA jedoch nicht gelungen, ihre Positionen zu stärken. Im Gegenteil: „Nach der Schlacht von Mavinga (Ende 1985) ... hat die Aktivität der UNITA allgemein nachgelassen. Sie hat sich nicht von den erlittenen Verlusten erholt, die etwa 2.000 betragen, und sie richtet ihre Aktionen grundsätzlich nur noch gegen Zivilisten. Mit Ausnahme der Provinz Kuando-Kubango, in der die UNITA nicht alleine agiert, ist sie nicht mehr in der Lage, unsere Streitkräfte frontal anzugreifen.“

Wenn es jetzt Auseinandersetzungen



Demonstration Hunderttausender in Luanda gegen die Unterstützung der angolanischen Contras durch den US-Kongress im Juli 1985

der Einstellung der Sabotageakte gegen die Benguela-Bahn.

Zumindest ein positives Ergebnis hatte der Kontakt zwischen Crocker und Rodrigues dann doch: Es wurde vereinbart, die seit Februar 1986 unterbrochenen Gespräche zwischen Angola und den USA wiederaufzunehmen.

Angola hatte die Verhandlungen mit den USA damals eingestellt, weil die Regierung Reagan eine Militärhilfe von 15 Mio \$ für die UNITA beschlossen und anschließend deren Führer Jonas Savimbi ins Weiße Haus eingeladen hatte. Angola entschied sich jetzt für eine Fortführung der Gespräche, obwohl inzwischen klar geworden ist, daß die USA in Wirklichkeit die UNITA mit noch viel größeren Summen unterstützt haben.

Danach sind in den letzten beiden Jahren Summen von jährlich 200-300 Mio \$ in die Taschen der Terrororganisation geflossen, wobei ein Teil dieser Mittel aus dem „Irangate“-Topf kam bzw. von Saudi-Arabien, Brunei und Marokko aufgebracht wurde.⁵ Trotz dieser gewaltigen Summen ist es

gibt, wurden sie von unseren Einheiten herausgefordert. Mit anderen Worten heißt das, daß die UNITA vollkommen die Initiative verloren hat.“

Mit diesen Worten erläuterte der Chef des Oberkommandos der angolanischen Streitkräfte FAPLA, Brigade-General António França Ndalu, die aktuelle militärische Situation des Landes.⁶

Hauptziele der UNITA-Gangster sind Straßen, Brücken, Staudämme, Eisenbahnstrecken und Lagerhallen fern von den Bevölkerungszentren. Selbst in den südafrikanischen Massenmedien wird eingestanden, daß sich der UNITA-Terror in erster Linie gegen Zivilisten richtet. Auf Feldwegen werden Minen versteckt, die den Bauern, den Bäuerinnen oder ihren Kindern die Beine wegreißen.

Als Folge dieser Verbrechen muß Angola heute einen der traurigsten Rekorde der Welt aufweisen: Es ist das Land mit dem höchsten Prozentsatz an Beinamputierten. Die beiden Rotkreuz-Werkstätten in Huambo und Cuito stellen nichts anderes her als Beinprothesen, um die

US-Militärstützpunkt in Zaire

Ende Februar d.J. weilte der Präsident von Zaire, Mobutu, zu einem Privatbesuch in Washington. Bei dieser Gelegenheit wurde mit dem Weißen Haus vereinbart, daß die USA in Zukunft über einen Militärstützpunkt in Zaire verfügen werden.

Es handelt sich dabei um die bereits von der belgischen Kolonialmacht in den 50er Jahren erbaute Basis Kamina in der Südprovinz Shaba. Der damals mit einem Aufwand von 100 Mio \$ erbaute Komplex verfügt über zwei Landebahnen von 2.800 m Länge und Einrichtungen für die Stationierung von 70.000 Soldaten.

Die Kosten des Wiederaufbaus des Stützpunktes werden auf ca. 200 Mio \$ geschätzt. Bereits im laufenden US-Haushalt waren 2 Mio \$ für diesen Zweck vorgesehen.

Kamina ist von hohem strategischem Wert. Im Herzen Zentralafrikas gelegen, grenzt die an mineralischen Rohstoffen reiche Provinz Shaba an Angola, Sambia und Tansania. Kamina ist zugleich ein bedeutender Knotenpunkt von Schiffahrtswegen, Straßen und Eisenbahnstrecken.

Der Stützpunkt erlangte bereits mehrmals traurige Berühmtheit in der Geschichte Zaires. 1964 landeten dort belgische Fallschirmjäger und Söldner mit US-Flugzeugen, um gegen Anhänger des ermordeten Staatschefs Lumumba vorzugehen, die sich in Stanleyville verschanzt hatten.

Kamina spielte zudem 1977 und 1978 eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung der Rebellen der Nationalen Befreiungsfront des Kongo (FLNC), die zweimal in die Provinz Shaba vorgedrungen waren. Ihr Vormarsch konnte damals nur durch den Einsatz marokkanischer bzw. französischer Truppen gestoppt werden.

Seit 1986 dient der Stützpunkt dem CIA zur Belieferung der Banditen der Nationalunion für die Vollständige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) mit US-Waffen. Jedoch rechtfertigen allein die Versorgung der UNITA und der Schutz des Mobutu-Regimes nicht die Unterhaltung eines Stützpunktes solchen Ausmaßes durch die USA.

Angesichts der Schwächung Südafrikas, ihres wichtigsten Verbündeten in der Region, scheint sich eine Veränderung der Strategie Washingtons im Südlichen Afrika anzubahnen. Die Rolle Zaires, das bei der Unterstüt-



Zaires Präsident Mobutu (l.) beim Treffen mit Angolas Präsident dos Santos (r.) im April 1987 in Luanda; von der angolischen Armee in Cuito erbeuteter südafrikanischer Panzerwagen (oben)

zung der UNITA bereits eine enge Kooperation mit Südafrika pflegt, seine Beziehungen zu Israel ausgebaut hat und seine Truppen dorthin entsendet, wo prowestliche Regimes bedroht sind (z.B. Tschad und Togo), soll aufgewertet werden.

Das Ziel der Reagan-Administration ist es, ein regionales Interventionszentrum aufzubauen, das sich – ähnlich wie im Fall Honduras' für Mittelamerika – vor allem gegen die Frontstaaten richtet.

„Die amerikanische Präsenz in Kamina“, so der Präsident der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), Sam Nujoma, „ist eine schwere Bedrohung für die Frontstaaten, gegen die die USA Aktionen unternehmen könnten wie gegen Libyen.“

Hauptangriffsziel dürfte dabei Angola sein. Der Stützpunkt Kamina und die Zugangsrechte von US-Streitkräften auf der Insel Sankt Helena im Atlantik und zum Hafen Walvis Bay in Namibia stellen einen Einkreisungsversuch dieses Frontstaates dar.

Doch hat man in Washington nicht nur die Frontstaaten im Visier, sondern auch andere sensible Gebiete wie den Sudan und Uganda, die ebenfalls an Zaire grenzen. Darauf deutet ein Brief des zairischen Geheimdienstes hin, der den Aufbau von „Kommandogruppen“ aus Bürgern Sambias, Tansanias, Angolas, des Sudan und Ugandas unter Aufsicht der Militärmission der US-Botschaft in Zaire erläutert.

N. Biver

UNITA-Opfer zu versorgen. Da sie mit der Produktion nicht nachkommen, sind vier neue Werkstätten geplant.⁷

Angesichts dieser Folgen unmenschlichen Terrors fragt man sich, warum die angolische Armee und die über 30.000 Mann starken kubanischen Truppen es bis heute nicht geschafft haben, die verbrecherischen Aktivitäten der UNITA endgültig zu unterbinden.

Dazu muß man sich erst einmal die Größe des Landes und die Bevölkerungsdichte vor Augen halten: Angola hat die fünffache Fläche der Bundesrepublik, aber mit 8,6 Mio eine Einwohnerzahl, die unter der des Landes Baden-Württemberg liegt. Die Armee kann deshalb unmöglich die vielen dünnbesiedelten und unbewohnten Landstriche sowie die 5.000 km lange Landgrenze kontrollieren.

Es werden deshalb immer wieder kleine Sabotagetrupps über die Grenzen mit Namibia und Zaire eindringen können – solange die UNITA von Südafrika und den USA unterstützt wird. Ständige Stützpunkte auf angolanischem Boden würde es heute allerdings ohne die Besetzung des südlichen Grenzstreifens Angolas durch südafrikanische Truppen schon lange nicht mehr geben.

Genau das ist aber der Grund, warum immer noch kubanische Truppen in Angola sind. Dazu Staatspräsident Eduardo dos Santos: „Es ist nicht die Aufgabe der kubanischen Streitkräfte in Angola, gegen die UNITA-Banden zu kämpfen. Wir haben bereits mehrere Male klargestellt, daß die kubanische Streitmacht in Angola ist, um der Regierung der Volksrepublik Angolas gegen größere Angriffe der Rassisten-Truppen Südafrikas zu hel-

fen, besonders in dem Fall, wenn die Invasion eine bestimmte Linie im Süden des Landes überschreitet.“

Kleinere Angriffe der Südafrikaner werden heute von der FAPLA alleine zurückgeschlagen, so z.B. im Januar und Februar dieses Jahres der Überfall auf Mongwa in der Cunene-Provinz.⁸

Neben der Funktion einer strategischen Reserve gegen Südafrika erfüllen die kubanischen Soldaten noch eine zweite wichtige Aufgabe: Sie helfen mit beim Schutz der Erdölanlagen in Cabinda.

Die größten dieser Einrichtungen gehören zu 51% der staatlichen angolischen Gesellschaft Sonangol und zu 49% der US-amerikanischen Chevron Corp. Die Aktivitäten des US-Erdölgiganten in Angola verdeutlichen, daß die antiangolische Haltung der US-Regierung nicht von allen Angehörigen der Oberschicht jenes Landes geteilt wird.

Bisher hat sich die Chevron immer wieder erfolgreich gegen Versuche durchgesetzt, im US-Kongreß ein Verbot seines Angola-Engagements zu erreichen. Es ist im Gegenteil so, daß das Unternehmen beabsichtigt, in der nächsten Zeit seine Kapitalbindung in Angola zu verdoppeln. Ein entsprechendes Abkommen über die Nutzung von Tiefwasserkonzessionen vor der Küste Angolas wurde erst Ende 1986 mit der angolischen Regierung unterzeichnet.

Chevron tanzt aus der Reihe

Allerdings ist das Verhalten der Chevron nicht uneigennützig. Die Financial Times nannte folgende Gründe: Bis 1990 will Angola 3 Mrd \$ im Erdölsektor investieren. Dadurch wird das Land „zu einem der wichtigsten Märkte der Welt für Firmen, die Ausrüstungen und Dienstleistungen für die Erdölindustrie liefern“. Alleine für dieses Jahr sind Investitionen von 700 Mio \$ geplant. Angola kann eine hohe Erfolgsrate bei der Suche nach neuen Vorkommen verzeichnen. Das Konstellation in diesem Sektor ist mit durchschnittlich 1,82 \$ pro Faß eins der niedrigsten der Welt. Aus diesen Gründen ist Angola für ausländische Erdölgesellschaften sehr attraktiv. Die Chevron Corp. weiß also sehr wohl, warum sie antiangolanischen US-Parlamentariern, wie Claude Pepper, nicht kampfflos das Feld räumt.⁹

Aber auch Angola hat von der Zusammenarbeit mit der Chevron profitiert. 90% seiner Devisen erwirtschaftet Angola mit dem Export von Erdöl. In den vergangenen Jahren waren das etwa 1,8-1,9 Mrd \$.

Allerdings sanken 1986 die Öleinkünfte als Folge des Verfalls des Weltmarktpreises um 700 Mio \$, so daß Angola insgesamt nur noch 1,4 Mrd \$ am Export



Roberto de Almeida

Interview mit Roberto de Almeida Erneuerung und Kontinuität

Im folgenden Interview erläutert Roberto de Almeida, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der MPLA-Partei der Arbeit (MPLA-PT) für ideologische Arbeit, die Entwicklung der Partei und einige ihrer Aufgaben auf wirtschaftlichem und außenpolitischem Gebiet.

FRAGE: Seit dem 2. Kongreß der MPLA-PT im Dezember 1985 ist der Parteiapparat ... weitgehend erneuert worden. War dieser Wechsel, der teilweise vom Nachrücken der jungen Generation gekennzeichnet ist, nützlich? Was sind seine positivsten Merkmale?

R. DE ALMEIDA: Die ganze Vorbereitungstätigkeit des zweiten Kongresses ist abgelaufen im Zeichen des Prinzips „Erneuerung und Kontinuität“. Das heißt, die Erfahrung der älteren Kader und Leiter sollte mit dem dynamischeren Handeln der Jugend kombiniert werden, aber ohne Erschütterungen beim Ausführen der laufenden Programme auszulösen.

Trotz der kurzen verstrichenen Zeitspanne spüren wir schon die positive Wirkung der Neuerungen, die auf Gebieten wie dem der Organisation vorgenommen wurden. Hierzu wurde eine bedeutsame nationale Versammlung über die bei der Bildung in der Partei anzuwendenden Methoden durchgeführt, wo das politische und ideologische Erziehungssystem neu formuliert wurde.

Die im Parteiapparat getroffenen Maßnahmen hatten ihr Gegenstück im Staatsapparat, da der Parteivorsitzende in seiner Eigenschaft als Regierungschef eine gewisse Anzahl von Änderungen auf Staatsebene vorgenommen hat. Außerdem hat man mit der Durchführung der Wahl der neuen Abgeordneten für die Volksversammlung, die Mandate für die Organe der Volksmacht erneuert.

FRAGE: Was sind auf wirtschaftlichem Gebiet die Richtlinien der Partei, die den laufenden Fünfjahrplan kennzeichnen werden?

R. DE ALMEIDA: Die vom 2. Kongreß der MPLA-PT gegebene Orientierung betont folgende Schwerpunkte im wirtschaftlichen und sozialen Bereich:

absolute Priorität für die Bedürfnisse der Landesverteidigung; bessere Leitungs- und Verwaltungsmethoden in der Wirtschaft; höhere Effizienz in Arbeit und Produktion und bessere Versorgung der Bevölkerung; Priorität für die äußeren Wirtschaftsbeziehungen und die Dynamisierung des Exports; Priorität für rationellen Einsatz und höhere Qualität der nationalen Kader und Meisterung der Inanspruchnahme von ausländischen Mitarbeitern.

FRAGE: Eine der Fragen, die die letzte Sitzung des Zentralkomitees (vom November

1986; d. Red.) am meisten beschäftigt hat, ist die Versorgung der Bevölkerung. Was sind die Haupthindernisse, und wie will die Partei sie beseitigen?

R. DE ALMEIDA: Diese Frage hat ihren Ursprung vor allem im Rückgang der Gesamtproduktion, von dem die angolische Wirtschaft betroffen ist und dann in den Schwierigkeiten bei der Zirkulation und dem Absatz der Produkte.

Diese entstehen durch die Situation der Instabilität, die die Marionetten-Kämpfer der Nationalunion für die Vollständige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) in den fruchtbarsten und für die Landwirtschaft günstigsten Zonen zu schaffen trachten.

Die Partei hat vor, diese Probleme mit einem verbesserten Handelssystem auf dem Land zu lösen, indem sie dem Kauf von Produkten Vorrang gibt, die dem Geschmack der Bewohner der ländlichen Zonen entsprechen, und ebenso mit einer gerechteren und besser angepaßten Preispolitik. Als Grundvoraussetzung dafür sehen wir an erster Stelle die Reorganisation der Genossenschaften und Bauernvereinigungen an.

FRAGE: Die Fortsetzung des Kampfes gegen die UNITA bleibt selbstverständlich eine Priorität. Wie beurteilen Sie das heutige internationale Klima hinsichtlich des Südlichen Afrika? Und wie erklären Sie die Inkonsistenz des amerikanischen Kongresses, der Sanktionen gegen Südafrika im selben Moment verhängt, wo er der UNITA eine — auch militärische — Hilfe gewährt?

R. DE ALMEIDA: Der Kampf der Völker von Namibia und Südafrika, geführt von ihrer jeweiligen Vorhut, der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) und dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC), ist der Hauptfaktor zur Bündelung der Anstrengungen, die auf die Abschaffung des abscheulichen Apartheidsystems zielen.

Auf internationaler Ebene haben wir eine wachsende Einsicht in den Sinn dieses Kampfes, seine wirkliche Breite und seine Ziele erlebt, auch wenn gewisse Länder eine Haltung einnehmen, die noch nicht auf einer kohärenten und absolut festen Grundlage beruht. (...)

So unglaublich es auch erscheinen mag, die amerikanische Regierung verstößt in dieser Sache gegen ihre eigene Gesetzgebung, wie es einmal mehr die Geschichte der Waffenverkäufe an den Iran beweist. Indem die Reagan-Administration den angolischen Marionetten von der UNITA Waffen liefert, verletzt sie ihre eigenen Gesetze über Sanktionen gegen das südafrikanische Rassistenregime, Sanktionen, die allen militärischen und paramilitärischen Aktivitäten Südafrikas gegen die Nachbarländer ein Ende

machen sollen.

Denn es ist zur Genüge bewiesen, daß die UNITA-Handlanger in Angola wie die vom Mosambikanischen Nationalen Widerstand (RNM) in Mosambik die bewaffnete Armee Pretorias bei der Destabilisierung dieser Länder sind. (...)

Jeder konsequente Politiker stimmt ohne Umschweife zu, daß Hilfe für die angolischen Banditen dem Prinzip der Unabhängigkeit Namibias zuwiderläuft, weil sie Hindernisse für eine friedliche Lösung der Probleme schafft, und weil sie die Entwicklung des interregionalen Handels und die Schaffung der zur Wirtschaftsentwicklung nötigen Infrastruktur verhindert.

Das heißt, man stimmt sich nicht nur gegen die Ausführung der Resolution 435/78 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, sondern man verhindert auch mit gewaltsamen Mitteln die Entwicklung und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Länder der Region. Mir scheint, das ist der größte Fall von Inkonsistenz einer Regierung in der ganzen Geschichte der Vereinigten Staaten. (...)

FRAGE: Gibt es nach soviel Jahren Destabilisierung Regionen oder ethnische Gruppen, wo die Verankerung der Partei schwächer oder schwieriger ist?

R. DE ALMEIDA: Als einen negativen Faktor im Aufbauprozeß der MPLA-PT haben wir immer ihre schwache Präsenz in den ländlichen Zonen betrachtet.

Die Bauern machten im Juni 1986 nicht mehr als 18,9% der Gesamtheit der Parteimitglieder aus. Diese Situation rührt von der Instabilität durch den Krieg her, die eine ständige Wanderung der Bevölkerung mit sich bringt und die politische Arbeit unter den Massen stört.

Wenn man die Folgen der Kriegssituation außer acht läßt, gibt es keine Region und keine ethnische Gruppe, wo die Präsenz der Partei schwieriger gewesen wäre. Und das überrascht nicht, bedenkt man, daß schon während des nationalen Befreiungskampfes Landsleute aus den verschiedensten Regionen die Reihen der MPLA füllten, als Kommandant oder einfacher Guerillero. (...)

FRAGE: Hat es im Denken der Partei seit ihrer Gründung vor bald 10 Jahren eine Fortentwicklung gegeben?

R. DE ALMEIDA: Die politische Linie der Partei wird anlässlich ihrer Kongresse festgelegt und neu definiert.

Im Fall der MPLA-PT hat es nur zwei Kongresse gegeben — einen außerordentlichen 1980 und den anderen ordentlichen im Dezember 1985 — sowie eine nationale Konferenz. Bei all diesen Gelegenheiten war es die vorherrschende Sorge der Delegierten, den Kurs der Partei neu zu bestätigen, der auf die marxistisch-leninistische Theorie gegründet ist, und den Zusammenhalt und die Disziplin in ihren Reihen zu bewahren, so daß wir wie ein einziger Körper hinter einer einzigen Führung handeln konnten, der des Genossen Präsidenten José Eduardo Dos Santos.

Die Weiterentwicklung, die die Partei im Lauf ihres fast zehnjährigen Bestehens registriert hat, betrifft ihre Arbeitsmethoden, die Funktionsweise ihrer Struktur und ihre verbesserte Anpassung an die nationalen Realitäten. In diesem Sinn hat die Partei an Reife gewonnen und sich von einem gewissen übermäßigen Optimismus befreit, indem sie in einem realistischeren Geist den Schwierigkeiten und Hindernissen ins Gesicht sieht, die beim Aufbau des Sozialismus auftreten. (...)

(Quelle: Afrique-Asie, Paris, Nr. 393/Februar 1987, Spécial Angola, S. X-XII)

Marianne Kolter

Wer verfiicht die Scheinunabhängigkeit Namibias?

verdienen konnte. In diesem Jahr werden die Deviseneinkünfte durch die Erholung des Erdölpreises wieder spürbar höher liegen.

Insgesamt konnte Angola seine Auslandsverschuldung gegenüber dem Westen bei 1,4 Mrd \$ halten. Wäre da nicht der hohe – durch die Politik der USA und Südafrikas aufgezwungene – Verteidigungsetat von fast 50% des Regierungshaushalts, hätte Angola die Einnahme-Einbußen im letzten Jahr ohne größere Probleme hinnehmen können. So aber war das Land gezwungen, den Import bestimmter für die Versorgung der Bevölkerung wichtiger Güter einzuschränken.

Gleichzeitig erhöhte die Sowjetunion ihre kostenlose Militärhilfe. Und sie erklärte sich bereit, für erst einmal zwei Jahre auf Zins- und Tilgungszahlungen für die an Angola gewährten Kredite zu verzichten.¹⁰

Zu den Militärgütern, die Angola aus der Sowjetunion erhielt, gehören modernste Kampfflugzeuge der Typen MiG-21F, MiG-23s und Suchoi SU-22. Damit wird Angolas Luftwaffe immer besser in die Lage versetzt, den Luftüberfällen der Südafrikaner Paroli zu bieten.

Als Angola das letzte Mal versuchte, die UNITA-Banden aus Jamba im Südzipfel der fast menschenleeren Provinz Kuando-Kubango zu vertreiben, war den Savimbi-Leuten dieses Schicksal nur durch den massiven Einsatz südafrikanischer Kriegsflugzeuge erspart geblieben. Die nächste Aktion der FAPLA gegen Jamba ist bereits fest geplant; nur wird Angola diesmal besser vorbereitet sein. Das geänderte Kräfteverhältnis fand auch in Kommentaren der internationalen Presse Widerhall. Als im November 1986 ein angolischer Flieger ein Patrouillenfahrzeug der sog. Südwest-Afrikanischen Territorialstreitkräfte, das 20 km weit nach Angola eingedrungen war, in die Luft bombte, kommentierte der britische Guardian: Die angolische Luftwaffe „hat nun anscheinend genug Selbstvertrauen, um Einsätze in das Grenzgebiet zu fliegen“.¹¹

Anmerkungen:

- 1) Afrique-Asie, Paris, 4.-17.5.1987; Le Monde, Paris, 18.4.1987
- 2) International Herald Tribune (IHT), Paris, 20.4.1987 und 2.2.1987; West Africa, London, 2.3.1987
- 3) Afrique-Asie, 9.-21.2.1987
- 4) Cadernos do 3º Mundo (CTM), Lissabon, Februar/März 1987
- 5) Afrique-Asie, 4.-17.5.1987; Africa Asia, Paris März 1987, West Africa, 2.2.1987
- 6) Afrique-Asie, 9.-21.2.1987
- 7) Star, Südafrika, 11.2.1987, Guardian, London, 10.12.1986
- 8) CTM, a.a.O.; Guardian, 14.2.1987
- 9) West Africa, 2.3.1987 und 30.5.1987; Financial Times, London, 5.2.1987
- 10) African Economical Digest, London, 31.1.1987; Afrique-Asie, 9.-21.2.1987
- 11) Star, 11.2.1987; Guardian, 8.1.1987

Namibia, die letzte große Kolonie der Erde, ist für Südafrika im Gesamtkräfteverhältnis des Südlichen Afrika ein oft unterschätzter, in der Öffentlichkeit zu wenig beachteter Faktor.

Namibia ist rohstoffreich. Seine Ausbeutung ist notwendig für die südafrikanische Wirtschaft unter den gegenwärtigen Krisenbedingungen. Südafrika nutzt das namibische Territorium als Sprungbrett für militärische Überfälle auf die Frontstaaten, in erster Linie auf Angola.

Im Zusammenhang mit Sanktionsforderungen spekuliert Südafrika auf Namibia als Umgehungsstraße. Die Europäische Gemeinschaft hat z.B. in ihre Boykottbeschlüsse Namibia ausdrücklich nicht einbezogen. Die Unabhängigkeit Nami-

bias und eine SWAPO-Regierung hätten in Südafrika eine enorme Signalwirkung. Dies sind Gründe genug für die südafrikanische Regierung, alles zu unternehmen, was einen realen Machtwechsel in seiner Kolonie verhindert.

Eine wirkliche Veränderung zu verhindern, d.h. die Durchführung freier Wahlen unter UNO-Aufsicht entsprechend der Resolution 435 von 1978 nicht stattfinden zu lassen, denn die „Gefahr“ eines Wahlsiegs für die Befreiungsbewegung Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) ist nicht von der Hand zu weisen.

Dies versucht Südafrika mit immer neuen Manövern mit Hilfe der Demokratischen Turnhallen-Allianz, von Über-



Südafrikanische Besatzungstruppen im Norden Namibias (oben); Township Kaututura am Rande Windhuks (unten)



Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorausbezahlung (z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr.

BLZ

Rechnung

Name, Vorname

Straße Beruf

Postleitzahl, Ort Nr des Zustellpostamtes

Unterschrift

Datum

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift

Datum

Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in

Vertrauensgarantie: Ich habe am _____ das AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt.

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Unsere Buchgeschenke

Wer uns einen neuen Abonnenten nennt oder das AIB verschenkt, erhält eins der unten aufgeführten Bücher nach Wahl. Das Buch wird bei Erteilung einer Abbuchungsvollmacht sofort ausgeliefert oder nach Bezahlung des Abopreises von 33 DM.

- Bahrmann/Jacobs/Links, Killerkommando. Schwarzbuch: CIA und Contra, WKV, 216 S., 16,80 DM
- Fidel Castro, ...wenn wir überleben wollen, WKV, 296 S., 16,80 DM
- Ege/Ostrowsky, Ronald Reagan. Biographie, PRV, 336 S., 16,80 DM
- R. Falk, Nelson Mandela. Biographisches Portrait mit Selbstzeugnissen, PRV, 288 S., 12,80 DM
- R. Falk, Die heimliche Kolonialmacht. Bundesrepublik und Dritte Welt, PRV, 224 S., 14,80 DM
- R. Falk, Südafrika. Widerstand und Befreiungskampf, PRV, 220 S., 14,80 DM
- B. Graul, Das Land denen, die es bebauen. Agrarreform in Nicaragua, WKV, 224 S., 14,80 DM
- H.E. Gross, Guatemala, WKV, 248 S., 14,80 DM
- Ernesto Che Guevara, Der neue Mensch, WKV, 192 S., 12,80 DM
- Ernesto Che Guevara, Guerillakampf und Befreiungsbewegung, WKV, 216 S., 14,80 DM
- Nelson Mandela, Der Kampf ist mein Leben, WKV, 416 S., 18 DM
- J. Matthews, Die Träume des David Patterson. Roman, WKV, 362 S., 16,80 DM
- L. Otero, Stadt im Feuer, Roman, WKV, 384 S., 16,80 DM
- E. Reimann, Ich war ein Contra, PRV, 120 S., 9,80 DM
- Vukani - Makhosikazi, Frauen in Südafrika, PRV, 288 S., 16,80 DM
- Ziegler/Popow, Ändere die Welt, sie braucht es. Ein Dialog zwischen Ost und West, PRV, 232 S., 14,80 DM

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

AIB Die Dritte-Welt-Zeitschrift

Leserservice

Postfach 510868

5000 Köln 51

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir erworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:

Ausnahmezustand in Südafrika

Damit die Mauer
des Schweigens
durchbrochen wird:

Unterstützt den
Freiheitssender Mandela
(Stimme des ANC)



Damit die Wahrheit unüberhörbar wird!
Einzahlungen auf das Sonderkonto Prof. Wulff,
Postgiroamt Frankfurt/Main, Nr.: 527055-602,
Kennwort „Radio Mandela“

AIB-Geschenkabo

Ja, ich möchte das AIB zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM ab verschenken.

- befristet für ein Jahr
 unbefristet*

*) Das Abonnement verlängert sich jeweils um 12 Monate, wenn dem Verlag nicht bis zum 15. November des Jahres oder sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes eine schriftliche Kündigung mitgeteilt wird.

Meine Adresse:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort _____

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

- Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Konto-Nr. _____ Bankleitzahl _____

Bank/Geldinstitut _____ Ort _____

- Rechnung

Datum _____ Unterschrift _____

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:

Schicken Sie das **Geschenkabo** bitte an folgende Adresse:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort _____

**Freiheit
für
Nelson
Mandela**



**Ich fordere die sofortige Freilassung
des ANC-Führers Nelson Mandela und
aller anderen politischen Gefangenen!**

**I demand the immediate release of
ANC leader Nelson Mandela and all
other political prisoners!**

.....
(Ort und Datum)

.....
(Unterschrift)

Absender:

**P. W. Botha
Union Buildings
Pretoria
SOUTH AFRICA**

70 PF

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

AIB Die Dritte-Welt-Zeitschrift
Leserservice
Postfach 510868
5000 Köln 51

gangs- und sonstwelchen Regierungen, die letztendlich zu einer international akzeptierten Variante einer Marionettenregierung von Pretorias Gnaden führen sollen. Das letzte Kind dieser Art heißt Interimsregierung, die seit dem 17. Juni 1985 in Windhuk „regiert“.

Doch diese Regierungen finden bisher nicht die erstrebte Unterstützung oder wenigstens Akzeptanz unter den Namibianern, und hier kann sich Südafrika auch für die Zukunft wenig Hoffnung machen. Die Ablehnung einer kolonialen Verschleierungspolitik und der Widerstand der Befreiungsbewegung, der Kirchen und der Gewerkschaften hat in den letzten Jahren an Schlagkraft zugenommen.

Das Angola-„Linkage“

Daher verläßt sich die Regierung P.W. Botha auch nicht allein auf Manöver, sondern sie hat in Namibia ein Herrschaftsinstrumentarium geschaffen, das in der Welt einzigartig ist.

Die Südafrikanischen Verteidigungskräfte (SADF) stehen mit zehntausenden Soldaten in Namibia und werden unterstützt von den sog. Südwestafrikanischen Territorialstreitkräften (SWATF), den Bantustan-Streitkräften sowie speziellen Polizei- und Sicherheitstruppen etwa der großen Minen. Namibia hält damit einen makabren Rekord: auf einen Soldaten kommen ungefähr 10 Zivilisten.

Seit nunmehr fast 10 Jahren herrscht in Namibia der Ausnahmezustand, der Norden des Landes steht gar unter Kriegsrecht, was u.a. eine nächtliche Ausgangssperre bedeutet.

Aufgrund des verstärkten bewaffneten Kampfes der Volksbefreiungsarmee (PLAN), des bewaffneten Armes der SWAPO, Ende der 70er Jahre und der Entstehung eines freien Angola installierte Südafrika im Norden Namibias Ende der 70er Jahre Einrichtungen mit modernster Waffentechnologie.

Mit Terror soll der Widerstand in den Städten und den ländlichen Gebieten niedergehalten werden. Die Militarisierung des gesamten Lebens geht soweit, daß in öffentlichen Einrichtungen, etwa

SWAPO-Kämpfer bei einem Angriff auf einen südafrikanischen Stützpunkt



Namibische Flüchtlinge in Angola

Schulen, uniformierte Angehörige der Sicherheitskräfte direkt vor Ort ihre Kontroll- und Repressionsarbeit ausführen.

Die namibischen Teile dieser Sicherheitskräfte – verbunden mit der Zwangskrutierung Weißer und Schwarzer – sind ein weiterer Hebel Südafrikas, den grundlegenden Konflikt zwischen kolonialer Ausbeutung und antikolonialen Kampf in die namibische Gesellschaft selbst hineinzutragen.

Dies hat erstens den Vorzug, daß die namibische Bevölkerung gespalten wird. Und zweitens erleichtert es Südafrika die Rechtfertigung seiner Politik auf internationaler Ebene.

Die sozialpsychologischen Folgen der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Soldaten der PLAN und namibischen Angehörigen der Streitkräfte vergiften die sozialen Beziehungen innerhalb des Landes und werden diese auch nach der Erlangung der Unabhängigkeit auf Jahre belasten.

Der Entkolonialisierungserfolg der ehemaligen portugiesischen Kolonien Angola und Mosambik sowie der erstarkende Widerstand führten Mitte der 70er Jahre dazu, daß auch das Thema Namibia wieder auf der Tagesordnung der internatio-

nen Öffentlichkeit stand. Die Verabschiedung der Resolution 435 durch die UNO im Jahr 1978 war Ausdruck von Bemühungen um eine Lösung des „Namibia-Problems“.

Doch bald sollte sich zeigen, daß weder Südafrika noch seine wesentlichen Verbündeten, allen voran die USA, an einer echten Einlösung dieser Resolution interessiert waren. Die Erfindung der Reagan-Administration, die Erfüllung der Resolution 435 müsse an den Abzug der kubanischen Truppen aus Angola gekoppelt werden („Linkage“), verschaffte der südafrikanischen Regierung ein Argument, mit dem sie ebenso auf Zeit pokern kann wie sie dies mit ihren Marionettenregierungen versucht.

Südafrika machte während der vergangenen Jahre zudem deutlich, daß es gedenkt, die gewonnene Zeit zu nutzen. In Namibia wird systematisch eine Zukunft vorbereitet, in der neokoloniale Einflußmöglichkeiten gesichert sind.

Auch wenn in der Zukunft in Namibia eine unabhängige, aus dem Befreiungskampf hervorgehende Regierung amtiert, wird sie mit diesem Erbe lange Zeit belastet sein.

Wie sehr dieses Erbe die Handlungsmöglichkeiten fortschrittlicher Regierungen in der Dritten Welt einschränken kann, ist gerade im Südlichen Afrika zu beobachten. Kommt dann noch äußerer Druck hinzu – ökonomisch oder militärisch sowie die Unterstützung konterrevolutionärer Banden – werden die Entwicklungsmöglichkeiten der befreiten Staaten entscheidend beschnitten.

Das Beispiel Mosambik zeigt, daß diese Politik ein Land bis an den Rand des gesamtgesellschaftlichen Zusammenbruchs bringen kann. Und in Namibia wird seitens Südafrikas und seiner Verbündeten nichts dem Zufall überlassen.

Neokoloniale Vorsorge

So ist Namibias Wirtschaft schon heute völlig auf den Export von mineralischen Rohstoffen und landwirtschaftlichen und Fischereiprodukten ausgerichtet. Der Export entspricht etwa 60% des Bruttoinlandsprodukts, etwa 90% der materiellen Produktion werden exportiert.

„Namibia“, so stellt das UN-Institut für Namibia fest, „ist daher fast ein klassischer Fall einer Wirtschaft, die, in bezug auf die Güter produziert, was sie nicht konsumiert, und konsumiert, was sie nicht produziert.“¹ Die Profite dieser Ausbeutung der natürlichen Reichtümer des Landes eignen sich wenige transnationale Konzerne an, die kein Interesse an ihrer Investition in eine aufzubauende nationale Wirtschaft haben. Ihr Abfluß aus Namibia ist erheblich.

NEUERSCHEINUNG

FOOD FIRST COMICS

4,50

NICHT GENUG FÜR ALLE?



HUNGER UND VERSCHWENDUNG
USA, PHILIPPINEN UND WIR



Sach-Comic zur Welternährung
44 S. broschiert
Preis DM 4,50

Bezug:
Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung (GEB)
Postfach 5222, 7800 Freiburg

Unterrichtsmaterialien Dritte Welt



Lieferbare Titel:

Nr. 1 Nicaragua (überarbeitet 1985)
— Nr. 4 Zigeuner — Nr. 6 Welthandel I
— Nr. 7 Kolonialismus — Nr. 8/9 Welthandel II
— Nr. 10 Bolivien (überarbeitet 1985) — Nr. 11 Imperialismus
— Nr. 12 Großtechnologie — Nr. 13 Tourismus
— Nr. 14 Modernisierung des Elends — Nr. 15/16 Waffenexport
— Nr. 17 Politische Flüchtlinge — Nr. 18 Türken in Deutschland
— Nr. 19/20 Israel in Palästina — Nr. 21 Brasilianischer Zucker

Loseblattsammlung
Einzelnummer ca. 32 S. A4-Format
— kopierfähig, Einzelpreis DM 6,-
zzgl. Porto
Doppelnummer = doppelter Umfang, Preis DM 12,-

Darin ist, auch auf lange Sicht, die Abhängigkeit des Landes vom Weltmarkt angelegt.

Der Abbau wichtiger mineralischer Rohstoffe und die Fischerei vor den Küsten des Landes erfolgen mit dem Ziel, möglichst viel in kürzester Zeit aus dem Land herauszuholen. Hier zeigt sich, daß die internationalen Konzerne es immerhin für möglich halten, daß auch in Namibia die günstigen Ausbeutungsbedingungen, die ihnen die südafrikanische Besetzung des Landes verschafft, einmal vorbei sein könnten.

Raubbau durch die Multis

Zudem wird der Abbau von Diamanten, Uran und sonstigen Rohstoffen in Namibia in einer Art und Weise betrieben, daß die ökologischen Folgen dieses Raubbaus noch Jahrzehnte bzw. Jahrhunderte das Land belasten werden. Der Abbau von Uran etwa in der Rössing-Mine verseucht die Umgebung mit Radioaktivität und verursacht bei den schwarzen Beschäftigten, für deren Sicherheit kaum Aufwendungen gemacht werden, Krebs und andere Erkrankungen.²

Die SWAPO hat in den letzten Monaten wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß ihr Beweise vorliegen über den Plan, in Namibia eine Endlagerungsstätte für atomaren Müll einzurichten. An dieser Endlagerungsstätte sei insbesondere die Bundesrepublik interessiert, die bereits mit der Regierung Pieter W. Bothas und der südafrikanischen Verwaltung in Namibia hierzu Kontakt aufgenommen habe.

Sam Nujoma, der Präsident der SWAPO, erklärte, die Bundesrepublik sei bereit, 4 Mrd DM für das Recht zu zahlen, ihren Atommüll in Namibia endzulagern.³ Von der Bundesregierung wird dies bisher bestritten.

Das Projektvolumen entspricht dem vierfachen des derzeitigen Budgets der Interimsregierung. Andere Bereiche wie Bildung und Gesundheit der Bevölkerung werden in Namibia von der südafrikanischen Besatzungsmacht total vernachlässigt. Darüber können auch die von Südafrika und seiner Interimsregierung angekündigten Projekte im Ausbildungssektor nicht hinwegtäuschen.

Diese Projekte lassen eher vermuten, daß es nicht um eine Effektivierung des Bildungssystems im namibischen Interesse geht. Ausbildungsprogramme für den administrativen Bereich etwa legen eher nahe, an die Entwicklung einer kollaborationsbereiten Gruppe in der Bevölkerung des Landes zu denken ebenso wie an die Angehörigen der von Südafrika bereits geschaffenen Institutionen bis hin zur sog. Interimsregierung.

Die Mehrheit der Bevölkerung geht bei

diesen Programmen leer aus, ihre Situation bleibt bestimmt durch soziale und wirtschaftliche Not.

Südafrika verfolgt dabei die Politik, die Kosten seiner heutigen Apartheidpolitik in Namibia zukünftigen Generationen aufzubürden. Es steuert eine Politik der starken Verschuldung des Landes. Bereits im März 1984 betrug die öffentliche Schuld der namibischen Kolonialverwaltung 690 Mio Rand, bis zum Herbst des gleichen Jahres kamen noch weitere 180 Mio Rand hinzu.

Die Anleihen gehören zum „SWA/Namibia Stock“, der voll von der südafrikanischen Zentralbank garantiert wird. Fast die gesamte öffentliche Schuld des Landes wird außerhalb Namibias gehalten; der größte Teil auf südafrikanischen Märkten, bei Banken, die auch in Namibia arbeiten. Es hat aber auch „Übersee-Anleihen“ gegeben. Das seitens westlicher Banken Pretoria eingeräumte teilweise Zahlungsmoratorium betrifft auch Namibia, seine Schulden bleiben stehen. Der südafrikanische Journalist Allister Sparks kommentiert im Observer vom 4.9.1983: „Was das heißt ist, daß ... die übernehmende schwarze Regierung, aller Wahrscheinlichkeit nach eine SWAPO-Regierung, sich in der Lage wiederfinden wird, ein bankrottes Land zu übernehmen.“

Die Zahlung der aufgehäuften Schulden — so die Spekulation der Regierung in Pretoria — würde nach der Unabhängigkeit von den Gläubigern gefordert werden. Auch wenn die Rückzahlungspflicht ehemaliger Kolonien nach internationalem Recht bestritten wird, könnte wirtschaftlicher und politischer Druck ein freies Namibia zu Zugeständnissen an die Gläubiger zwingen.

Resolution 435 ad acta legen!

Offen nannte jetzt Staatspräsident Pieter W. Botha das Ziel, die Resolution 435 ad acta zu legen. Die Bedingungen in Namibia hätten sich seit 1978 derart geändert, daß neue internationale Verhandlungen anzustreben seien.

Der Namibian vom 8.5.1987 fährt fort: „Die stärkere Präsenz der Konservativen Partei im Parlament auf Kosten der Progressiven Föderalen Partei muß zur verstärkten Forderung führen, daß die namibische Interimsregierung den Wünschen Mr. Bothas zu gehorchen hat, der laut südafrikanischem Recht der wirkliche Machthaber über das Territorium ist.“

Dies werde sich auch auf die Verfassungsdiskussion auswirken, die z.Zt. von der Nationalen Partei, einer Schwesterpartei der gleichnamigen südafrikanischen Regierungspartei, blockiert wird. Einer der Streitpunkte sei die Frage der

Zulassung von Parteien, die „der freien demokratischen Ordnung schaden oder sie ablehnen“.⁴

International findet die südafrikanische Regierung Unterstützung für ihre koloniale Politik vor allem in den USA und der BRD.

Die Bundesregierung, die Projekte in Namibia unterstützt und über private Träger wie die Otto Benecke Stiftung finanziert, muß sich vorwerfen lassen, daß sie mit der Beteiligung an der sog. Entwicklungshilfe vor der Unabhängigkeit Südafrika zur Seite steht, in Namibia Strukturen zu schaffen, die eine neokoloniale Zukunft des Landes garantieren sollen. Hans Klein, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, pries diese Entwicklungshilfe lautstark an:

„Wir müssen im operativen Bereich zu Ergebnissen kommen, die Sinn machen. Jetzt, vor der Unabhängigkeit, müssen wir versuchen, dem Land Hilfe zu leisten, soviel wie möglich. Es kommt darauf an, daß die Menschen in Namibia diese Unabhängigkeit ohne Blutvergießen erreichen. Der Weg dorthin darf nicht in die Unfreiheit führen. Je mehr Menschen wir dort ausbilden, je mehr Menschen Arbeit haben, desto sicherer lassen sich demokratische Wege einschlagen.“⁵

Wie demokratisch diese Wege nach dem Verständnis des CSU-Bundesministers und Südafrika-Freunds Klein sind, offenbart die Tatsache, daß trotz aller internationaler Rechtsprechung der oberste Verfassungsrichter der BRD, Wolfgang Zeidler (SPD!), gemeinsam mit Mitarbeitern der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung an einer Verfassung für Namibia mitgearbeitet hat. Für diese Verfassung fehlt allerdings jede „demokratische“ Voraussetzung, solange es in Namibia keine freien Wahlen gegeben hat.

Die SWAPO hat inzwischen angekündigt, daß sie in Zukunft diese Politik nicht nur beobachten und verurteilen, sondern diese Projekte auch direkt angreifen werde.⁶

Diese Entscheidung der SWAPO trägt der Tatsache Rechnung, daß die südafrikanische Politik darauf ausgerichtet ist, mit Hilfe einer vom Apartheidstaat abhängigen Elite die namibische Bevölkerung zu spalten. Für den Fall der Befreiung heißt das, die potentiellen Contras sind schon da.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: SWAPO, Department of Information and Publicity, To Be Born a Nation. The Liberation Struggle for Namibia, London 1981, S. 48
- 2) United Nations, Plunder of Namibian Uranium, New York 1982, S. 6ff.
- 3) Windhoek Advertiser, 16.3.1987
- 4) The Namibian, 1.5.1987
- 5) Allgemeine Zeitung, Windhuk, 18.3.1987
- 6) Pressekonferenz des Namibia-Workshop am 30.4.1987 in Bonn, Statement von Moses Garoeb, SWAPO, Tonbandabschrift



Aktionsprogramm des Bonner Namibia-Workshops

Ein von der Anti-Apartheid-Bewegung in Zusammenarbeit mit dem UNO-Rat für Namibia organisierter Namibia-Workshop fand in Bonn vom 28.-30.4.1987 statt.

An dem Treffen nahmen eine hochrangige Delegation der SWAPO unter Leitung von Administrative Secretary Moses Garoeb, eine Delegation des UNO-Rates für Namibia, Experten aus der Bundesrepublik Deutschland, Vertreter von Gewerkschaften, kirchlichen Organisationen, Jugendorganisationen, Frauenorganisationen, Solidaritätsgruppen, Parteien, Mitglieder des diplomatischen Korps und der Bonner Vertreter des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) von Südafrika teil. Die Teilnehmer protestierten dagegen, daß das südafrikanische Regime Vizebischof Dr. Zephania Kameeta die Reiseerlaubnis verweigert hatte. Die Teilnehmer erklärten ihre volle Unterstützung für den Kampf des namibischen Volkes für Freiheit und Unabhängigkeit unter der Führung der SWAPO, der einzigen und authentischen Vertretung des namibischen Volkes.

Angesichts der Tatsache, daß

- die Bundesrepublik Deutschland die historische Verpflichtung zur Wiedergutmachung gegenüber den Opfern des brutalen Kolonialregimes des kaiserlichen Deutschland in Namibia (1884 bis 1915) hat;
- die Bundesrepublik im Licht der Erfahrungen mit dem Nazi-Faschismus, der barbarischsten Form des Rassismus, verpflichtet ist, gegen rassistische Diskriminierung, Militarismus, Besetzung und Aggressionskriege zu kämpfen, betonten die Teilnehmer die besondere Verantwortung der Menschen der Bundesrepublik Deutschland für den Kampf der Namibier/innen um Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Freiheit. Die Teilnehmer unterstrichen, daß die Bundesrepublik Deutschland daher die besondere Pflicht hat, sich der internationalen Gemeinschaft im Kampf gegen Kolonialismus und Apartheid anzuschließen. Apartheid wurde von der UNO 1973 als Verbrechen gegen die

Menschlichkeit verurteilt und damit dem Faschismus in Nazi-Deutschland gleichgesetzt.

Die Teilnehmer äußerten ihre große Empörung gegenüber der Tatsache, daß die Politik von aufeinanderfolgenden Regierungen in der Bundesrepublik Deutschland bezüglich Namibia dem antifaschistischen, antirassistischen und antimilitaristischen Auftrag besonders widerspricht, dem sich die Bundesrepublik Deutschland verschrieben hatte. Die Bundesrepublik Deutschland nahm diese Grundsätze z.B. auf als das Grundgesetz verabschiedet wurde, als sie Mitglied der Vereinten Nationen wurde und als sie den Atomwaffenpakt unterzeichnete. In der gegenwärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem rassistischen Südafrika erweist sich jene jedoch als eine der Hauptstützen des rassistischen südafrikanischen Regimes bei dessen fortgesetzter illegaler Besetzung Namibias.

Die wachsende Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland für die südafrikanische Administration in Namibia geschieht trotz der sich in den letzten Jahren ständig verschlechternden Lage in Namibia. Pretorias Besatzungsarmee in Namibia umfaßt mehr als 100.000 Mann. Das Verhältnis zwischen südafrikanischen Besatzungstruppen und der namibischen Bevölkerung ist dadurch eines der höchsten der Welt (1 Soldat kommt auf 13 Menschen).

Südafrikanisches Militär mordet, foltert, bedroht und verhaftet unschuldige Namibier jeden Tag. Drakonische Gesetze, Pressezensur, nächtliche Ausgangssperre und Kriegsrecht in weiten Teilen des Landes verhindern, daß das volle Ausmaß dieser schreienden Ungerechtigkeit in Namibia bekannt wird und daß die internationale Gemeinschaft dagegen angeht. Die Teilnehmer des Namibia-Workshops stellten mit großer Betroffenheit fest, daß die Bundesrepublik Deutschland zusammen mit den USA, Großbritannien und Israel zu den Hauptstützen des südafrikanischen Besatzungs-



BRD-Urangeschäfte in Namibia: das Rössing-Uranbergwerk

regimes in Namibia zählt. Die Bundesrepublik Deutschland

- bereichert sich durch die Ausbeutung der natürlichen Rohstoffe und der billigen Arbeitskräfte in Namibia;
- unterstützt die illegale südafrikanische Besatzung und deren Marionetten-„Interimsregierung“ in Namibia finanziell, wirtschaftlich, politisch und kulturell und ermutigt dadurch die Versuche der Rassisten in Richtung auf eine „Einseitige Unabhängigkeitserklärung“ (UDI) Namibias;
- verletzt das Dekret Nr. 1 des UNO-Rates für Namibia zum Schutz der natürlichen Rohstoffe Namibias;
- unterstützt verdeckt die „linkage“-Politik (Verknüpfung von kubanischer Truppenpräsenz in Angola und einer Lösung der Namibiafrage; d. Red.) der US-Administration und Südafrikas.

Die Teilnehmer des Namibia-Workshops protestieren gegen die Beteiligung von prominenten Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben der Bundesrepublik Deutschland an der Ausarbeitung der von Südafrika geförderten Scheinverfassung für ein künftig unabhängiges Namibia. Sie stellten fest, daß dies eine flagrante Verletzung des Völkerrechts und der Entschließungen und Resolutionen der Vereinten Nationen ist, insbesondere der UNO-Sicherheitsrats-Resolutionen 385 (1976) und 435 (1978).

Im Licht des Vorangesagten erklärten die Teilnehmer, daß die Bundesrepublik Deutschland den kolonialen Status von Namibia zementiert und die Abhaltung von demokratischen, freien und fairen Wahlen, wie sie in zahlreichen UNO-Entschließungen gefordert werden, behindert. Die Teilnehmer des Namibia-Workshops rufen Gewerkschaften, Kirchen, politische Parteien, Solidaritätsgruppen, Frauenorganisationen, Kriegsdienstverweigerer, die Friedensbewegung, die Anti-Atombewegung auf, sich zu verpflichten, ihre Bemühungen zur Erreichung der folgenden Ziele durch Solidaritätsarbeit und Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen:

1. Alle Kontakte mit dem illegalen Besatzungsregime in Namibia und seiner Marionettenregierung abzubrechen;
2. Die Beteiligung an der Ausarbeitung einer Scheinverfassung zu stoppen;
3. Die „Entwicklungshilfe“ für Namibia, die durch die Bundesregierung finanziert, mitfinanziert oder „privat“ geleistet wird, zu beenden, insbesondere die Hilfe für das Berufsbildungszentrum der von der Regierung getragenen Otto-Bennecke-Stiftung;
4. Die Finanzierung der Deutschen Höheren Privatschule (DHPS) in Windhuk zu stoppen, die den schwarzen und weißen Schülern ungleiche Ausbildungsmöglichkeiten bietet;
5. Den Kriegsdienstverweigerern aus Namibia politisches Asyl zu gewähren und den UNO-Rat für Namibia zu drängen, die Kriegsdienstverweigerer zu schützen;
6. Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland daran zu hindern, in den südafrikanischen

Kriegsdienst eingezogen zu werden;

7. Die UNO-Konvention (1973), die Apartheid als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verurteilt, zu ratifizieren;
8. Die militärisch-nukleare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Apartheidregime zu beenden, wie insbesondere die Bereitstellung von U-Boot-Blaupausen, UNIMOG-Militärlastwagen, Hubschraubern, G-3-Gewehren, Teilen für die Urananreicherungsanlage Pelindaba und das Navigationsüberwachungssystem Project Advokaat sowie die verantwortlichen Politiker, Industriellen usw. vor Gericht zu stellen;
9. Die Einfuhr von namibischem Uran zu beenden;
10. Jede Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen Namibias zu beenden, wie z.B. die das UNO-Dekret Nr. 1 von 1974 verletzende Einfuhr von Karakulfellern;
11. Die Verantwortlichen für die Verletzung des UNO-Dekrets Nr. 1 vor Gericht zu stellen;
12. Die Dresdner Bank zu zwingen, sich aus Namibia zurückzuziehen;
13. Die Lagerung von Atommüll in Namibia durch die Bundesrepublik Deutschland zu verhindern;
14. Beziehungen zwischen den westdeutschen Gewerkschaften und der National Union of Namibian Workers (NUNW, Namibischer Gewerkschaftsbund) und seinen Einzelgewerkschaften herzustellen;
15. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der namibischen Arbeiter bekannt zu machen;
16. Materielle und finanzielle Unterstützung der NUNW und ihren Einzelgewerkschaften zukommen zu lassen;
17. Boykottaktionen in Solidarität mit den namibischen Arbeitern zu initiieren;
18. Alle Verträge und Kontakte mit der Deutschen Evangelischen Lutherischen Kirche (DELK) in Namibia zu beenden;
19. Die offizielle Unterstützung der bundesdeutschen Kirchen für das Programm zur Bekämpfung des Rassismus des Ökumenischen Rates der Kirchen sicherzustellen und den Namibischen Kirchenrat stärker zu unterstützen;
20. Eine konstruktive, institutionalisierte Arbeitsbasis zwischen den Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und der SWAPO aufzubauen;
21. Die Verbreitung von Informationen in der Bundesrepublik Deutschland über die Situation in Namibia zu intensivieren, um der Preszensur im Land entgegenzuwirken;
22. Die Vereinbarung zwischen der „Deutschen Welle“ und dem Südwestafrikanischen Rundfunk zu beenden;
23. Die Verwendung von jeglicher Apartheidpropaganda in den Schulen, Universitäten, Bibliotheken etc. in der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern;
24. Die bundesdeutschen Schulbücher auf die Übereinstimmung mit den Richtlinien der UNESCO hin zu überprüfen;
25. Die Resolutionen von internationalen Konferenzen zur Namibiafrage zu verbreiten;
26. Filmproduzenten, Mitarbeiter in den Medien, Künstler etc. zu drängen, die Befreiung Namibias zu ihrer eigenen Sache zu machen und die Wirklichkeit des namibischen Lebens in ihrer Arbeit darzustellen;
27. Anstrengungen wie die der Namibia Friedensplan-Kontakt- und Studiengruppe bzgl. der UNO-Sicherheitsrats-Resolution 435 hervorzuheben;
28. Die Bemühungen für die Freilassung aller politischen Gefangenen in Namibia zu intensivieren;
29. Unterstützungsfonds für politische Gefangene und Rechtshilfefonds einzurichten;
30. Den Tourismus nach Namibia zu beenden;

31. Die materielle, solidarische Unterstützung für die SWAPO, insbesondere für die Flüchtlingslager in Kwanza Sul (Angola), Nyango (Sambia) wie auch für die Loudima-Schule (Kongo) zu verstärken;
32. Projekte in Namibia nur nach eingehender Konsultation mit der SWAPO zu unterstützen. Die Unterstützung für diese Projekte sollte nur über den namibischen Kirchenrat, die SWAPO-Schulen oder die NUNW und deren Einzelgewerkschaften abgewickelt werden;
33. Weiterhin die Anti-SWAPO-Kampagne, die von der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte“ (IGFM), dem „Namibia Information Office“ und anderen in der Bundesrepublik Deutschland als Teil des gesamten südafrikanischen Propagandakrieges gegen die Befreiung Namibias geführt wird, zu verurteilen und zu bekämpfen;
34. Den UNO-Rat für Namibia zur Wachsamkeit gegenüber dem Material der IGFM und zu Gegenaktionen aufzufordern;
35. Den UNO-Rat für Namibia zu drängen, geeignete Maßnahmen gegen den Mißbrauch des UNO-Emblems durch die IGFM zu ergreifen;
36. Die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Volker Stolz, Geschäftsführer der südafrikanischen Propagandaagentur „Namibia Information Office“ in Bonn zu verurteilen und dessen Aberkennung zu verlangen;
37. Auf die offizielle Anerkennung der SWAPO als einzige und authentische Vertretung des namibischen Volkes durch die Bundesregierung hinzuwirken und mit dieser Zielrichtung das politische und diplomatische Ansehen der SWAPO in der Bundesrepublik Deutschland zu vergrößern;
38. Wichtige historische Daten des namibischen Befreiungskampfes wie z.B. Kassinga, das Windhuk-Massaker, die Gründung der SWAPO usw. zu begehren;
39. Auf die Verhängung von umfassenden und bindenden Sanktionen gegen Südafrika gemäß Abschnitt VII der Charta der Vereinten Nationen hinzuwirken als einem weiteren friedlichen Druckmittel, um Südafrika zur Durchführung der Resolution 435 zu zwingen;
40. Die Solidarität mit dem südafrikanischen Befreiungskampf unter Führung des African National Congress (ANC) zu verstärken;
41. Die demokratischen Gewerkschaften Südafrikas zu unterstützen und die jüngsten brutalen Übergriffe des Rassistenregimes gegen die COSATU zu verurteilen;
42. Die Aggressionsakte und die Destabilisierungspolitik Pretorias gegen die Frontstaaten im Südlichen Afrika wie den jüngsten Angriff auf Sambia zu verurteilen;
43. Die politische und materielle Solidarität mit den Frontstaaten zu intensivieren.

AIB-Vertrieb mit neuer Adresse

Seit dem 1. April d.J. wird der Vertrieb des AIB nicht mehr über unsere Marburger Adresse, sondern über den Pahl-Rugenstein Verlag in Köln abgewickelt. Für

- Bestellungen von AIB-Heften
 - Abonnements
 - Adressenänderungen
 - Kündigungen
- gilt ab sofort folgende Adresse:
AIB-Leserservice, Postfach 510868,
5000 Köln 51, Tel. 0221/36002-0

Joachim Becker/Petra Sittig

Sambia – Frontstaat vor dem Ruin

„Sambia kurz vor dem Ruin“,¹ so berichtete die Presse im Mai d.J. über den Frontstaat. Derartig in die Schlagzeilen der internationalen Presse geriet das Land, als ein Maßnahmenpaket des Internationalen Währungsfonds (IMF) im Dezember 1986 eine soziale Explosion auslöste.

Es umfaßte eine „Liberalisierung der Importe, eine 70%ige Abwertung der Landeswährung, Abbau der staatlichen Verwaltung und Aufhebung der Subventionen bei Nahrungsmitteln“.² Die Erhöhung des Preises für eine Maismehlsorte um 120% führte zu massiven Protesten und Unruhen unter den städtischen Armen des sog. „Copperbelt“, des Kupfergürtels, wo Industrie und Stadtbevölkerung (ca. 50% der Gesamtbevölkerung) konzentriert sind.

Bruch mit dem IMF

Aufgrund dieser Unruhen nahm Präsident Kenneth Kaunda die Preiserhöhung wieder zurück.

„Kaunda setzte die Subventionen wieder herauf und behauptete, die Ratschläge des Fonds seien nicht praktikabel.“³ Er machte „den Fonds für Hunger und Tod verantwortlich“⁴ und brach mit dem IMF.

In Zukunft will das Land seinen Schuldendienst auf 10% des Nettodeviseneinkommens nach Abzug bestimmter lebenswichtiger Einfuhren beschränken.⁵ Die Inflation soll durch einen Preisstopp und strikte Kontrollen bekämpft werden.

Zwar ist dies die schwerste Wirtschaftskrise Sambias seit seiner Unabhängigkeit vor 23 Jahren (1964), deren Ende nicht absehbar ist. Doch darf man nicht übersehen, daß es sich um eine Zuspitzung permanenter Schwierigkeiten handelt. Grundlage des sambischen Akkumulationsmodells ist der Kupferexport (1984: 87% der Exporterlöse).⁶ Diese Grundlage ist äußerst schmal und brüchig. Bei dem jetzigen Tempo des Kupferabbaus wird sie in weniger als 20 Jahren völlig entfallen.⁷

Die Abhängigkeit vom Kupferexport machte sich schon in den 60er Jahren negativ bemerkbar. Trotz einer schrittweise verstärkten Kontrolle des sambischen Staates über die Wirtschaft gelang

es nicht, die Weltmarktabhängigkeit entscheidend abzubauen. Die neuerrichteten, auf Importsubstitution zielenden Konsumgüterindustrien waren (und sind) sehr vom Import von Maschinen und Vorprodukten abhängig.

Die Agrarpolitik hatte jahrelang große Einbußen bei den Realeinkommen der Familienlandwirtschaft und eine massive Abwanderung in die Städte zur Folge.

Die Familienlandwirtschaft genoß kaum staatliche Unterstützung. Auch wenn die Regierung in der letzten Zeit ihre Agrarpolitik modifiziert hat und nun größere Anreize für eine Überschußproduktion bietet, so hat sie doch das Vertrauen der Bauern verloren.

Stärker als die Kleinbauern dürften die kommerziellen, kapitalistischen Farmen von der neuen Agrarpolitik profitieren. Etwa 60% der vermarkteten Produktion kommen von nur 1.000 kommerziellen Farmern.⁸ Da bei Landwirtschaftsmaschinen, Traktoren, Dünger und Saatgut die Importabhängigkeit hoch ist, schluckt die agrarkapitalistische Großproduktion einiges an Devisen.

Folge der jahrelang verfehlten Agrarpolitik waren permanente Nahrungsmittel-

importe. Mit der Neuorientierung der Landwirtschaftspolitik wurde im Vorjahr bei Nahrungsmitteln die Selbstversorgung erreicht.

Mit dem dauerhaften Verfall der Kupferpreise geriet die sambische Wirtschaft in eine Dauerkrise. In den letzten 10 Jahren ist das reale Pro-Kopf-Einkommen um fast 45% gesunken.⁹

Die Regierung versuchte, die Devisenausfälle durch Kreditaufnahmen im Ausland zu überbrücken. Mittlerweile beträgt die Auslandsverschuldung ca. 4,6 Mrd. \$. Der Schuldendienst verschlingt selbst bei günstigsten Umschuldungsbedingungen 40-50% der Exporterlöse.¹⁰

Der Devisenmangel schlägt auf die Produktion voll durch; das gilt insbesondere für die äußerst importabhängige Industrie.

Seit 1978 hat Sambia sich immer wieder an den IMF gewandt und folglich eine Sparpolitik nach IMF-Rezepten betreiben müssen. Diese hatte u.a. enorme Reallohnseinbußen der Arbeiterschaft zur Konsequenz. Die Verständigungsmöglichkeiten zwischen Regierung und Gewerkschaften werden durch die dramatische Verschlechterung der materiellen Lage erschwert.

In den letzten Monaten erschütterte eine Streikwelle das Land. Die Gewerkschaftsführung hat, noch verstärkt durch Repressionsmaßnahmen der Regierung, an Rückhalt unter den Arbeitern verloren.

Gleichzeitig ist das Heer der städtischen Arbeitslosen und Unterbeschäftigten im-

Schlüsselbereich der sambischen Wirtschaft ist die Kupferproduktion



mer mehr angeschwollen. Ihre Verzweiflung, Wut und Perspektivlosigkeit schaffte sich in den Unruhen nach den Preiserhöhungen im letzten Dezember Luft. In einem hohen Maß individueller Gewaltkriminalität findet die Frustration ihr ständiges Ventil.

Die Last der Krise wird nicht von der gesamten Bevölkerung getragen. Die Nationale Planungskommission kommentierte im Jahr 1984: „Mit dem Niedergang der Wirtschaft wurden die Armen ärmer. Der Umfang der reichen (Gruppe) scheint kleiner, aber reicher geworden zu sein.“¹¹

Bei dieser kleinen, reichen Gruppe, in Sambia „Apamawamba“ genannt, handelt es sich um private Geschäftsleute, darunter auch eine Gruppe von kommerziellen Farmern, und hohe Funktionäre in Regierung und staatlich kontrollierten Unternehmen. Es gibt einen regen Austausch zwischen den Spitzenfunktionären der staatlich kontrollierten Betriebe, deren Zahl nach den Reformen von 1969/70 stark zunahm, und dem Privatsektor.¹²

Diese Kräfte forderten bereits eine weichere Politik gegenüber dem rhodesi-

Landes: Es sei „unsinnig und unmoralisch“, zu verlangen, Sambia solle weniger Zeit und Energie auf die Gegnerschaft zu Südafrika und mehr auf die eigene Wirtschaft verwenden.¹⁵

Der Apartheidstaat versucht mit Zuckerbrot und Peitsche Sambia von seiner strikten Anti-Apartheid-Politik abzubringen. Bei der Dosierung seines Drucks beachtet Südafrika, daß die sambische Regierung in der Vergangenheit mehrfach die Rolle eines – durchaus kompromißbereiten – Vermittlers gespielt hat und für das Apartheidregime auch in Zukunft in einer solchen Rolle nützlich sein könnte.

Der verstärkte Druck Südafrikas deutet darauf hin, daß Kaundas harte Haltung in der Sanktionsfrage ernst genommen wird.

Es ist kein Zufall, daß das wirtschaftlich arg bedrängte Sambia sich im April d.J. außerdem noch eines südafrikanischen Übergriffs erwehren mußte. Hinter dem Angriff auf Sambia unter dem Vorwand, eine Aktion gegen den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) auszuführen, ist durchaus System zu sehen.

Zwar wurde diese Aktion, bei der in der

Südafrika trainierte Banditen, nach ihrem früheren Führer „Mushala Gang“ genannt, treiben im Westen des Landes ihr Unwesen, allerdings mit geringer Intensität.

Die Regierung hat Maßnahmen gegen die militärische Destabilisierung ergriffen. Wie Verteidigungsminister, General Malimbe Masheke, bekanntgab, werden Tansania und Sambia ihre militärischen Aktivitäten koordinieren.¹⁶

Zur militärischen Bedrohung Sambias durch den Apartheidstaat kommt eine wirtschaftliche Abhängigkeit von Südafrika hinzu.

„Eisenbahndiplomatie“

Auch nach Eröffnung der Bahnlinie nach Dar-es-Salaam, der TAZARA, wurden in den 80er Jahren noch über 40% des sambischen Außenhandels über die Südroute, also weitestgehend Südafrika, abgewickelt.¹⁷ Als Reaktion auf Sambias aktives Eintreten für Sanktionen griff Südafrika im Sommer letzten Jahres zu Repressalien im Transitverkehr.

„Zieht Südafrika in Zukunft seine Schraube noch mehr an, wird sich für Sambia ... wohl bald die bittere Frage stellen, ob es sich sein Engagement für die schwarze Mehrheit in Südafrika überhaupt noch leisten kann“, schreibt Silvia Höner in der Frankfurter Rundschau vom 12. Dezember 1986. Die Waffe der „Eisenbahndiplomatie“ droht jedoch stumpf zu werden.

Die Leistungsfähigkeit der TAZARA, die in der Vergangenheit durch schwerwiegende operationelle Probleme beeinträchtigt war, konnte bereits 1986 gesteigert werden. Weitere Instandsetzungsmaßnahmen stehen an.

Sambia hat in den letzten Monaten Kupfer über den mosambikanischen Hafen Beira statt über Südafrika exportiert. Die sambische Regierung hofft auf die Wiedereröffnung der kriegsbedingt geschlossenen Benguela-Bahn durch Angola, die derzeit in der Diskussion ist.

Ziel all dieser Bemühungen: Abbau der Abhängigkeit von Südafrikas Transitrouten.

Eine weitere Facette der Bindung an Südafrika ist die Importabhängigkeit. Wichtige Firmen in Sambia, beispielsweise im Maschinenbau, sind von südafrikanischen Unternehmen kontrolliert und beziehen ihre Vorprodukte und Maschinen vorzugsweise aus Südafrika. Eine ähnliche Vorliebe legen zahlreiche ausländische Manager – auch in nationalisierten Unternehmen – an den Tag.

Viele Importe für den Bergbau, insbesondere Ausrüstungsgüter, kommen aus dem Apartheidstaat.

Durch den gravierenden Devisenmangel



Eine Minderung der Abhängigkeit von Südafrika bringt der Ausbau der TAZARA-Bahnlinie

schen Minderheitsregime und treten auch heute für eine weniger prononcierte Anti-Apartheid-Politik ein.

Druck in eine ähnliche Richtung scheint der IMF auszuüben. Hinter der harten IMF-Haltung, so verlautete aus Londoner „Insider-Kreisen“, stehe als Überlegung, daß Sambia zu einer Abschwächung seiner kompromißlosen Haltung in der Sanktionsfrage gebracht werden solle.¹³

Trotz der gewaltigen Schwierigkeiten und der Kritik im eigenen Land läßt sich Präsident Kaunda nicht davon abbringen, die „Befreiungsbewegungen (zu unterstützen)“.¹⁴

Er sagt, der Kampf gegen Südafrika sei wichtiger als die Wohlfahrt des eigenen

Stadt Livingstone vier Zivilisten ermordet wurden, international auf das Schärfste verurteilt – sogar seitens der USA, Großbritanniens und auch der Bundesregierung. Dennoch ist mehr als fraglich, ob damit zukünftige Übergriffe des Apartheidstaates verhindert werden. Schließlich ist dies nicht der erste Angriff Südafrikas auf Sambia.

Vielmehr unternahm Südafrika in den vergangenen Jahren immer wieder einzelne Aktionen. Südafrika – und in einem Fall auch der US-Geheimdienst CIA – sollen sich an Putschversuchen gegen die Regierung Kaundas beteiligt haben.

Südafrikanische Kommandounternehmen griffen Ziele in Sambia an. Von

ist die Importabhängigkeit von Südafrika noch verstärkt worden, denn Pretoria bietet günstige Exportkredite und ist zu schneller Lieferung in der Lage. Es genießt in Sambia den Ruf eines billigen Lieferanten.

Dieser Ruf zeigt selbst bei Gewerkschaften Wirkung. Angesichts von Versorgungsengpässen und hohen Preisen bei Konsumgütern forderte 1983 Timothy Walamba, Vorsitzender der Bergarbeitergewerkschaft, Sambia solle mehr Waren in Südafrika kaufen.

„Soviel wir auch unseren Brüdern und Schwestern, die immer noch unter rassistischen Regimen leben, helfen müssen, darf dies nicht auf Kosten unserer eigenen Leute gehen“, sagt er.¹⁸ Gegensanktionen Südafrikas könnten die soziale Unzufriedenheit in Sambias Städten verstärken, wenn wichtige Konsumgüter knapp werden und/oder im Preis stark steigen.¹⁹

Trotz der wirtschaftlichen Abhängigkeit ist Kenneth Kaunda ein aktiver Verfechter von Sanktionen. Sambia unterstützt weiterhin den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC), der in Lusaka sein Hauptquartier hat, und die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO). Noch haben in der sambischen Regierung bei der Außenpolitik die stärker nationalistischen Kräfte das Sagen.

Die Frage ist, ob Südafrika zusammen mit seinen westlichen Verbündeten bei der Destabilisierung Sambias Erfolg haben wird. Sambias außenpolitische Handlungsspielräume werden durch die tiefe Wirtschaftskrise immer mehr eingeschränkt. Der Frontstaat hat internationale Rückenstärkung gegen Südafrikas Destabilisierung bitter nötig.

Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Rundschau (FR), 13.5. 1987
- 2) Ebd., 12.12.1986
- 3) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 27.2.1987
- 4) FR, 4.5.1987
- 5) Vgl. International Herald Tribune (IHT), Paris, 2.5.1987
- 6) Vgl. J. Hanlon, Beggar your Neighbours. Apartheid Power in Southern Africa, London/Bloomington 1986, S. 300
- 7) Vgl. IHT, 14.6.1986
- 8) Vgl. C.B. Thompson, Challenge to Imperialism. The Frontline States in the Liberation of Zimbabwe, Harare 1985, S. 239
- 9) Vgl. South, London, Februar 1987
- 10) Vgl. FR, 12.12.1986, Financial Times, London, 18.4.1986
- 11) Zit. nach: J. Hanlon, Beggar your Neighbours..., S. 253
- 12) Vgl. C.B. Thompson, Challenge..., a.a.O., S. 238ff.
- 13) Vgl. Informationsdienst südliches Afrika (issa), Bonn, Nr. 2/1987
- 14) FAZ, 27.2.1987
- 15) Ebd.
- 16) Vgl. Africa Report, New York, Januar-Februar 1987
- 17) J. Hanlon, Beggar your Neighbours..., S. 301
- 18) Ebd., S. 252
- 19) Vgl. issa, Nr. 2/1987

Urte Sperling

Abschied Mosambiks von der sozialistischen Orientierung?

Seit Mitte der 80er Jahre befindet sich Mosambik am Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruches.

Ein Bericht der Regierung vom August 1986 besagt, daß seit dem IV. Kongreß der regierenden Frelimo-Partei (1983) weder im produktiven Sektor noch im Bildungs- und Gesundheitswesen die gesteckten Ziele erreicht wurden. Vielmehr ging die Produktion in allen Bereichen dramatisch zurück. Das Brutto-sozialprodukt sank im Zeitraum von 1982-85 um 33%, das Export-Planziel wurde nur zu 1/3 erfüllt, die Deviseneinnahmen halbierten sich.

Dadurch konnten für die verarbeitende Industrie notwendige Güter nicht importiert werden, während Baumwolle und Zucker – traditionelle Exportprodukte – eingeführt werden mußten.

Andererseits können inzwischen aufgrund des Devisenmangels notwendige Güter für die Industrie nicht importiert werden, was den Produktionsrückgang weiter beschleunigt.

Die Staatsbetriebe arbeiten mit ständig wachsenden Verlusten, die vom Staatshaushalt gedeckt werden müssen. Zugleich steigen die Verteidigungsausgaben, weist der Staatshaushalt ein chronisches Defizit von ca. 10 Mrd Meticais (= 50 Mio \$ nach neuem Kurs) auf. Die

Außenverschuldung des Landes beträgt gegenwärtig ca. 2,8 Mrd \$.¹

Vor den Aggressionen der von Südafrika militärisch und materielle ausgehaltenen und gelenkten sog. Rebellen des mosambikanischen Nationalen Widerstands (RNM)² sind 250.000 der insgesamt 14 Mio Mosambikaner in die Nachbarländer geflüchtet. 1 Mio Menschen wurden von ihren Heimatorten vertrieben und fast 4 Mio sind vom Hungertod bedroht.

Die offiziellen Versorgungswege und der Austausch von Stadt und Land funktionieren nicht mehr. Schmuggel und Schwarzmarkt beherrschen das Leben derjenigen, die noch über Geldeinkünfte verfügen. Angesichts dieser Lage haben viele Fachkräfte das Land verlassen.

3-Jahres-Programm zur wirtschaftlichen Wiederbelebung

Im Februar d.J. trat nun ein Drei-Jahres-Programm zur wirtschaftlichen Wiederbelebung in Kraft, mit dessen Hilfe die Regierung Landwirtschaft und Industrie ankurbeln will. Der Meticai wurde um 500% abgewertet (1 \$ kostet nach offiziellem Kurs statt vorher 40 nun 200 Meticais; auf dem Schwarzmarkt zahlt man 1.800 Meticais).

Mosambikanischer Alltag: von RNM-Contras zerstörter LKW



Mit Steuer-, Preis- und Lohnreformen sollen die Staatseinnahmen erhöht werden. Die Staatsbetriebe dürfen künftig Kredite nicht mehr für die Zahlung von Löhnen verwenden, sondern Lohnerhöhungen müssen erwirtschaftet werden. Im Landesdurchschnitt sollen die Löhne um 50% steigen, wobei je nach individueller Leistung über ein Prämiensystem Lohnerhöhungen zwischen 50 und 100% erreicht werden können.

Entlassungen überflüssiger Arbeitskräfte sind künftig gesetzlich möglich. Privatisierungen in der Industrie wurden angekündigt, jedoch nicht näher spezifiziert. Für Staatsangestellte soll es keine Entlassungen geben, sondern die Möglichkeit, sie in ländliche Regionen zu versetzen.

Preissteigerungen quer Beet

Drastische Preissteigerungen gibt es bei Post, Strom, Wasser, insbesondere im Transportwesen und bei Inlandflügen (jeweils 300%) sowie für Benzin (600%). Die Mieten – bisher festgesetzt nach dem Einkommen der Mieter – werden nun anhand des Wertes der Häuser bemessen. Wohnhäuser wurden übrigens nach der Unabhängigkeit verstaatlicht und bleiben auch Staatsbesitz. Für – bisher kostenlose – Krankenhausaufenthalte müssen künftig Betroffene, die über Einkommen verfügen, Gebühren entrichten.

Die vorgesehenen Lohnsteigerungen liegen deutlich unter der geplanten Preissteigerungsrate. Die Steuerreform belastet höhere Einkommen stärker als niedrige, doch betroffen sind auch die unteren Schichten.

Durch eine spürbare Anhebung der Erzeugerpreise für Agrarprodukte und mit Hilfe eines 3 Mrd Meticais umfassenden Fonds zur Versorgung der ländlichen Regionen mit notwendigen Gütern soll die landwirtschaftliche Kleinproduktion bis 1990 um fast 90% steigen. Damit hofft man, die Austauschbeziehungen zwischen Stadt und Land wiederherstellen, den Schwarzmarkt eindämmen und die Versorgungslage insgesamt verbessern zu können.

In der staatlichen kommerziellen Landwirtschaft, dem Transport und der Leichtindustrie sind Zuwächse von 17, 23 bzw. 12% jährlich geplant. Die Einkünfte aus Eisenbahnen und Häfen sollen von 135 Mio \$ im Jahr 1987 auf 300 Mio \$ 1990 steigen. Der Staatshaushalt wurde insgesamt von 85,6 Mrd Meticais auf 26,7 Mrd reduziert. Über 30% sind für Militärausgaben vorgesehen.³

Die Bewältigung der akuten Hungersnot durch Soforthilfen steht nach wie vor an erster Stelle. Ministerpräsident Machungo: „...der Erfolg unseres Planes (hängt) unglücklicherweise davon ab... ob die

Joaquim Chissano, ein Befreiungskämpfer der ersten Stunde, wurde nach dem Tod von Präsident Samora Machel bei einem Flugzeugunglück am 19. Oktober 1986 mit der Führung Mosambiks betraut. Einstimmig wählten die 26 Mitglieder des Zentralkomitees der Frelimo-Partei den Mann, der seit der Unabhängigkeit ununterbrochen das Amt des Außenministers innegehabt hatte, zum Vorsitzenden der Partei und damit zum Staatspräsidenten. Im folgenden Interview erläutert er die Destabilisierungspolitik Südafrikas und Möglichkeiten der Gegenwehr.

FRAGE: Wie steht es um die Beziehungen Ihres Landes zu Südafrika?

J. CHISSANO: Die Situation verschlechtert sich, vor allem was unsere wirtschaftlichen Beziehungen betrifft. Südafrika führt gegen uns de facto eine Sanktionspolitik.

Es benutzt den Hafen von Maputo immer weniger; der Warenumsatz von und nach Südafrika ist von 7 Mio t auf heute 0,96 Mio t zurückgegangen. Eine drastische Reduzierung mit sehr ernstesten Auswirkungen auf unsere Wirtschaft. Die Südafrikaner behaupten, es läge daran, daß die Bahnlinie so schlecht funktioniert. Doch das ist nur ein Vorwand. Es stimmt zwar, daß es Sabotageakte gibt. Aber wer ist denn für die Aktivität der bewaffneten Banditen, die die Bahnlinien einschließlich der Verbindung zwischen Südafrika und Maputo angreifen, verantwortlich?

Außerdem geht die Zahl der mosambikanischen Arbeiter in Südafrika ständig zurück. Dieses Jahr sind es nur 30.000, d.h. zweimal weniger als 1986. Dies bedeutet auch wirtschaftlichen Druck auf die Volkstepublik Mosambik.

Sanktionen durch Südafrika

Was den politischen Bereich angeht, so haben wir Beweise, daß die Beziehungen zwischen Südafrika und den bewaffneten Banditen ungeachtet der Verpflichtungen, die Südafrika durch das Abkommen von Nkomati (von 1984; d. Red.) übernommen hat, unverändert sind. Die Südafrikaner und die bewaffneten Banditen machen gemeinsame Pläne. Pretoria versorgt sie mit Lebensmitteln, Munition und anderen Gütern.

Dies ist also der Stand unserer Beziehungen. Wir unterhalten jedoch weiter Kontakte zur Regierung Südafrikas, um sie zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen zu veranlassen.

FRAGE: Wer sind gegenwärtig diese „bewaffneten Banditen“?

J. CHISSANO: Hier hat sich eigentlich nichts verändert.

Wir wissen, daß die ersten Gruppen bewaffneter Banditen in Rhodesien gebildet wurden und daß sie nach der Unabhängigkeit Simbawes Aufnahme in Südafrika fanden, wo sie sich zu dem entwickeln konnten, was sie heute sind. Ihre Führer waren Ausländer, Portugiesen, Südafrikaner oder Rhodesier.

Heute ist die Situation ungefähr die gleiche; ihre Führer sind die gleichen Leute, nur ihre Hautfarbe ist teilweise anders, denn man hat mosambikanische Sprecher gesucht. Dieser Versuch war jedoch ein Mißerfolg. Das Büro in den USA wird von einem Amerikaner geleitet. (...)

Die amerikanische Regierung ... behauptet, sie unterstütze die bewaffneten Banditen in keiner Weise und werde dies auch in Zukunft nicht tun. Es könnte aber sein, daß entsprechend dem Beispiel Nicaraguas eine mächtige amerikanische Lobby den mosambikanischen

Interview mit J Rückhalt ge



„Contras“ heimlich Unterstützung zukommen läßt.

FRAGE: Gibt es Formen des Banditentums, die sich parallel zu den bewaffneten Gruppen entwickeln und Hilfe aus dem Ausland erhalten?

J. CHISSANO: Es sind immer dieselben Banditen, die für Angriffe auf wehrlose Zivilisten verantwortlich sind und die versuchen, traditionelle Vorstellungen bei der Landbevölkerung wiederzubeleben, vor allem das Stammesdenken.

Sie plündern und vernichten die Habe der Bauern und versuchen, sie auf ihre Seite zu bringen, indem sie den Tribalismus verbreiten und ethnische Gegensätze schüren. Dies lernen sie vom Regime in Pretoria, das diese Politik in großem Maßstab betreibt.

Hungerhilfe ungenügend

Vergeblich versuchen die Banditen, die Macht der traditionellen Häuptlinge wiederzubeleben. Hier in Mosambik hat das Volk diese Macht in der Zeit vor der Unabhängigkeit spontan beseitigt.

Wir haben kein einziges Gesetz gemacht, um die Häuptlingsherrschaft abzuschaffen. 1974 hatte die Frelimo sogar Maßnahmen zum Schutz der traditionellen Häuptlinge – der „regulos“ – getroffen, während man ihre Lage überprüfte. Doch nach der Unabhängigkeit – neun Monate später – war die Häuptlingsherrschaft praktisch verschwunden, weil die Leute sie nicht mehr wollten. Das war keine von oben verordnete Maßnahme.

Noch heute kenne ich nicht viele Häuptlinge, die etwas gegen unsere Regierung haben. Manche arbeiten aktiv mit der Partei zusammen und leben friedlich als Bauern. (...)

FRAGE: Wieviele Mosambikaner sind von der Dürre betroffen oder leiden unter den Kriegsfolgen?

J. CHISSANO: Ungefähr 4 Mio Mosambikaner sind von der Dürre und den bewaffneten Banditen betroffen, die sie zwingen isoliert zu leben und sie an ihrer Arbeit hindern. 2 Mio befinden sich bereits in einer sehr dramatischen Notlage.

Unmittelbar notwendig wären große Mengen von Lebensmitteln und Medikamenten sowie

quim Chissano den Pretoria

Transportmittel. Zahlreiche Menschen waren auch gezwungen, ihre Dörfer zu verlassen und brauchen ein Dach über dem Kopf (Zelte zum Beispiel) und Kleidung. Weiter brauchen wir mehr landwirtschaftliche Geräte für die Gebiete, in denen es inzwischen geregnet hat. Es ist ein furchtbares Gefühl, wenn man sieht, wie Bauern nach langen Jahren der Dürre aus Mangel an landwirtschaftlichen Geräten das Land nicht bebauen können. Das Ende der Dürre bedeutet daher leider nicht eine sofortige Besserung der Situation.

Die internationale Hilfe entspricht nicht unserem Bedarf, obwohl es internationale Komitees gibt, die ihre Anstrengungen verstärkt haben. Dies gilt z.B. für Oxfam und die Lebensmittelhilfe einiger Länder – u.a. der USA, Schwedens, Japans und Italiens.

Aber wir sind noch sehr weit davon entfernt, unseren Bedarf decken zu können, zumal die Folgen der Dürre auch in den großen Städten zu spüren sind.

FRAGE: Kann man die ersten Monate der Präsidentschaft Chissanos mit dem Begriff „Dezentralisierung“ kennzeichnen?

J. CHISSANO: Es handelt sich mehr um eine Umverteilung von Aufgaben.

Und die geht nicht auf mich zurück, sondern ist 1986 auf einer Sitzung des Zentralkomitees beschlossen worden, die der verstorbene Präsident Samora Machel geleitet hat. Der Posten eines Premierministers ist während seiner Präsidentschaft geschaffen worden, und die Wahl eines Präsidenten der Nationalversammlung war bereits in der Zeit nach den allgemeinen Wahlen beschlossen worden.

Es handelt sich also nicht um persönliche Initiativen, sondern um kollektive Beschlüsse.

FRAGE: Welche Frontstaaten arbeiten auf dem Gebiet der Verteidigung mit Mosambik zusammen?

J. CHISSANO: Alle Frontstaaten arbeiten mit uns zusammen, natürlich in unterschiedlichem Umfang, entsprechend den Möglichkeiten des betreffenden Landes.

Schon seit einiger Zeit arbeitet Simbabwe mit Mosambik auf militärischem Gebiet zusammen, indem es Truppen zur Verfügung stellt. Tansania wird in Kürze folgen. Auch Angola ist uns auf diesem Gebiet behilflich, ungeachtet seiner eigenen Probleme infolge des Krieges.

Kurzum, die Frontstaaten betrachten die Hilfe für Mosambik als eine Aufgabe von hoher Prio-

rität für die Sicherheit der Region. Und sie handeln entsprechend.

FRAGE: Manche europäischen Regierungen halten die Hilfe für die Frontstaaten für wirksamer als Sanktionen gegen Südafrika. Was ist Ihre Meinung?

J. CHISSANO: Das ist eine komplizierte Frage, denn tatsächlich bedeutet die Hilfe für die Frontstaaten einen wichtigen Beitrag für unseren Widerstand gegen den Druck des Apartheidregimes.

Die Stärkung dieser Länder, die in der Konferenz zur Entwicklungskoordination des Südlichen Afrika (SADCC) zusammenarbeiten, um eine größere wirtschaftliche Unabhängigkeit von Südafrika zu erreichen, ist im Interesse der europäischen Länder. Wenn man aber gleichzeitig Druck auf Südafrika ausüben würde – vor allem durch den Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zu diesem Land –, könnte man eine Stärkung des Regimes und seines militärischen Potentials verhindern. Die Hilfe für die Frontstaaten wäre dann noch wirksamer.

Wir glauben, daß die europäischen Länder in beiden Richtungen handeln sollten. (...)

FRAGE: Was brauchen Sie am dringendsten?

J. CHISSANO: Im Moment hängt die Entwicklung unseres Landes zu einem großen Teil von internationaler Hilfe ab.

Um das für die nächsten drei Jahre vorgesehene Programm zur wirtschaftlichen Umgestaltung verwirklichen zu können, müssen wir Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen vornehmen, die Industrie wiederaufbauen, Programme zur Entwicklung der Landwirtschaft beginnen. Weiterhin gibt es Dringlichkeitsprogramme vor allem zur Unterstützung der Flüchtlinge und der aus Südafrika ausgewiesenen mosambikanischen Minenarbeiter.

Die internationale Gemeinschaft muß die Programme der Frontstaaten unterstützen, vor allem auch das zum Ausbau der Eisenbahn von Beira, die für die Entwicklung der Region und den Handel der Binnenländer eine hervorragende Rolle spielt. Es geht uns dabei natürlich nicht darum, daß wir nur das internationale Transportnetz favorisieren, sondern auch den Ausbau des inneren Verkehrsnetzes, Voraussetzung für eine wirtschaftliche Erholung, vor allem auch im Bereich der Landwirtschaft.

Die Entwicklung der Landwirtschaft hat für uns tatsächlich Vorrang, und hier wieder besonders die Familienwirtschaft. Um die Bauern zu unterstützen, müssen wir den Handel zwischen Stadt und Land erweitern und insgesamt die Lebensbedingungen der gesamten Bevölkerung verbessern. (...)

(Quelle: Afrique-Asie, Paris, Nr. 396/23.3. 1987, S. 16-18)

Hilfen und Kredite rechtzeitig eintreffen.“⁴

Ausgearbeitet wurde das Drei-Jahres-Programm seit Januar 1986 in Zusammenarbeit mit Beratern von Internationalem Währungsfonds (IMF) und Weltbank. Und es trat in Kraft, nachdem gegen Jahresende 1986 die Verhandlungen mit beiden Institutionen konkrete Resultate zeigten.

Der IMF sagte ein Strukturanpassungsdarlehen über 29 Mio \$ mit zehnjähriger Laufzeit und einem eher symbolischen Zinssatz von 0,5% zu, die Weltbank stellte ein Darlehen von mindestens 56,8 Mio \$ zur Unterstützung des Agrarprogramms sowie zwei Kredite in Form von technischer Hilfe über 35,4 Mio \$ in Aussicht.⁵

Das Maßnahmenpaket wurde in der Auslandspresse als „Schocktherapie“ (O Jornal) bezeichnet. Laut „Times“ äußerte ein US-Diplomat: „Wir haben das Gefühl, daß die Wirkung der IMF-Maßnahmen und die konsequente Konversion der Wirtschaft auf kapitalistischer Basis radikale politische Wendungen bringen wird.“⁶

Oberdestabilisierer Pretoria

Die mosambikanischen Marxisten sehen demgegenüber ihre Politik eher als „taktischen Rückzug“ und Präsident Chissano verweist auf die Kontinuität zur Ära Machel.⁷

Aranda da Silva, Handelsminister und einer der Hauptverfasser des Plans bemerkte: „Die Veränderungen sind signifikant. Sie stellen eine große Wende im Denken dar. Vieles wird sich ändern, auch das Verhalten vieler Menschen. Aber wir sehen dies nicht im Widerspruch zu unseren sozialistischen Zielen. Heute gibt es einen Schwarzmarkt im Land, und eine Reihe Leute werden vom Nichtstun reich. Das widerspricht dem Sozialismus, und nicht unsere Maßnahmen.“⁸

Nach der Unabhängigkeit verstaatlichte die Frelimo die von den Portugiesen verlassenen Plantagen und die einheimische Leichtindustrie (Baumwollfaser, Tee- und Kaschuerverarbeitung, Speiseöl-, Getränkeproduktion, Zucker- und Ölraffinerien). Sie konzentrierte die Staatsausgaben auf diesen Bereich sowie auf den Aufbau eines – im afrikanischen Maßstab vorbildlichen – Erziehungs- und Gesundheitssystems.

Die einseitige Förderung der Staatsbetriebe wirkte sich auf die landwirtschaftliche Kleinproduktion demotivierend aus. Dies bewog die Regierung in Maputo schon 1977 zu einer Selbstkritik und zur Entwicklung von Unterstützungsprojekten für kleinbäuerliche Familienbetriebe. Auch auf lange Sicht war nicht damit

Entladung von EG-Nahrungsmittelhilfe in Maputo



zu rechnen, daß die Exporte einheimischer Agrarprodukte den Devisenbedarf des Landes decken könnten.

Das Hauptproblem blieb die vom portugiesischen Kolonialismus geerbte strukturelle Außenabhängigkeit der Wirtschaft. Verschärft wurde dieses Problem durch die prinzipiell feindliche Haltung des Haupt„partners“ und Nachbarstaates Südafrika.

Auch nach der Unabhängigkeit bildeten die südafrikanischen Goldüberweisungen für die Vermittlung von 150.000 mosambikanischen Wanderarbeitern an die Goldminen in Transvaal, die Zahlungen Pretorias für den Strom aus dem Kraftwerk Cabora Bassa, für die Benutzung des Hafens von Beira und der mosambikanischen Schienenwege, die eine Reihe von Frontstaaten mit Südafrika verbinden, Haupteinnahmequellen für den mosambikanischen Staatshaushalt.⁹

1980 stürzte im heutigen Simbabwe das rassistische Smith-Regime, und die Frontstaaten erhielten einen wirtschaftlich potenten Verbündeten. Sie schlossen sich zur Entwicklungskoordinationkonferenz des Südlichen Afrika (SADCC) zusammen, um sich vom Apartheidstaat ökonomisch unabhängiger zu machen. Pretoria reagierte mit einem systematischen Destabilisierungsprogramm, das sich aufgrund der strategisch wichtigen geographischen Lage des Landes für die SADCC-Pläne in erster Linie gegen Mosambik richtete. So reduzierte das Apartheidregime Zug um Zug das Wanderarbeiterkontingent und zahlte nicht mehr in Gold.



Der Hafen von Maputo ist mit dem Einsetzen eines internationalen Hilfsprogramms mehr als ausgelastet

Der RNM zerstörte Hafenanlagen, Transit-Eisenbahnlagen und Stromleitungen, und Südafrika verlangte Entschädigungen für den Ausfall der vereinbarten Lieferungen.¹⁰ Die Regierung in Maputo beziffert die jährlichen Einnahmeverluste auf 150 Mio \$.¹¹

1984 versuchte der damalige Präsident Samora Machel durch ein Waffenstillstandsabkommen mit Südafrika (Nkomati-Vertrag)¹² dem Land eine Atempause zu verschaffen. Doch Südafrika hielt sich nicht an den Vertrag.

Mehr Westhilfe für Chissano

Angesichts der komplizierten Lage bemühte sich Mosambik zunächst um Mitgliedschaft im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

Doch die sozialistischen Länder sahen sich nicht in der Lage, ein weiteres „Zuschuß“land aufzunehmen. Mosambik behielt einen Assoziiertenstatus, die RGW-Entwicklungshilfe blieb auf dem alten Stand. (Etwa ein Drittel des Kreditvolumens kam bisher aus den sozialistischen Ländern. Traditionell gute Beziehungen bestehen auch mit Skandinavien.)

Nach dieser Absage wandte sich Samora Machel an die EG-Staaten, und 1985 trat Mosambik dem IMF bei. Doch blieb dies zunächst ohne konkrete Folgen. Auch die zahlreichen Appelle an die Weltöffentlichkeit, durch schnelle und effektive Hilfe die Hungerkatastrophe einzudämmen, blieben vom Westen lange un-



Erhöhte Verteidigungsbereitschaft gegen die Contras und verstärkte landwirtschaftliche Produktion sind Schlüssel der Hungerbekämpfung in Mosambik

beantwortet.

Der RNM hat nicht nur in Südafrika, sondern auch in den USA potente Unterstützer. Sie suchten und suchen den Sturz der FRELIMO-Regierung oder zumindest die Anerkennung des RNM als Verhandlungspartner durchzusetzen.

Der mysteriöse Flugzeugabsturz vom Oktober 1986 auf südafrikanischem Gebiet, bei dem Samora Machel und andere namhafte Führungsmitglieder ums Leben kamen, dürfte im Zusammenhang mit solchen Vorstellungen seine Erklärung finden.

Unter dem Machel-Nachfolger, Präsident Joaquim Chissano, zeichnete sich seit Jahresbeginn in der Haltung der NATO-Staaten eine Wende ab.

IMF und Weltbank wurden aktiv, und auch die UNO lancierte ein Sofortprogramm zur Hungerhilfe über 200 Mio \$. Die US-Entwicklungsorganisation AID bewilligte Gelder. Das US-Außenministerium sprach sich gegen eine Anerkennung des RNM und für eine Unterstützung Chissanos aus.

Großbritannien, das in Simbabwe bereits mosambikanische Offiziere ausbildet, Italien und Portugal signalisierten ihre Bereitschaft zur Beteiligung an einer Umschuldung. Auch die Bundesrepublik stellte – wenngleich zögerlich – einen Kredit in Aussicht.

Das Entstehen der SADCC und das Engagement Simbawwes in Mosambik dürften eine wichtige Rolle für diesen Sinneswandel gespielt haben. Die EG-Länder, denen es um die langfristige Interessensicherung in der Region geht, sehen in der Unterstützung der SADCC eine Möglichkeit, den harten Boykott Südafrikas zu vermeiden, ohne die schwarzafrikanischen Staaten zu verprellen.

Kampf ums Überleben

Durch den Einsatz von Truppen aus Simbabwe gelang es Ende 1986, die RNM im Bereich des Beira-Korridors zurückzudrängen, so daß mit dem Wiederaufbau der zerstörten Hafenanlagen und Eisenbahnlinien begonnen werden konnte, nachdem die Finanzierung des Projektes u.a. mit EG-Krediten und portugiesischen Geldern abgesichert ist.

Die Frontstaaten erreichten darüber hinaus, daß Malawi seine Unterstützung für die RNM einstellte und sich stattdessen an den SADCC-Initiativen beteiligte.

Betrachtet man die neue Wirtschaftspolitik in Mosambik von den subjektiven Absichten her, so handelt es sich um den Versuch, durch zeitweilige Zugeständnisse an den internationalen Kapitalismus langfristig Bedingungen für die Realisierung alter Ziele zu schaffen.

Mit dem Sparprogramm soll ein Effektivitäts- und leistungsorientierter Kurs mit

Marktelementen eingeleitet werden, ohne bestimmte sozialpolitische Grundoptionen prinzipiell aufzugeben. Für sich genommen stellt das Programm also keine Entscheidung für einen kapitalistischen Weg dar.

In Mosambik existiert noch keine relevante nationale Bourgeoisie als innerer Motor einer derartigen Entwicklung. Der mehr marktwirtschaftliche Kurs in der Agrarpolitik und die Umsetzung der Privatisierungsempfehlungen im Bereich der Industrie können allerdings langfristig zur Herausbildung eines bürgerlich-kapitalistischen Sektors führen, vorausgesetzt, daß es überhaupt gelingt, die beschlossenen Maßnahmen zu realisieren.

Noch bleiben die westlichen Kredite und Hilfen weit hinter den Erwartungen in Maputo zurück. Und der RNM, der nach wie vor seinen Geldgeber und Waffenlieferanten in Südafrika und in den USA hat, setzt seine Überfälle fort.

Die Einstiegsbedingungen des IMF waren – im Vergleich zu sonstigen Auflagepaketen und zu den gängigen Zinssätzen – moderat. Kommentatoren sprechen von einem Präzedenzfall im IMF-Verhal-

ten gegenüber afrikanischen Staaten.¹³ Es bleibt allerdings abzuwarten, wie sich die Verhandlungen weiterentwickeln. Für den von der Regierung Chissano verfolgten Kurs gibt es angesichts der Weltlage keine Alternative. Der Ausgang ist offen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Garantir execução do prioritario, Relatório do Governo sobre a situação do país, in: Tempo, Maputo, 10.8.1986; zur aktuellen Situation vgl. auch: die tageszeitung, Westberlin, 22.5.1987
- 2) Zum RNM siehe: AIB 1-2/1987, S. 10ff.
- 3) Vgl. African Business, London, April 1987
- 4) Ebd.
- 5) Vgl. South, London, Mai 1987 und Africa Economic Digest (AED), London, Jg. 8, Nr. 11/14.3.1987
- 6) Times, London, 6.3.1987
- 7) Ebd. und Afrique-Asie, Paris, Nr. 396/23.3.1987
- 8) Zit. nach: South, Mai 1987
- 9) Zur Wirtschaftspolitik der FRELIMO seit ihrem Bestehen vgl. Joseph Hanlon, Mosambik. Revolution im Kreuzfeuer, Bonn 1986
- 10) Vgl. Blätter des iz3w, Nr. 117/Mai 1984
- 11) Vgl. Garantir execução..., a.a.O.
- 12) Zum Nkomati-Vertrag siehe: AIB 4/1984, S. 11ff. und AIB 5/1984, S. 4ff.
- 13) Vgl. AED, a.a.O.



Hunger-Nothilfe für Mosambik

Bezifferte man im Frühjahr die Hungernden in Mosambik noch auf 4-4,5 Mio, so ist ihre Zahl – nach Schätzungen des Welternährungsprogramms (WFP) – im Mai d.J. auf 6,7 Mio angestiegen. Das heißt, etwa die Hälfte der mosambikanischen Bevölkerung ist mittlerweile betroffen.

Die Hauptursache der Notlage, darin sind sich die Beobachter einig, ist im anhaltenden Kriegszustand des ostafrikanischen Landes zu suchen. Es ist der Frontstaat im Süden Afrikas, der von der militärisch-wirtschaftlichen Destabilisierung durch das Apartheidregime und die von ihm und Washington ausgehaltene Contra am härtesten drangsalieren wird.

Es fehlt Mosambik nicht nur an mindestens 789.000 t Getreide, an anderen Grundnahrungsmitteln und Saatgut, um ein Massen-

sterben abzuwenden. Ebenso mangelt es auch an Transportmitteln und medizinischen Versorgungsgütern. Und in Anbetracht dessen, daß jetzt im Lande die kalte Jahreszeit mit Temperaturen bis zu 5 Grad einsetzt, ist auch die Bereitstellung von Kleidung und Decken für die teils unbedeckte, teils in Lumpen gehüllte Bevölkerung vonnöten.

Um die Nothilfe ohne Verzögerungen und am wirksamsten zu den Betroffenen zu bringen, ruft das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) zu Geldspenden auf. Sie sollen direkt an die Frelimo-Regierung in Maputo weitergeleitet, also nach deren Erfordernissen eingesetzt werden. Das ASK bittet um Spenden auf das Konto: Sonderkonto Prof. Erich Wulff, PGA Frankfurt/M., Nr. 527055-602, Stichwort: Mosambik.

Joachim Becker

Apartheid-Gegenspieler Simbabwe

Simbabwe hat sich neben Angola zum zentralen Gegenspieler Südafrikas unter den Frontstaaten entwickelt.

Die Regierung Mugabe tritt aktiv für Sanktionen gegen den Apartheidstaat ein. Sie unterstützt die Befreiungsbewegungen Südafrikas und Namibias politisch und diplomatisch. Simbabwe sei allerdings militärisch nicht stark genug, um dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) und dem Panafrikanischen Kongreß von Azania (PAC) Basen einzuräumen, unterstrich Simbabwes Premierminister Robert Mugabe im letzten August noch einmal.¹

Wenngleich die regierende Afrikanische Nationalunion Simbabwes-Patriotische Front (ZANU-PF) traditionell mit dem von der Organisation der Afrikanischen Einheit immer noch als Befreiungsbewegung anerkannten, in Südafrika jedoch bedeutungslosen PAC liiert ist, so scheint sie doch mittlerweile engere Bande mit dem ANC geknüpft zu haben.²

Simbabwe stört Pretorias regionale Hegemoniebestrebungen empfindlich, indem es das benachbarte Mosambik militärisch und wirtschaftlich unterstützt.

Noch im Dezember 1980 enthielt sich der simbabwische Delegierte in der UN-Vollversammlung bei einer Abstimmung über Wirtschaftssanktionen mit der Begründung, sein Land selbst könne die Sanktionen nicht verkräften, der Stimme.³

Heute ist Simbabwe im Commonwealth und bei den Nichtpaktgebundenen einer der aktivsten Fürsprecher für Sanktionen. Im August 1986 kündigte Premierminister Mugabe an, Simbabwe werde die Commonwealth-Sanktionen (u.a. Einstellung des Flugverkehrs mit Südafrika) voll umsetzen. Einen präzisen Zeitpunkt nannte er damals nicht.⁴

Im Januar 1987 sagte er: „Wir (Simbabwe und Sambia; d. Verf.) mußten sie bewußt aufschieben, um uns mit anderen Frontstaaten zu besprechen, weil einige der Sanktionen ihre Zusammenarbeit erfordern. Aber sie kommen, und sie kommen sehr bald.“⁵ Bis Anfang Mai d.J. waren die erforderlichen Voraussetzungen zur Umsetzung des Sanktionspaketes noch nicht geschaffen.

Die Verhängung von Sanktionen gegen Südafrika ist für Simbabwe keine leichte



12.000 Soldaten Simbabwes sichern den Beira-Korridor in Mossambik

Entscheidung. „...wir akzeptieren“, so Mugabe kurz vor Simbabwes Unabhängigkeit, „daß Südafrika eine geographische Realität ist. Als solche müssen wir einige Mindestbeziehungen mit ihm haben.“⁶

Die politischen Beziehungen wurden sofort auf ein Minimum reduziert. Pretorias Diplomaten mußten gehen, allein eine Handelsvertretung blieb.

Komplizierter ist die Verminderung der Wirtschaftsbeziehungen.

Der Anteil südafrikanischer Firmen am simbabwischen Produktivkapital dürfte auch heute kaum unter den für 1980 geschätzten 25%⁷ liegen. Der Anteil Südafrikas am simbabwischen Außenhandel konnte von 24,8% im Jahr 1981 auf 15% im Jahr 1986 (Januar-September) gesenkt werden.⁸

Etwa 40% der Industriegüterexporte Simbabwes gehen nach Südafrika – ihr Zugang zum südafrikanischen Markt wird durch ein Handelsabkommen erleichtert. Anfang 1981 stoppte Simbabwe die Rekrutierung simbabwischer Arbeiter für Südafrikas Minen, so daß die Zahl simbabwischer Wanderarbeiter in Südafrika von 10.377 im Jahr 1980 auf 7.304 im Jahr 1986 fiel.⁹

Wirtschaftliche „Gegensanktionen“ Pretorias gegen Simbabwe seien, so rechnet die südafrikanische Financial Mail am 15.8.1986 vor, ein „zweischneidiges Schwert“. Eine „reale Möglichkeit“ sei jedoch eine verstärkte Militärintervention Südafrikas in Mosambik.

Durch Mosambik laufen Simbabwes kürzeste Transitverbindungen zum Meer. Diese Transportalternativen wieder zu nutzen, war eine der ersten Prioritäten

der Regierungen Simbabwes und Mosambiks direkt nach der Unabhängigkeit; diese Alternativen zu den Verkehrsrouten durch Südafrika zu zerstören, eines der wesentlichen Destabilisierungsziele Südafrikas. Wurden 1983 immerhin 53,9% des simbabwischen Außenhandels über Mosambik abgewickelt, so waren es 1985 nur ca. 10%.¹⁰

Hauptgrund: Südafrikas Krieg gegen Mosambik. Gegen die Nutzung der mosambikanischen Routen arbeiten auch die in Simbabwe dominanten südafrikanischen Speditionsfirmen.

Seit Oktober 1982 schützt simbabwisches Militär die Transitroute von Mutare nach Beira. Seit dem Sommer 1985 geht es auch offensiv gegen die Contra vor. Die Offensive gegen die Contra in Zentralmosambik im Frühjahr 1987 wurde gemeinsam von mosambikanischen und simbabwischen Truppen getragen.

Simbabwe entlastet Mosambik stark. Auch wirtschaftlich greift es Mosambik unter die Arme.

Im November 1986 sagte Simbabwe Mosambik eine Kreditlinie von 50 Mio Z\$ zu; 90.000 t Mais wurden in das unter einer kriegsbedingten Hungersnot leidende Mosambik geschickt. „Das Überleben Mosambiks ist unser Überleben“, so Premierminister Mugabe.¹²

Simbabwe bereitet sich auf eine Eskalation der Konfrontation mit Südafrika vor. Die Wehrpflicht soll eingeführt werden.¹³

Mit der Vereinigung von ZANU-PF und der Afrikanischen Volksunion Simbabwes (ZAPU) sollte auch die Destabilisierung durch Südafrika erschwert werden. Die Vereinigungsgespräche zwischen den beiden Parteien wurden von der ZANU-PF jedoch am 17. April d.J. für abgebrochen erklärt. Strittig waren anscheinend Personalfragen.

Anmerkungen:

- 1) The Herald (H), 9.8.1986
- 2) Vgl. City Press, Johannesburg, 25.1.1987
- 3) Vgl. H, 18.12.1980
- 4) Ebd., 9.8.1986
- 5) Ebd., 19.1.1987
- 6) Ebd., 26.3.1980
- 7) Zahl nach: C. Stoneman (Hg.), Zimbabwe's Inheritance, London/Basingstoke 1981, S. 119
- 8) Central Statistical Office, Quarterly Digest of Statistics, June 1984, Harare, Zimbabwe. An AED Special Report, London, April 1987
- 9) Rand Daily Mail, Johannesburg, 10.2.1981 bzw. J. Hanlon, Beggar Your Neighbours, Apartheid Power in Southern Africa, London/Bloomington 1986, S. 78 und Financial Mail, Johannesburg, 13.3.1987
- 10) P. Johnson/D. Martin, South Africa Imposes Sanctions against Neighbours, Harare 1986, S. 9, 14
- 11) H, 27.11.1986 bzw. African Business, London, April 1987
- 12) Africa Report, New York, Januar-Februar 1986
- 13) H, 4.3.1987

Joachim Becker

In der Schlinge der Auslandsschulden

Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank – beide von westlichen Ländern dominiert – schwächen die Widerstandskraft von Staaten des Südlichen Afrika gegenüber dem Apartheidstaat.

Teilweise verstärken sie sogar direkt die wirtschaftliche Bindung an Südafrika. Oft ist die Schuldenkrise der Frontstaaten durch die Destabilisierung Südafrikas – zurückhaltend sekundiert von seinen westlichen Verbündeten – verschärft worden.

Auch Simbabwe, das unter den Frontstaaten die am stärksten diversifizierte Wirtschaft aufweist, bleibt nicht von Schuldenproblemen verschont.

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit lautete das nationale und internationale Expertenurteil noch: „unterschiedet“ im internationalen Vergleich.¹ Tatsächlich beliefen sich die Auslandsschulden Ende 1979 nur auf 850 Mio Simbabwe Dollar (Z\$ = 1,16 DM; Stand Dezember 1986), darunter 450 Mio Z\$ während der Smith-Ära eingefrorener Gelder. Der Schuldendienst beanspruchte nur 1,3% der Exporterlöse.²

Schon wenige Jahre später bot sich ein völlig verändertes Bild. Für 1984 wurde die Auslandsschuld bereits auf 3,5 Mrd Z\$ geschätzt, der Zentralbankgouverneur Kombo Moyana projektierte den Schuldendienst für dasselbe Jahr auf 32% der Exporterlöse.³ Der rasante Anstieg der Auslandsschulden hat IMF und Weltbank einige Einflußmöglichkeiten eröffnet.

Die Explosion der simbabwischen Auslandsschulden ist nicht allein auf eine lückenhafte Produktionsstruktur und negative weltwirtschaftliche Einflüsse zurückzuführen. Sie ist auch die Frucht einer auf Konfliktvermeidung angelegten Wirtschaftspolitik und einer – in den ersten beiden Jahren nach der Unabhängigkeit – sorglosen Schuldaufnahme im Ausland.

Die Regierung der Afrikanischen Nationalunion Simbawes - Patriotic Front (ZANU-PF) wollte einerseits transnationales und nationales Kapital und die weißen Fachkräfte bei der Stange halten und somit Produktionseinbrüche vermeiden, andererseits aber auch die Realeinkommen der afrikanischen Bevölkerung erhöhen und die Dienstleistungen für

diese Bevölkerungsgruppe verbessern, um so in die Unabhängigkeit gesetzte Erwartungen einzulösen.

Diese auf Konfliktvermeidung angelegte Wirtschaftspolitik setzte in den Augen der Regierung eine Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 8%, ein hohes Exportwachstum und eine hohe Schuldaufnahme im Ausland voraus.⁴

„Anstatt grundlegende Reformen in der ererbten Wirtschaft (wie eine Landreform) durchzuführen, war die Abkürzung zur Entwicklung, Hilfe zu bekommen“, so die simbabwische Wirtschaftswissenschaftlerin Theresa Chimombe.⁵ Auch „Hilfe“ muß oft verzinst und zurückgezahlt werden.

Die Staatsausgaben für soziale Dienste, wie Bildung und Gesundheit, wurden stark gesteigert. Damit ging in den ersten Jahren eine merkliche Ausdehnung der Zahl der öffentlich Bediensteten bei gleichzeitiger Afrikanisierung Hand in Hand.

Dem Staatsapparat wurde sein rassistischer Charakter genommen; er bleibt in seiner Struktur jedoch weitgehend unangetastet. Das mit den hohen „unproduktiven“ Ausgaben verbundene Haushaltsdefizit, das fast jedes Jahr wuchs, wurde und wird in beträchtlichem Maße mit Auslandskrediten finanziert. Fiel die „Hilfe“ geringer als angenommen aus, wurden die Lücken mit teureren kommerziellen Krediten gestopft.

Die gewohnheitsmäßige Finanzierung staatlicher Konsumausgaben durch Auslandskredite ist ein Schritt in die Schuldenfalle, denn so werden Zahlungsverpflichtungen eingegangen, ohne zu einem devisensparenden Abbau der Importabhängigkeit oder zu einem Ausbau der Exportkapazität beizutragen.

Wenn entsprechende Maßnahmen auch gesamtwirtschaftlich nicht getroffen werden, sind Probleme mit der Auslandsschuld vorprogrammiert. Sozialausgaben müssen auf die Dauer eine ausreichende produktive Basis haben.

Investitionen machen nur einen kleinen Teil des simbabwischen Haushalts aus. Staatlich kontrollierte Firmen führten z.T. große Investitionsprogramme durch. Die öffentlichen Investitionen konzentrierten sich auf den für den kapitalistischen Staat „klassischen“ Bereich der Infrastruktur.

Das öffentliche Investitionsprogramm

ist zu einem beträchtlichen Teil mit Auslandsmitteln finanziert.

Auffällig ist der gesamtwirtschaftlich hohe Anteil der mit Auslandsmitteln finanzierten Investitionen – 1980 ca. 30%, 1984 46%.⁶

Hohe Anteile ausländischer Finanzmittel wurden in den Wirtschaftsplänen zugrunde gelegt. Die Notwendigkeit „großer Injektionen von Auslandskapital“ begründeten die Planer im Dreijahresplan 1982/83-1985/86 insbesondere mit den Haushaltsdefiziten und steigenden unproduktiven Ausgaben. Auch ein „Rückgang des relativen Anteils privater Ersparnis“ wurde zwar konstatiert, aber nicht weiter analysiert.⁷

Hier setzte bereits damals unter Hinweis auf ein erhebliches, nicht voll ausgenutztes investierbares Surplus Kritik an.⁸ Real lag der Anteil der mit Auslandsmitteln finanzierten Investitionen noch über den ohnehin schon hohen Planwerten. Auslandsmittel ist in vielen Fällen gleichbedeutend mit Auslandskrediten.

„Injektionen“ auf Pump

Trotz des bereits enormen Gewichts des Auslandskapitals in den Produktionssektoren und ihres immer wieder erklärten Willens, die lokale – private wie staatliche – Kontrolle der Wirtschaft zu erhöhen, bemüht sich die Regierung um neue Auslandsinvestoren. Daher liberalisierte sie den Gewinntransfer ins Ausland.

Das Resultat: Stark anschwellende Devisenabflüsse, aber kaum ausländische Direktinvestitionen (bis 1985 ca. 50 Mio Z\$). Den verdeckten Gewinntransfer ins Ausland verteuerte die Regierung mit steuerlichen Maßnahmen jedoch systematisch.

Indem sie die neugegründete Minerals Marketing Corporation mit dem Exportmonopol bei Bergbauprodukten ausstattete, versuchte die Regierung, der Manipulation konzerninterner Verrechnungspreise einen Riegel vorzuschieben.

Die Regierung baute bei ihrer auf Konfliktvermeidung angelegten Wirtschaftspolitik auf ein hohes Exportwachstum. Nach Aufhebung der Sanktionen stiegen die Ausfuhren 1980 und 1981 deutlich. 1981 behinderte Südafrika mit seiner „Transportdiplomatie“ Simbawes Exporte empfindlich. 1982 fielen die Exporte real.

Bei Kapitalgüterimporten bestand sanktionsbedingt ein großer Nachholbedarf. In den beiden Jahren des durch Aufhebung der Sanktionen, kräftige Mindestloohnerhöhungen, eine expansive staatliche Ausgabenpolitik und gute Ernten getragenen Booms ließ die Regierung bei den Importen Steigerungsraten zu, welche die Zunahmen bei den Exporten

ten merklich überschritten.

1981 übertrafen die Warenimporte erstmals seit Jahren die Warenexporte. Das Leistungsbilanzdefizit wuchs — noch verschärft — durch die Folgen der internationalen Rezession und der Dürre — von 156,7 Mio Z\$ im Jahr 1980 auf 532,8 Mio Z\$ im Jahr 1982.⁹ 1982 sah die Regierung die Notwendigkeit von Kurskorrekturen gekommen.

Die Phase der Verschuldungspolitik, die einer „je mehr desto besser“ Haltung sehr nahe kam und Fälligkeitsstruktur und Zinssätze der Kredite nur ungenügende Aufmerksamkeit schenkte, war zu Ende.¹⁰ Für neue Schuldaufnahmen im Ausland wurden strenge Richtlinien erlassen.

Ihr Hauptaugenmerk legte die Regierung auf die Steigerung des Exportüberschusses. Sie ergriff die klassischen Maßnahmen der Sparpolitik (Austerität): Währungsabwertung, Reallohnsenkung, Abbau des Haushaltsdefizits und der (Nahrungsmittel-)Subventionen. Die Übereinstimmung dieses Maßnahmenpaketes mit den üblichen Forderungskatalogen des IMF ist auffällig, aber kein Zufall. Im März 1983 stimmte der IMF einem Kreditpaket an Simbabwe — 59 Mio Z\$ aus der Kompensatorischen Finanzierungsfazilität und 316 Mio Z\$ als Bereitschaftskredit — zu.

Auf entsprechende Maßnahmen drängten aber auch zumindest wesentliche Teile des Kapitals, vor allem das Exportkapital. „Nachdem er entschieden hatte, daß Akkumulation in Simbabwe eine große Dosis — lokalen und ausländischen — Privatkapitals benötigte, mußte sich der Staat des 'Vertrauens' des Kapitals und des Gütesiegels des IMF, das oft als entscheidend angesehen wird, erfreuen. Dies, wiederum, verlangte

Der Export des simbabwischen Maises erfolgt noch immer über den südafrikanischen Hafen Durban



einen Satz von Politikmaßnahmen, der die Waagschale zugunsten des Kapitals und gegen die Volksklassen ... senkte.“¹¹ So das Resümee des angesehenen simbabwischen Wissenschaftlers Thandika Mkwandire.

Daher blieben die Nominallohne nach einer Lohnerhöhung Anfang 1982 für mehr als eineinhalb Jahre eingefroren. Bis heute verfolgt die Regierung eine restriktive Lohnpolitik. Damit soll die Konkurrenzfähigkeit auf den Exportmärkten gestärkt und der Inlandskonsum beschränkt werden. Die Austerität machte bei hohen Gehältern nicht Halt. Für die Exportsektoren bedeutete die Abwertung des Z\$ um 20% im Dezember 1982, die sich gegenüber den meisten Währungen bis heute fortgesetzt hat, einen warmen Regen. „Obwohl die Schwächung des Simbabwe-Dollar die Exportleistung und Konkurrenzfähigkeit des Landes auf Auslandsmärkten verbessern sollte..., haben die mageren Preise für die meisten von Simbawes Rohstoffen die Hoffnung auf eine wirkliche Verbesserung frustriert“, bilanzierte die RAL Merchant Bank im Sommer 1986.¹²

Grenzen des Sozialabbaus

Die Abwertung soll, so die orthodoxe Theorie, auf die Importe dämpfend wirken. In Simbabwe sind die Einfuhren jedoch ziemlich strikt kontrolliert, und die Einfuhrquoten wurden ohnehin auf die Minima zusammengestrichen.

Flankierend wurden spezifische Maßnahmen der Exportförderung ergriffen. Dies schlug sich auch im Haushalt nieder. Im öffentlichen Dienst wurde ein Einstellungsstopp verfügt. 1983 begann die Regierung, die Nahrungsmittelsubventionen mit dem Ziel ihrer Abschaffung rigoros abzubauen. Beim Umsiedlungsprogramm wurden drastische Kürzungen vorgenommen.

Steuerlich wurden im Haushalt 1983/84 eher die ärmeren Bevölkerungsgruppen zur Kasse gebeten. Bei den ihr wichtigsten konsumtiven Ausgaben vermied die Regierung Abstriche.

Mit der Verabschiedung eines Nachtrags Haushalts 1983/84 ging Simbawes Regierung auf Konfliktkurs mit dem IMF. Dieser verweigerte daraufhin prompt die Auszahlung der letzten Tranche des Kredits von 1983.

Obwohl die Regierung versucht, den weiteren Anstieg der Sozialausgaben zu begrenzen, ist das Defizit seit 1983/84 regelmäßig gestiegen. Zunehmende Mittel wird wegen der Destabilisierungspolitik des Apartheidstaates künftig der Verteidigungsetat binden.

Wider die Vorstellungen von IMF und Weltbank handelte die Regierung auch in

einem weiteren Bereich. Im März 1984 verkündete Finanzminister Bernard Chidzero einschneidende Beschränkungen beim Transfer von Gewinnen und sonstigen Einkommen ins Ausland. Während diese Maßnahmen im Ausland kaum Zustimmung fanden, wurden sie in simbabwischen Wirtschaftskreisen — als einmalige Aktion — positiv aufgenommen.

„Es wäre Wahnsinn sich im Ausland zu verschulden, um Dividenden zu bezahlen“, begründete Chidzero die Maßnahmen.¹³ Gleichzeitig unterstrich er, daß es sich um zeitweilige Maßnahmen handle und die Regierung im Prinzip an ihrer auf Ermutigung von Auslandsinvestitionen und Liberalisierung der Devisenkontrollen gerichteten Politik festhalten wolle.¹⁴

Im März 1985 gab die Regierung bekannt, sie werde schrittweise wieder die normale Gewinnrepatriierung zulassen. Finanzminister Chidzero zur Begründung: „Wir pressen die Inlandswirtschaft aus und begünstigen Ausländer, was zu Hause Spannungen schaffen wird. Aber das ist der Preis, den wir für Investitionen ... und auch unseren guten Namen zahlen müssen.“¹⁵

Dabei hatten sich die Maßnahmen vom März 1984 als sehr durchschlagend erwiesen. Simbabwe vermied einen Devisenabfluß von etwa 20 Mio Z\$ monatlich. Die Leistungsbilanz verbesserte sich erheblich.

Die Schuldenlast ist dennoch sehr drückend. Die Devisenzuteilungen für Importe mußten für das erste Halbjahr 1987 stark gekürzt werden.

Die simbabwische Industrie fürchtet als Folge ernsthafte Probleme. Der Schuldendienst wird dieses Jahr etwa 35% der Erlöse aus dem Export von Gütern und Dienstleistungen schlucken und einen Höhepunkt erreichen. Er bleibt bis zum Ende des Jahrzehnts hoch.

Es hat noch weitere Diskussionen mit dem IMF gegeben. Einem Abkommen steht das Haushaltsdefizit im Weg — wie Finanzminister Chidzero sagt.¹⁶

Mittlerweile ist es vorrangig die Weltbank, die Änderungen der Wirtschaftspolitik im Sinne des transnationalen Kapitals durchzusetzen sucht. Seit September 1986 verhandelt die Regierung mit der Weltbank über einen 125 Mio.-\$-Kredit zur Exportförderung.

Die Weltbank hat weitreichende Wünsche: eine Verminderung des Haushaltsdefizits, Veränderungen bei den Staatsunternehmen und eine Liberalisierung der Importkontrollen. Ziel der Weltbank ist es u.a., international nicht konkurrenzfähige Industrien in den Bankrott zu treiben — also faktisch eine Deindustrialisierung.

Die Regierung, so Finanzminister Chidzero, stimmt mit der Weltbank im Prin-

zip überein, benötige aber Zeit, um die vollen Folgen solcher Maßnahmen herauszuarbeiten.¹⁷ Für die Financial Times vom 19.3.1987 stehen die Zeichen auf „Importliberalisierung“.

Ließe sich die Regierung auf die „Liberalisierungs“-wünsche der Weltbank ein, verstärken sich Weltmarktabhängigkeit und -orientierung, schrumpften die Handlungsspielräume der Regierung weiter. Verstärkte Weltmarktorientierung und eine tatsächliche Reformpolitik stehen im simbabwischen Kontext alternativ.

Der Akzent der simbabwischen Wirtschaftspolitik auf der Exportförderung hat sich durch die Schuldenkrise ohnehin schon verstärkt. Sparmaßnahmen waren nach 1982 erforderlich. Aber es hätte fortschrittlichere Alternativen einer Sparpolitik gegeben.¹⁸

Anmerkungen:

- 1) Report of the Commission of Inquiry into Incomes Prices and Conditions of Service under the Chairmanship of Roger C. Riddell, Salisbury 1981, S. 94; X.M. Kadhani, The Economy: Issues, Problems and Prospects, in: I. Mandaza (Hg.), Zimbabwe: The Political Economy of Transition 1980-1986, Dakar 1986, S. 99-122, hier: S. 121
- 2) Vgl. R.H. Green, Parameters, Permutations and Political Economy: Zimbabwe 1973-1986/7, Conference on Economic Policies under Crisis Conditions in Developing Countries, Harare 2.-5. September 1985, Tab. 3; T. Mkwandawire, „Home Made“ (?) Austerity Measures. The Case of Zimbabwe, paper presented at a seminar on „Austerity Policies in Africa: under IMF Control“, Dakar, 19.-21.6.1984, S. 17, Tab. 6
- 3) Vgl. The Financial Gazette (FG), Harare 25.10.1985; Zimbabwe. An AED Special Report, London, April 1985. Wegen der starken Abwertung des Z\$ fällt die absolute Schuldensteigerung in Z\$ höher als in US\$ aus.
- 4) Vgl. R.H. Green, Parameters..., a.a.O., S.11
- 5) T. Chimombe, Foreign Capital; in: Mandaza 1986, S. 123-140, hier S. 139
- 6) Vgl. Republic of Zimbabwe, Transitional National Development Plan 1982/83-1984/85, Bd. 1, November 1982 (Harare), Zimbabwe. An AED Special Report, London, April 1986
- 7) Republic of Zimbabwe 1982, S. 39
- 8) Vgl. Moto, Gweru, Dezember 1982/Januar 1983
- 9) Angaben nach: Central Statistical Office, Quarterly Digest of Statistics, Dezember 1985, Harare, S. 16, Tab. 9.1.
- 10) R.H. Green, Parameters..., a.a.O., S. 40
- 11) T. Mkwandawire, 'Home Grown' (?) Austerity Measures: The Case of Zimbabwe, Africa Development-Afrique et développement, Dakar, Bd. 10, Nr. 1/2, Januar-Juni 1985, S. 236-263, hier: S. 237
- 12) The Herald, Harare, 22.6.1986
- 13) FG, 30.3.1984
- 14) The Herald, 28.3.1984
- 15) Zimbabwe. An AED Special Report, London, April 1987
- 16) Ebd.
- 17) Ebd.
- 18) Siehe: T. Mkwandawire, „Home Made“..., a.a.O., S. 258ff.

Material- und Aktionsspiegel

Da die neuere deutschsprachige Literatur zur südafrikanischen Destabilisierungspolitik und den Frontstaaten lückenhaft ist, werden hier auch englische Bücher vorgestellt, die in der Bundesrepublik bezogen werden können.

Bücher

Einen guten Überblick über Südafrikas Destabilisierung der Frontstaaten vermitteln Phyllis Johnson/David Martin (Hg.), *Destructive Engagement. Southern Africa at War*, Harare 1986, XXI + 378 S., 25 DM (Bezug: AKAFRIK, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld).

Der erste Teil des Buches enthält Länderstudien zu Mosambik, Simbabwe, Angola, Namibia, Lesotho, Swaziland und Botswana. Der zweite Teil umfaßt Beiträge zu Südafrikas Wirtschaftskrise, Aufrüstung, Südafrika als Nuklearmacht, SADCC und Südafrika sowie zur US-Politik des „constructive engagement“.

Joseph Hanlon, *Mosambik. Revolution im Kreuzfeuer*. Aus dem Englischen von Erica und Michael Fischer, edition südliches afrika 21, informationsstelle südliches afrika, Bonn 1986, 356 S., 28,80 DM.

Im Zentrum des Buches von J. Hanlon, der 1979-84 als Korrespondent mehrerer englischsprachiger Presseorgane in Mosambik arbeitete und 1986 eine detaillierte Studie zur südafrikanischen Destabilisierungspolitik vorlegte, steht der Versuch einer sozialistisch orientierten Entwicklung auf der Grundlage eines extrem ungünstigen kolonialen Erbes und unter dem Destabilisierungs„beschub“ des Apartheidstaates. Auch die westliche Komplizenschaft mit Südafrikas Destabilisierung macht Hanlon deutlich, ohne die inneren Gegner einer sozialistischen Orientierung zu vergessen.

Michael Wolfers/Jane Bergerol, *Angola in the Frontline*, Zed Press, London 1985, 238 S., ca. 40 DM (Bezugsmöglichkeit: Das arabische Buch, Wundstr. 13, 1000 Berlin 19)

schildern detailliert wie sich die MPLA mit kubanischer Unterstützung im zweiten Befreiungskrieg gegen die angolanischen Protégés des Westens, Südafrika und Zaire, durchsetzte. Die Autoren zeichnen die Entstehung von Fraktionen in der MPLA und den folgenden Putschversuch einer Gruppe um Nito Alves im Jahr 1977 ebenso nach wie die Konsolidierung der MPLA und ihre Umwandlung in eine marxistisch-leninistische Partei.

Der zweite Schwerpunkt des Buches ist der nationale Aufbau unter dem Vorzeichen der sozialistischen Orientierung, auf Basis eines katastrophalen kolonialen Erbes und unter ständigem Aggressionsdruck.

Referat für Information und Öffentlichkeitsarbeit der SWAPO von Namibia, *Entstehung einer Nation. Der Befreiungskampf für Namibia*, Zed Press, London 1981, 422 S., 25 DM (Bezugsmöglichkeit: Solidaritätsshop 3. Welt, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90)

ist eine bereits 1981 im englischen Original erschienene Analyse der zuerst deutschen, dann südafrikanischen Kolonialherrschaft, der imperialistischen Strategie und des Befreiungskampfes aus der Sicht der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO. Ergänzt wird die Analyse durch zahlreiche Dokumente und Fotos. Eine umfassende Darstellung der kolonialen und nachkolonialen Gesellschaft Simbabwes liefert:

Christoph Reichert, *Das neue Zimbabwe. Gesellschaft im Übergang*, ISSA - wissenschaft-

liche Reihe 18, informationsstelle südliches afrika, Bonn 1984, 401 S., 38 DM.

Nach einer detaillierten Analyse der sozialökonomischen Entwicklung der Siedlerkolonie Rhodesien setzt sich Christoph Reichert kritisch mit der simbabwischen Entwicklungspolitik der ersten drei Jahre nach der Unabhängigkeit in Programmatik und Praxis auseinander.

Mit einem zentralen Teilaspekt der Entwicklungspolitik der ZANU/PF-Regierung, der Agrarpolitik, beschäftigt sich:

Ruth Weiss, *Die Saat geht auf. Eine neue Politik gegen den Hunger in Afrika. Das Beispiel Simbabwe*, Peter Hammer Verlag, Wuppertal/Lünen 1987, 196 S., 16,80 DM.

Zunächst stellt die bekannte Journalistin Ruth Weiss, die mehrere Jahre für die simbabwische Nachrichtenagentur ZIANA arbeitete, die vorkoloniale Landwirtschaft und die Agrarentwicklung in der Kolonialzeit – Entwicklung der weißen kapitalistischen Farmen und gezielte Unterentwicklung der afrikanischen Landwirtschaft – dar. Vor diesem Hintergrund diskutiert sie die Agrarpolitik des unabhängigen Simbabwe.

Kontaktadressen

Der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) hat eine Vertretung in der BRD. Sie gibt gegen Spende ein monatliches Informationsbulletin heraus. Adresse: ANC, Postfach 190140, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/ 352295, Konto: Postscheckamt Köln 312 813-509.

Die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) unterhält ebenfalls eine Vertretung in der BRD und publiziert ein Informationsbulletin. Adresse: SWAPO, Postfach 300868, 5300 Bonn 3, Tel. 0228/ 691783, Konto: Postscheckamt Köln 148764-500.

Bundesweite Aktionen und Unterstützung für lokale Gruppen organisiert die Geschäftsstelle der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/ 211355. Sie gibt Aktions- und Informationsmaterialien sowie die monatlich erscheinenden Anti-Apartheid-Nachrichten heraus.

Die informationsstelle südliches afrika (issa), Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/ 213288 gibt zusammen mit der AAB den achtmal jährlich erscheinenden informationsdienst südliches afrika sowie Bücher und Broschüren zum Südlichen Afrika heraus.

Diverse Materialien (Plakate, Boykottbroschüre, Mosambik-Tee usw.), Aktionshinweise und Rundbriefe zum Südlichen Afrika sind auch beim Antimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK), Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/M. 90, Tel. 069/ 709060 bzw. dessen Vertriebsstelle Solidaritätsshop Dritte Welt, dieselbe Anschrift, Tel. 069/ 778863 erhältlich.

Zentrale Anlaufstelle für die Solidaritätsarbeit mit Mosambik in der BRD ist der Koordinierungskreis Mosambik, Luisenstr. 17, 4600 Dortmund 1. Er besteht aus Organisationen und Einzelpersonen. Zu seinen Aufgaben gehören Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in der BRD und materielle Solidarität. Er gibt einen zweimonatlichen Mosambikrundbrief heraus (Bezug: KKM-Versandstelle, Friesengasse 13, 6000 Frankfurt 90).

Arbeitsschwerpunkte des Zimbabwe-Netzwerks, c/o Ausbildungswerkstatt, Brabanter Str. 73, 5100 Aachen sind Informationsarbeit und materielle Solidarität, insbesondere die Unterstützung des Konzeptes „Erziehung mit Produktion“.

Wir schenken jedem ein Buch...

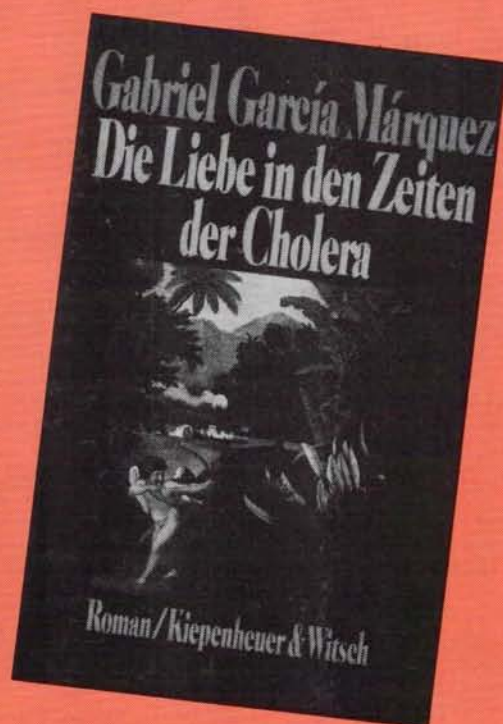
... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).

Buchprämie für zwei neue Abonnenten



Breyten Breytenbach
Mouir
Spiegelungen eines Romans
Kiepenheuer & Witsch
288 Seiten, 34,- DM



Gabriel Garcia Marquez
Die Liebe in den Zeiten der Cholera
Roman
Kiepenheuer & Witsch
512 Seiten, 39,80 DM

Unser Angebot für einen neuen Abonnenten finden Sie in der Heftmitte